

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 11 · 14. März 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Fehlstart

Wie sich die künftige Koalition schon vor ihrer Vereidigung selbst beschädigt **Seiten 1, 8 und 24**



Außenpolitik Die Zeit der deutschen Illusionen ist vorbei **Seite 3**



Kulturgut Die Rettung der Synagoge von Wartenburg **Seite 13**

VON WERNER J. PATZELT

REGIERUNGSBILDUNG

Schwarz-rotes Weiter-so statt versprochenen Politikwechsels

Noch vor der Neuauflage ihrer einst großen Koalition zeichnet sich ab, dass Union und SPD das Land nicht zu einem Aufschwung, sondern in die Krise führen

Nüchtern denkenden Politikbeobachtern war schon seit Wochen klar: Die Union würde als schwach-stärkste Partei die Bundestagswahl gewinnen – und anschließend in eine Krise geraten. Ihre strategischen Fehlentscheidungen des letzten Jahrzehnts würden nämlich die CDU umso unausweichlicher einholen, seit ihr Parteivorsitzender Friedrich Merz zu erkennen gab: Ja, einen Politikwechsel wolle er schon – doch die Mehrheiten, welcher dieser bedarf, wolle er sich nicht dort beschaffen, wo es sie gäbe, sondern nur da, wo sie keinen Anstoß erregten. Nur mit den Sozialdemokraten oder den Grünen wolle er nämlich regieren, also jenen Parteien, im Zusammenwirken mit denen die Union einst – unter freilich breitem Beifall – genau jene Probleme geschaffen hat, die sie nun mit einer Politikwende zu lösen verspricht.

Selbst als Merz Ende Januar für seinen Migrations-Antrag ein einziges Mal jene Bundestagsmehrheit für genau den Politikwechsel erhielt, ohne welchen er politisch scheitern wird, beklagte er lauthals, das wäre gar nicht die von ihm wirklich gewünschte Mehrheit. Im Grunde wolle er mit einem guten Wahlergebnis nur die Sozis und die Grünen soweit beeindrucken, dass die Union mit ihnen gemeinsam von alten Politikvorhaben abrücken könne. Doch weiterhin solle einer Wählerschaft von mitte-rechts eine Mitte-links-Regierung beschert werden, nur eben mit Nach-Merkel-Handschrift.

Eingeklemmte Union

Hätte es die Union auf 38,5 statt nur 28,5 Prozent der Stimmen geschafft, so hätte dieser Plan vielleicht aufgehen können. Dann hätten sich womöglich auch die Unterstützertruppen von SPD oder Grünen in Medien und Zivilgesellschaft auf eine Erbin der Ampel-Regierung eingelassen, die mehr Realismus wagt. Doch

nicht grundlos kam es anders. Seit am Wahlabend klar war, Merz werde nur mit der SPD koalieren können oder dürfen, war die sozialdemokratische Erpressungsmacht ins nachgerade Unermessliche gestiegen. Und weil die Union deshalb auch der – im Wahlkampf ausdrücklich abgelehnten – weiteren Schuldenmacherei rasch zustimmte, kam grüne Erpressungsmacht noch hinzu: Es lassen sich die finanziellen Betriebsmittel für Merzens selbstersehnte Regierung ohne eine Grundgesetzänderung nämlich nicht aufreiben. Für die aber braucht es eine Zweidrittel-Mehrheit, welche die aufs Westentaschenformat geschrumpfte, also längst nicht mehr „große“, schwarz-rote Koalition nicht länger zustande bringt.

Also begann die Union zu barmen, ob die Grünen vielleicht doch noch, politisch bestochen durch mancherlei Zugeständnisse, einen SPD-gefälligen Bruch wichtiger CDU-Wahlversprechen ermöglichen wollten. Als ob das zur Demütigung der Union nicht ausreichte, erklingt aus der SPD-Fraktion täglich neue Häme über eine Union, die sich nun in ihrer ganzen Hilflosigkeit zur Schau stellen lässt.

Obendrein müssen sich CDU und CSU die Frage verbieten, ob denn nicht Schindluder mit parlamentarischer Demokratie treibt, wer um bequemerer Mehrheitsbildung willen das Grundgesetz mit einem Bundestag ändert, der schon in wenigen Tagen kein Mandat mehr haben

wird, doch dem neuen Bundestag in seinem – nächst der Kanzlerwahl – vornehmsten Recht, drastisch vorgreift, nämlich im Haushaltsrecht. Und was für ein politisches Kunststück gelang dadurch, dass dagegen nun Linke und AfD gemeinsam vor dem Bundesverfassungsgericht vorgehen!

Vertrauen verspielt

Wie peinlich erst recht, dass man als Bürger gar nicht mehr weiß, ob man über ein verfassungsgerichtliches Verbot einer Neueinberufung des alten Bundestages stärker bestürzt sein sollte, also über den stärkstmöglichen Tadel an demokratieschädigenden Elitenmachenschaften, als darüber erfreut, dass vielleicht doch kein regierungsbekifendes Schuldenpaket zustande kommt. Hübsch schadenfroh ist obendrein die Empfehlung der Grünen, die Union möge das Ende einer wirklichen Schuldenbremse doch auch gemeinsam mit der Linken versuchen. So als ob es da gar keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Union gäbe ...

Und also gerät die Union nun in eine Krise. Wer traut ihr noch eine gewisse Ernsthaftigkeit ihrer Wahlversprechen zur Politikwende zu? Wen empört nicht ihre Torheit, solche Versprechen zwar zu machen, doch alle Vorarbeiten zur erforderlichen Mehrheitsbildung zu unterlassen? Zwar war Merzens Satz richtig, es werde richtige Politik nicht dadurch falsch, dass

ihr die Falschen zustimmten. Doch der vermeintliche Merkel-Bezwinger raffte sich durchaus nicht zur strategischen Entscheidung auf, die mit der Union zusammenpassenden programmatischen Positionen der AfD zur Kenntnis zu nehmen oder gar jenen AfD-Politikern umsichtig politische Brücken zu bauen, die lieber mit der Union mühsame Regierungsarbeit verrichten wollen als Deutschlands Niedergang hilflos zusehen zu müssen.

Zwar könnte noch das Pfingstwunder geschehen, dass Union und SPD eben doch eine unser Land sanierende Reformpolitik betreiben. Wahrscheinlicher ist, dass die Union noch mehr an ihrer Programmatik aufgibt, um sich die Heirat mit der SPD zu erkaufen. Dann aber wird der Kanzler Merz kaum länger durchhalten als der Kanzler Scholz. Neuwahlen nützen dann der AfD. Oder es kommt, wie vom Grundgesetz ermöglicht, zu einer Minderheitsregierung der Union. Die aber müsste dann die für Staatsreformen nötigen Mehrheiten fallweise aushandeln, und zwar auch mit der AfD. Oder der Bundespräsident löst im Frühsommer lieber den Bundestag auf, als dass er dieses politische Experiment zulässt. Dann wird im kommenden Herbst die Union auch auf Bundesebene – wie bereits im Osten – zwischen AfD und Linksgrün aufgegeben werden. Ob sich Merz wohl bald zum mutigen Gestalten entscheidet, statt weiterhin die Dinge medienverängstigt treiben zu lassen?

IN DIESER AUSGABE

Politik
Mehr Geld und kluge Kampagnen – wie Polen kriegstüchtig wird **Seite 6**

Kultur
Das DHM in Berlin erwirbt Dokumente aus dem Dreißigjährigen Krieg **Seite 9**

Die Pommersche Zeitung
Der Sail Grand Prix findet in diesem Jahr erstmals vor der Küste Rügens statt **Seite 19**

Lebensstil
Dem Verfall preisgegeben – das Herrenhaus von Golzow in der Neumark **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

US-Präsident Trump will strategisch wichtige Rohstoffe – 15 Billionen Euro stecken im Boden der Ukraine – US-Wirtschaftsvorteile gelten als Schutz gegen Putins Aggressionen – China soll Zugriff verwehrt werden

Ukrainische Bodenschätze als US-Pfand

Der Großteil wird im von Russland besetzten Osten vermutet – Oder ist alles nur ein Bluff von Selenskyj?

VON WOLFGANG KAUFMANN

Trotz des Eklat beim Treffen des US-Präsidenten Donald Trump und Vize J.D. Vance mit dem ukrainischen Staatsoberhaupt Wolodymyr Selenskyj steht die Unterzeichnung des „Bilateralen Abkommens zur Festlegung der Bedingungen für einen Wiederaufbau-Investitionsfonds“ unmittelbar bevor. Dessen Kern bildet der Punkt Drei, in dem es heißt: „Die Regierung der Ukraine wird dem Fonds 50 Prozent aller Einnahmen aus der zukünftigen Monetarisierung aller relevanten natürlichen Ressourcen im Besitz der ukrainischen Regierung ... beisteuern, definiert als Lagerstätten von Mineralien, Kohlenwasserstoffen, Öl, Erdgas und anderen gewinnbaren Materialien.“

Trump interpretiert diesen Passus gerne so, dass er den USA ermögliche, ihr Geld zurückzuerhalten, welches sie seit dem russischen Einmarsch vom Februar 2022 in die Ukraine gepumpt haben. Tatsächlich geht es aber – wie der Name der Abmachung auch besagt – nicht um die Erstattung amerikanischer Steuergelder, sondern um die Finanzierung des vermutlich um die 500 Milliarden Euro teuren Wiederaufbaus der Ukraine, wobei Investoren und Unternehmen aus den Vereinigten Staaten die Hauptnutznießer des Ganzen sein sollen. Außerdem besteht der Zweck des Fonds darin, für eine strategische Absicherung der Ukraine zu sorgen. Hierzu erklärte Vance: „Wenn ich verhindern will, dass Putin wieder in die Ukraine einmarschiert, dann ist die beste Sicherheitsgarantie, den Amerikanern wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen.“ Durch diese „ökonomische Vorwärtsverteidigung“ könnte die Ukraine dann allerdings zu einem Protektorat Washingtons mutieren.

Dabei zielt das Abkommen, in dem auch von einer langfristigen Bindung der Ukraine an die USA die Rede ist, aber nicht nur gegen Russland. Vielmehr liegt sein Sinn parallel darin, der Volksrepublik China als weltpolitischem Hauptkonkurrenten Washingtons den Zugriff auf die ukrainischen Rohstoffe zu verwehren. Das Gleiche gilt für die Europäische Union, der die USA ebenfalls zuvorkommen möchten. Allerdings bleibt fraglich, ob die Ukraine tatsächlich über derart viele Bo-

denschätze verfügt, wie man im Weißen Haus und an der Wallstreet glaubt.

Geheimnis – wo liegt das Lithium?

Auf den ersten Blick wirkt das Bild auf jeden Fall beeindruckend: Mehr als einhundert verschiedene Rohstoffe von A wie Aluminium bis Z wie Zirkonium soll es in der Ukraine geben, so die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, welche den Gesamtwert der Vorkommen Ende 2023 auf bis zu elf Billionen Euro schätzten, während das Wirtschafts-magazin „Forbes“ sogar auf 14,8 Billionen Dollar kam. Damit könnte die Ukraine über rund fünf Prozent der weltweiten Ressourcen an Mineralien und Seltenen Erden verfügen. Und bei Kohle und Erdöl sowie Erdgas belegt sie hinsichtlich der geschätzten Ergiebigkeit ihrer Lagerstätten den zweiten Platz in ganz Europa.

Etliche der nachweislich vorhandenen oder vermuteten ukrainischen Rohstoffe sind strategisch wichtig, weil sie für die Produktion von Katalysatoren, Lasern,

Magneten, hochfesten Metalllegierungen, Solarzellen und anderen Dingen benötigt werden. Hierzu zählen insbesondere Beryllium, Chrom, Kobalt, Magnesium, Mangan, Molybdän, Niob und Titan sowie Seltene Erden wie Cer, Neodym und Yttrium. Ebenso spielen die Lithiumvorkommen in der Ukraine eine zentrale Rolle, denn das Leichtmetall ist unverzichtbar für den Übergang zur Elektromobilität. Wo das Lithium in der Ukraine genau ansteht, unterliegt teilweise der Geheimhaltung. Dennoch schätzen Experten die Menge der Lithium-Reserven in dem osteuropäischen Land auf bis zu fünf Millionen Tonnen.

Ungereimtheiten machen stutzig

Allerdings – und das ist der Haken – befinden sich viele der ergiebigsten Lagerstätten im Osten oder Südosten der Ukraine, also derzeit in russischer Hand. Zudem wurde die Erschließung der ukrainischen Schiefergasvorkommen durch die US-Unternehmen Chevron und Exxon

bereits 2016 aus Effektivitätsgründen eingestellt. Und auch die angeblich so reichen Vorkommen an Seltenen Erden könnten sich als Fata Morgana erweisen. Immerhin verortete der United States Geological Survey (USGS) des Innenministeriums in Washington die größten diesbezüglichen Reserven bislang in China, Vietnam, Brasilien, Russland und Grönland, während die Ukraine in den entsprechenden USGS-Datenbanken überhaupt nicht auftaucht. Kiev spricht hingegen von sechs Lagerstätten, wobei etliche Rohstoff-Experten die Frage aufwerfen, warum die finanziell chronisch klamme Ukraine nicht schon vor Jahrzehnten auf die Idee gekommen sei, diese auszubeuten.

Insofern könnte Selenskyj also teilweise geblufft haben, als er in seinem „Siegessplan“ vom Oktober 2024 die natürlichen Ressourcen der Ukraine pries und als Köder anbot. Wenn dem so wäre, dann würden am Ende die USA als die Ge-narten dastehen.



Ein pro-russischer Rebel hält ukrainische Minenarbeiter mit Waffengewalt in Schach, die in der Tscheljuskinzew-Mine von Donetsk in den Lift einsteigen wollen, um unter Tage Rohstoffe abzubauen
Bild: picture alliance / AP Photo

WETT LAUF

USA oder Putin: Wer kriegt die Rohstoffe?

Viele der ukrainischen Bodenschätze befinden sich aktuell vermutlich unter russischer Kontrolle. Sie liegen entweder in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk, die sich im April 2014 von der Ukraine abgespalten hatten und im September 2022 in die Russische Föderation eingegliedert wurden, oder in den nach dem Angriff Russlands im Februar 2022 besetzten Oblasten Cherson und Saporischja. Die ukrainische Regierung bezifferte den Wert der dort vorhandenen Rohstoffe im Vorfeld der Verhandlungen über das sogenannte „Mineralienabkommen“ mit den USA auf 350 Milliarden US-Dollar, während etliche andere Schätzungen sogar im zweistelligen Billionen-Bereich liegen.

Auf jeden Fall kontrolliert Russland nun 63 Prozent der Steinkohlere-serven Kiews, wobei es sich vielfach auch noch um Vorkommen der besonders hochwertigen Anthrazitkohle handelt, welche überhaupt nur im Gebiet von Lugansk und Donezk ansteht.

Darüber hinaus verlor die Ukraine durch das russische Vordringen ein Fünftel beziehungsweise Zehntel ihrer Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie jede dritte Lagerstätte Seltener Erden. Zu den Letzteren zählt unter anderem die Mine Krutaja Balka unweit von Berdjansk am Asowschen Meer.

Des Weiteren besetzten die Truppen Moskaus im Januar 2025 den Ort Kurachowe 50 Kilometer westlich von Donezk und damit auch die große Lithium-Lagerstätte Schewtschenko, welche bis 2023 von dem australischen Unternehmen European Lithium ausgebeutet wurde. Und zu guter Letzt liegen derzeit zwischen 50 und 100 Prozent der ukrainischen Reserven an anderen strategisch wichtigen Metallen von Chrom bis Titan im russischen Machtbereich.

Angesichts dieser Situation signalisierte US-Präsident Trump deutliches Interesse an einem von Putin vorgeschlagenen Abkommen mit Russland über die gemeinsame Erschließung von Bodenschätzen in den Oblasten Lugansk, Donezk, Cherson und Saporischschja. W.K.

AUSBEUTUNG

Die Kornkammer des Ostens als Spielball des Westens

Internationale Westkonzerne, Kapitalgesellschaften und Fonds partizipieren an den ertragreichen Böden der Ukraine am meisten

Die Ukraine besitzt nicht nur zahlreiche Rohstoffvorkommen, sondern auch – dank der fruchtbaren Schwarzerde – rund 33 Millionen Hektar bestes Ackerland, auf denen vor 2022 unter anderem ein Drittel der weltweiten Weizenenernte heranwuchs. Um diese nationale Ressource zu schützen, hatte die Regierung in Kiev 2001 ein Moratorium bezüglich des Handels mit Anbauflächen aller Art verhängt. Dann trat am 1. Juli 2021 unter der Ägide des neuen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj das „Gesetz über die Änderung einiger ukrainischer Gesetze über den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen“ in Kraft, welches auf Drängen der Weltbank, des Internationalen Währungs-

fonds und der Europäischen Entwicklungsbank zustande gekommen war. Es erlaubte neben der Verpachtung des Agrarlandes an Großunternehmen auch den Verkauf von Ackerböden, sofern der Interessent die Flächen seit mehr als drei Jahren bewirtschaftet hatte.

Ärger mit Bauern droht

Danach setzte ein Run auf die landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücke ein, welcher dazu führte, dass sich bereits vor dem russischen Überfall im Februar 2022 ein Viertel der Felder in den Händen internationaler Konzerne befand – sei es durch langfristige Pachtverträge über 50 Jahre, sei es durch Direktkäufe. Und

heute sitzen mittlerweile fast alle großen Agrarinvestoren in der Ukraine im westlichen Ausland. Zu nennen wären hier unter anderem die Chemie-Giganten Bayer und Dupont, der Rohstoffkonzern Glencore, das Agrarunternehmen Cargill, die Vanguard Group, Kopernik Global Investors, die BNP Asset Management Holding, die Agro Generation, die mit Goldman Sachs verbundene NN Investment Partners Holding, die Saudi Agricultural and Livestock Company und die Investmentabteilung der Norges Bank, welche den norwegischen Staatsfonds verwaltet. Darüber hinaus hat eine Reihe großer US-Pensionsfonds und -Stiftungen über NCH Capital in ukrainische Ackerböden inves-

„Wenn die Kleinbauern begreifen, dass sie gegen Großkonzerne chancenlos sind, dann wird der Widerstand nicht mehr friedlich sein, sondern radikal“

Viktor Scheremeta
Vorsitzender der ukrainischen Union der Kleinbauern

tiert. Die New Yorker Beteiligungskapital-firma NCH ist mit 450.000 Hektar Dauer-pachtfläche dabei nun schon der fünfgrößte Grundbesitzer der Ukraine.

Viele Ukrainer würden liebend gerne gegen diesen Ausverkauf Sturm laufen, aber das Kriegsrecht verbietet solche Proteste. Allerdings liegt das Problem damit nur auf Eis. So prophezeite der Vorsitzende der ukrainischen Union der Kleinbauern Viktor Scheremeta: „Wenn die Kleinbauern von der Front zurückkommen und begreifen, dass sie gegen die Großkonzerne chancenlos sind, dann wird der Widerstand nicht mehr friedlich sein, sondern radikal. Denn dieses Land gehört unseren Kindern und Enkeln.“ W.K.

Die Zeit der Illusionen ist vorbei

Warum Deutschland seine Außen- und Sicherheitspolitik einer grundlegenden Revision unterziehen muss – und sich dabei wieder stärker an seinen nationalen Interessen orientieren sollte

VON ARIAN AGHASHAHI

Der 28. Februar 2025 könnte als einer jener Momente in Erinnerung bleiben, die eine geopolitische Zäsur markieren. Im Oval Office kam es zu einem diplomatischen Eklat zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Trump, bekannt für seine direkte und unmissverständliche Sprache, machte Selenskyj deutlich, dass die Tage unbegrenzter amerikanischer Unterstützung gezählt seien. Als er Selenskyj vorwarf, mit seiner Haltung einen dritten Weltkrieg zu riskieren und dessen mangelnde Dankbarkeit für die amerikanische Kriegshilfen kritisierte, wurde der ukrainische Präsident sichtlich überrumpelt.

Die eigentliche Brisanz dieses Treffens reicht jedoch weit über die amerikanisch-ukrainischen Beziehungen hinaus. Nicht zuletzt legt es einmal mehr auch die strukturellen Schwächen der deutschen Außenpolitik offen – eine Politik, die seit Jahrzehnten auf Illusionen basiert und in der neuen Weltordnung keinen Bestand mehr haben wird. Während die aktuelle US-Administration längst erkannt hat, dass die Ukraine militärisch und wirtschaftlich nicht in der Lage ist, ihre Position gegenüber Russland zu behaupten, hält Berlin weiterhin an der Fiktion fest, dass das westliche Engagement in der Ukraine eine Erfolgsgeschichte sei. Dabei zeigen die Erkenntnisse von Historikern und Geopolitik-Experten wie Emmanuel Todd, John J. Mearsheimer und Jeffrey Sachs, dass der Konflikt von Anfang an falsch analysiert wurde.

Strategische Fehleinschätzungen

Todd, einer der schärfsten Kritiker westlicher Geopolitik, argumentiert, dass westliche Analysten die strukturelle Stabilität Russlands unterschätzt haben. In seinem Werk „La Défaite de l'Occident“ (Deutsch: „Der Westen im Niedergang“) analysiert er, wie sich die russische Wirtschaft trotz westlicher Sanktionen stabilisiert hat und eine nationale Konsolidierung stattgefunden hat. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert inzwischen für Russland ein wirtschaftliches Wachstum, während die ursprünglich erwartete Rezession ausgeblieben ist. Eine Analyse des ifo-Instituts bestätigt diese Beobachtungen und weist darauf hin, dass Russland durch die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft die Sanktionsfolgen abfedern konnte. Das IPG-Journal beschreibt zudem, wie die staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik Putins gesellschaftlichen Rückhalt geschaffen hat, was die Annahme eines wirtschaftlichen Kollapses als unrealistisch erscheinen lässt.

Der Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer hat bereits 2014 gewarnt, dass die NATO-Osterweiterung eine Provokation Russlands darstelle und maßgeblich zur Ukraine-Krise beigetragen habe. Er sieht die Hauptschuld für den Ausbruch des Konflikts nicht in Moskau, sondern in Washington und seinen Verbündeten. Und Jeffrey Sachs äußerte 2022 eine ähnliche Einschätzung: Die NATO-Erweiterung auf die Ukraine sei ein strategischer Fehler gewesen, und Washington hätte durch diplomatische Lösungen eine Eskalation verhindern können.

Die Vorstellung, Moskau könne durch wirtschaftlichen Druck und militärische Unterstützung der Ukraine zu einem Rückzug bewegt werden, war somit von Beginn an eine Fehlkalkulation. Die Bundesregierung verweigerte sich dieser Realität ebenso wie der designierte Kanzler Friedrich Merz, der trotz offensichtlicher geopolitischer Verschiebungen weiterhin an der Illusion festhält, dass Deutschland mit einer moralisch begründeten Sanktionspolitik entscheidenden Einfluss



Symbol einer weiteren Zeitenwende: Das Zerwürfnis von US-Präsident Donald Trump und seinem ukrainischen Kollegen Wolodymyr Selenskyj am 28. Februar 2025 im Weißen Haus

auf Russland ausüben könne. Merz, der sich als geopolitischer Strategie inszeniert, ignoriert dabei die wachsenden Zweifel an der Effektivität der westlichen Ukraine-Strategie – zunehmend auch innerhalb westlicher Regierungen und diplomatischer Kreise. Statt die geopolitischen Realitäten nüchtern zu analysieren, dürfte sich die künftige Bundesregierung wohl weiterhin an eine wertebasierte Rhetorik klammern, die in der harten Logik der Machtpolitik keine Rolle spielt.

Verloren in ideologischen Konstrukten

Dieses Versagen in der strategischen Analyse ist kein einmaliger Fehltritt, sondern symptomatisch für eine deutsche Außenpolitik, die sich seit Jahren in ideologischen Konstrukten verliert, anstatt sich an nationalen Interessen zu orientieren. Während Staaten wie China und Russland langfristig planen und ihre Außenpolitik an klar definierten Machtzielen ausrichten, hat sich Deutschland in eine Sackgasse reiner Prinzipienpolitik manövriert, die weder Respekt einbringt noch handfeste Erfolge erzielt. Seit der Einheit von 1990 hat Berlin versäumt, eine eigenständige und souveräne Außenpolitik zu formulieren. Die Bundesrepublik agiert in einem moralisierenden Gestus, ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein.

Besonders deutlich wurde dieses Defizit im Umgang mit Russland. Jahrzehntlang betrieb Deutschland eine Energiepolitik, die auf russische Importe setzte, während es sich gleichzeitig als moralische Instanz gegen Moskau präsentierte. Das Ergebnis war eine doppelte Abhängigkeit: wirtschaftlich von russischer Energie und politisch von einer moralischen Haltung, die es unmöglich machte, strategische Flexibilität zu wahren.

Als der Krieg in der Ukraine ausbrach, reagierte Berlin reflexhaft mit einer Sanktionspolitik – die mehr der eigenen Industrie schadete als dem Kreml. Die wirtschaftlichen Folgen sind bis heute spürbar: eine Deindustrialisierung, die deutsche Schlüsselbranchen gefährdet, steigende Energiepreise und ein Standortnachteil, den China und die USA mit Interesse beobachten.

Während China in Afrika und Lateinamerika gezielt wirtschaftliche Abhängigkeiten schafft und Peking in Europa strategische Investitionen tätigt, fehlt Deutschland jede kohärente Strategie im Umgang mit der zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Chinesische Übernahmen deutscher Unternehmen wurden jahrelang ignoriert, während Berlin in naiver Selbstüberschätzung glaubte, Peking durch Appelle an eine regelbasierte Ordnung in die Schranken weisen zu können. In der Realität ist Deutschland längst auch zu einem Spielball chinesischer Interessen geworden, ohne dass die Regierung darauf eine Antwort gefunden hätte.

Angesichts dieser zielgerichteten und durchsetzungsstarken Politik Chinas wird die Hilfslosigkeit der deutschen Regierung besonders deutlich, wenn man sich ihre oft paternalistische Entwicklungshilfepraxis anschaut. Statt – wie Peking – konsequent die eigenen Interessen zu wahren, verfolgt Berlin häufig Projekte, die weder den tatsächlichen Bedürfnissen der Empfängerländer noch den deutschen Interessen gerecht werden.

Fehlgeleitete Entwicklungshilfe

Ein besonders frappierendes Beispiel für die Fehlallokation deutscher Entwicklungshilfegelder ist die Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Peru. So wurden Millionen-

beträge in den Ausbau von Fahrradschnellwegen in Lima investiert, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und die Mobilität der ärmeren Bevölkerungsschichten zu verbessern. Allerdings stellt sich die Frage, ob solche Investitionen in entlegene Infrastrukturprojekte tatsächlich im Interesse Deutschlands liegen und ob sie die gewünschten entwicklungspolitischen Effekte erzielen. Vielmehr stehen solche Projekte exemplarisch für eine Entwicklungshilfepolitik, die oft an den Bedürfnissen sowohl der Empfängerländer als auch der deutschen Interessen vorbeigeht. Statt paternalistischer Entwicklungshilfe, die häufig ineffiziente Projekte finanziert, wäre ein auf Joint-Venture-Modelle basierendes wirtschaftliches Engagement in Schwellenmärkten zielführender. Dies würde sowohl den Partnerländern als auch Deutschland zugutekommen.

Noch deutlicher zeigt sich das außenpolitische Defizit in der Verteidigungspolitik. Jahrzehntlang wurde die Bundeswehr systematisch kaputtgespart, während die politische Klasse sich in der Illusion wiegte, Sicherheit ließe sich durch Diplomatie allein gewährleisten. Die US-Administration machte nun erneut unmissverständlich klar, dass die europäischen Staaten ihre Verteidigung endlich selbst in die Hand nehmen müssen. Doch Deutschland hat selbst nach der Ukraine-Krise keine substantiellen Reformen durchgeführt. Die „Zeitenwende“ blieb weitgehend eine rhetorische Floskel. Eine Armee, die kaum einsatzfähige Panzer besitzt und in der sich Soldaten über Munitionsmangel beklagen, kann in der neuen geopolitischen Realität nicht bestehen.

Strategische Interessen vor moralischen Aspekten

Es ist an der Zeit, dass Deutschland seine Außenpolitik einer grundlegenden Revision unterzieht. Moralische Prinzipien dürfen nicht den Vorrang vor strategischen Interessen haben. Eine realpolitische Neuorientierung muss auf vier fundamentalen Säulen beruhen: Erstens eine Diplomatie, die nicht von moralischen Geboten, sondern von kühler Interessensabwägung geleitet ist. Zweitens echte Investitionen in glaubhafte Verteidigungsfähigkeiten, um innerhalb der NATO Verantwortung und Führung zu übernehmen. Drittens eine Wirtschafts- und Industriepolitik, die die eigene Souveränität bewahrt, statt neue Verwundbarkeiten zu schaffen. Und viertens das Verständnis, dass Bündnisse – einschließlich der transatlantischen Beziehungen – auf gegenseitigem Nutzen und konkreten Leistungen beruhen. Die Partnerschaft mit den USA kann nur aufrechterhalten werden, wenn Deutschland bereit ist, seinen Beitrag zur Sicherheit Europas zu leisten. Gleichzeitig darf es nicht davor zurückschrecken, auch strategische Partnerschaften mit Staaten einzugehen, die nicht dem westlichen Moralstandard entsprechen, aber für die nationale Interessenslage von Vorteil sind.

Das Aufeinandertreffen von Trump und Selenskyj ist eine ernste Mahnung. Die Weltordnung verschiebt sich, und in dieser neuen Realität gibt es für Staaten, die sich auf moralische Appelle verlassen, keinen Platz mehr. Deutschland muss sich entscheiden: Will es weiterhin der Statist einer von anderen gestalteten Welt sein oder wird es endlich eine Souveränitätspolitik betreiben, die sich an nationaler Interessenwahrung orientiert? Die Zeit der Illusionen ist vorbei. Wer das nicht erkennt, wird in der nächsten geopolitischen Krise endgültig an den Rand gedrängt.

● **Arian Aghashahi** ist Geschäftsführer des Centre for Trade & Cooperation (CTC), einer Denkfabrik, die sich für eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik engagiert.
<https://ctc.vision>

Während China und Russland ihre Außenpolitik an klar definierten Machtzielen ausrichten, hat sich Deutschland in eine Sackgasse reiner Prinzipienpolitik manövriert, die weder Respekt einbringt noch handfeste Erfolge erzielt

● MELDUNGEN

Ukrainer wollen bei uns bleiben

Nürnberg – Deutlich mehr als die Hälfte der ukrainischen Kriegsflüchtlinge will dauerhaft in Deutschland bleiben. Das geht aus einer Studie hervor, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und das Bundesamt für Migration vorgelegt haben. Der Studie zufolge liegt der Anteil derjenigen, die in Deutschland bleiben wollen, bei denen, die zwischen Februar und Mai 2022 gekommen sind, bei 59 Prozent. Bei den Ukrainern, die später nach Deutschland zugezogen sind, liegt der Anteil sogar bei 69 Prozent. Ebenfalls geht aus der Untersuchung hervor, dass die Gruppe der Ukrainer, die nach Deutschland gekommen sind, zu drei Vierteln aus Frauen besteht. Die Beschäftigungsquote lag für alle ukrainischen Staatsangehörigen in Deutschland laut der Studie im November 2023 bei 31,7 Prozent. In Deutschland leben derzeit rund 1,3 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. **H.M.**

Sachsen spart bei Asylanten

Dresden – Die Landesdirektion Sachsen hat die bislang vom Steuerzahler finanzierten Taxifahrten für Asylbewerber zu Behördenterminen abgeschafft und diesen Schritt mit der angespannten Haushaltslage des Freistaates begründet. Des Weiteren sollen die Asylsucher auch keine kostenlosen Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr mehr erhalten. Ebenso reduziert die Zentrale Ausländerbehörde ihre Außensprechstunden in den Unterkünten der Asylbewerber aus Kostengründen. Und beim Einsatz von Dolmetschern wurde ebenso gekürzt: Wer um Asyl nachsucht, muss sein Anliegen künftig schriftlich auf Deutsch mit Hilfe von Übersetzungsprogrammen vorbringen. Laut Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) handelt es sich bei den Einsparungen um keine „unbilligen Härten“, sondern um angemessene Maßnahmen. In Sachsen gilt seit Dezember ein Nothaushalt für alle Bereiche der Verwaltung. **W.K.**

Amtshilfe gegen Querdenker

Berlin – Jetzt kommt der deutschlandweite „Beratungskompass Verschwörungsgedanken“. Der bietet eine Telefon- und Online-Beratung für Personen, die bei Verwandten, Freunden, Arbeitskollegen oder sich selbst eine Neigung zu sogenannten Verschwörungstheorien entdeckt zu haben meinen. Die Betroffenen können dabei zwischen 83 Beratungsstellen wählen. Hierzu gehören unter anderem auch Einrichtungen der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen und der linken Amadeu Antonio Stiftung sowie Büros des Projektes „Steig aus“ des sächsischen Innenministeriums. Die Finanzierung des gemeinsamen Vorhabens des Bundesministeriums des Innern und für Heimat sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) übernimmt das BMFSFJ, indem es 1,2 Millionen Euro an Steuergeld zur Verfügung stellt, welche aus dem Etat des Förderprogramms „Demokratie leben!“ kommen. **W.K.**



Blick in eine ungewisse Zukunft: Christian Dürr ist womöglich der letzte Parteisolat, der die FDP aus dem Schlamassel führen kann

PARTEISCHICKSAL

„Dürr-Periode“ in der FDP?

Christian Dürr bringt sich fast ungewollt bei der liberalen Resterampe in Stellung

VON PETER ENTINGER

Am Abend der Bundestagswahl, als die FDP zur Splitterpartei wurde, war Christian Dürr der Einzige, der noch die Stellung im Hans-Dietrich-Genscher-Haus hielt. Abgeschmiert auf nur noch 4,3 Prozent bei der Bundestagswahl, demontiert nur eine Woche später mit 2,3 Prozent bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg. Ausgerechnet dort, in der liberalen Elbmetropole mit ihren vielen Selbstständigen. Selbst die linksliberale Splittergruppe Volt konnten mehr Wähler begeistern. Die wenigen Parteifreunde, die sich in der Berliner Parteizentrale versammelten, waren nach den ersten Hochrechnungen recht schnell nach Hause gegangen, die Bundesprominenz gar nicht erst erschienen. Die Einordnung blieb dem Vorsitzenden der abgewählten Bundestagsfraktion vorbehalten.

Nicht wenige Journalisten wollen darin ein Zeichen gesehen haben. In der arg zerrupften FDP tobt fortan ein Stellungs-

krieg. Parteichef Christian Lindner übernahm die Gesamtverantwortung für das Debakel und verkündete das Ende seiner politischen Laufbahn. Er gab sich nicht einmal mehr die Mühe, den Übergang zu moderieren. Er sei jetzt Privatperson, sagte er schon während seines Auftritts vor der Bundespressekonferenz am Tag nach der Bundestagswahl. Danach entschwand er in den Urlaub und überließ seinen potentiellen Nachfolgern das Feld – oder besser gesagt den Scherbenhaufen.

Das Personalkarussell dreht sich

Urgestein Wolfgang Kubicki verkündete ebenfalls seinen Rückzug, machte nicht einmal 24 Stunden später aber eine Rolle rückwärts. Das dürfte damit zusammengehangen haben, dass die linksliberale EU-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann auch mit einer Kandidatur kokettierte. Für die Vertreter des libertären und des rechtsliberalen Parteiflügels ist die Frau mit dem rhetorisch forschenden Mundwerk aber ein rotes Tuch. Doch sie ist mit einem Mandat abgesichert.

In der FDP war vielmehr seit Jahren damit gerechnet worden, Lindner würde irgendwann den Stab an den stellvertretenden Parteichef Johannes Vogel aus seinem nordrhein-westfälischen Landesverband weitergeben. Doch das Verhältnis der beiden hatte sich zuletzt deutlich abgekühlt. Lindner hatte 2020 die parteiintern beliebte Linda Teuteberg als Generalsekretärin durch Volker Wissing ersetzt und Vogel, der eigene Ambitionen hatte, dabei eiskalt übergegangen.

Nach dem Platzen der Ampel-Koalition stand Vogel im Verdacht, Inhalte des sogenannten D-Day-Papiers an die Medien durchgestochen zu haben. „Der wird hier gar nichts“, soll Kubicki in einer Sitzung des Bundesvorstands in Richtung Vogel getobt haben. Der beeilte sich am Wahlabend zu versichern, er sehe seine berufliche Zukunft nicht mehr in der Politik. Auch Konstantin Kuhle, Landeschef in Niedersachsen und in internen Kreisen als Vogels Laufbursche verspottet, gab seinen Kandidatur-Verzicht schon bekannt, bevor er überhaupt gefragt wurde.

Doch schnell wurde auch klar, dass eine Kampfkandidatur zwischen „MASZ“ und Kubicki die Partei zerlegen würde. Der Schleswig-Holsteiner genießt an der Basis Kultstatus, ist auf dem linken Flügel aber ebenso verhasst wie Strack-Zimmermann bei den Rechten. Was also tun?

„Es müssen die Leute ran, die ein Mandat haben“, forderte Vogel. Doch davon gibt es nicht mehr so viele. Der Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Hans-Ulrich Rülke, wäre einer gewesen, auf den sich alle hätten einigen können. Doch der hat intern schnell abgewunken. Im kommenden Jahr kämpft er um den Wiedereinzug in den Landtag. 2021 kamen die Liberalen in ihrer Hochburg auf 10,5 Prozent. Die Demoskopien sahen sie zuletzt eher unter der Fünfprozenthürde. Bei den Landtagswahlen im Frühjahr im Ländle und in Rheinland-Pfalz geht es endgültig ums Überleben. Während die Strukturen rund um die Stuttgarter Fraktion stabil sind, brodelt es in Mainz. Der Parteiaustritt Wissings hat die Landespartei hart getroffen, zudem ist Justizminister Herbert Mertin, ein Vermittler zwischen den Linien, kürzlich verstorben. Die amtierende Landesvorsitzende und Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt ist hochumstritten. Kurzzeitig brachte sich der NRW-Fraktionschef Henning Höne ins Spiel. Doch der 37-Jährige wurde gewogen und für zu leicht befunden.

Politischer Restposten-Verwalter

So richteten sich alle Augen plötzlich auf Fraktionschef Dürr. Der gilt zwar als Lindner-Mann, ist aber keiner, der polarisiert. Der Niedersachse ist mit seinen 47 Jahren im besten Alter, kann auf eine bisher beachtliche politische Karriere blicken. Bereits 2003 wurde er in den Landtag gewählt, wechselte 2017 dann nach Berlin. Der Wirtschaftswissenschaftler hat nur in der Politik gearbeitet, das macht für ihn das Parteamt reizvoll. Erst einmal kassiert er ein ordentliches Übergangsgeld, danach sollen Sponsoren dafür sorgen, dass der künftige Parteichef hauptamtlich tätig sein kann. Dafür muss die Satzung geändert werden, doch eine Mehrheit dafür zeichnet sich ab.

Und dann stellt sich obendrein die Frage, wie es mit der gesamten Partei überhaupt weitergeht. Dürr, formal noch politischer Insolvenzverwalter in Berlin, ist in diesen Tagen derjenige, der für die FDP spricht. Als sich Union und SPD verächtlich schnell auf ein milliardenschweres Sondervermögen zur Aufrüstung verständigten, hatte Dürr, schon ganz im Stile eines Parteichefs, die passenden Sprüche parat: „Die Zeit, in der man die FDP im Bundestag vermisst, wird schnell kommen, als manchen lieb ist.“ Er könnte sogar Recht behalten.

MILITÄRTECHNIK

Deutscher Drohnen-Hersteller startet durch

„Wir sind kein Jugend forscht“: Deutsche Rüstungskonzerne holen auf

Mit einer ganzseitigen Anzeige in der Zeitung „taz“ hat der bayerische Drohnenhersteller Quantum Systems für Aufsehen gesorgt. Die Zeitung ist traditionell linksaußen-grün ausgerichtet. Quantum Systems GmbH ist wiederum ein Hersteller, der neben Drohnen für den zivilen Einsatz auch militärische Aufklärungsdrohnen herstellt. Die im oberbayerischen Gilching ansässige Firma kann damit als Rüstungshersteller bezeichnet werden. Die am 3. März erschienene Anzeige ist Teil einer großen Kampagne des 2015 gegründeten Unternehmens. Damit und mit der Eröffnung eines Hauptstadtbüros verfolgt Quantum Systems das Ziel, die „Sichtbarkeit im politischen Berlin“ zu erhöhen.

Das Unternehmen hat tatsächlich große Pläne. Zum zehnjährigen Gründungsjubiläum des Drohnenherstellers teilte

Firmengründer Florian Seibel die Absicht mit, dass Quantum Systems einen europäischen Drohnenhersteller übernehmen will. Laut Seibel soll mit dem Kauf Expertise auf dem Feld der Koptersysteme erworben werden. Der Firmenchef kündigte auch die Entwicklung einer neuen Drohne an. Diese soll mit einem maximalen Abfluggewicht von etwa 150 Kilogramm die Aufklärungsdrohnen-Familie der Typen Twister, Vector und Reliant nach oben hin erweitern. Die neue, als „Goliath“ bezeichnete Aufklärungsdrohne soll nach Angaben von Quantum Systems rund 18 Stunden in der Luft bleiben können.

Wie das Unternehmen bei der Präsentation seiner Zukunftspläne erklärte, hat der nunmehr drei Jahre andauernde Krieg in der Ukraine gezeigt, dass die Drohnentechnologie eine entscheidende Rolle in

der modernen Kriegsführung einnimmt. Nach Aussage von Vertriebschef Martin Karkour kann Quantum Systems mit seinen kriegserprobten Systemen wesentlich zur Modernisierung von Streitkräften beitragen: „Wir sind kein ‚Jugend forscht‘, sondern haben Expertise und Erfahrung in der Drohnentechnologie“, so Karkour.

Einheitliches Betriebssystem

Quantum Systems liefert bereits seit 2022 moderne Aufklärungsdrohnen für die ukrainischen Streitkräfte. Letztes Jahr hat das innovative Unternehmen aus dem bayerischen Landkreis Starnberg in der Ukraine zudem eine neue Produktionsstätte für Drohnen in Betrieb genommen. Zudem betreibt Quantum Systems in der Ukraine ein wichtiges Service- und Trainingszentrum.

Große Pläne hat auch der Rüstungskonzern Rheinmetall. Zusammen mit Auterion entwickelt man ein einheitliches Betriebssystem für unbemannte Drohnensysteme. Beide Unternehmen verfolgen das Ziel, mit der Entwicklung einer weltweiten Branchenstandard für militärische Drohnen zu etablieren. Rheinmetall bringt in das Projekt seine Expertise mit den Drohnen Luna NG und Aladin ein, die sich bereits in Einsätzen in der Ukraine bewährt haben. Auterion hat wiederum mit seinem Programm AuterionOS bereits Pionierarbeit in der Drohnenbranche geleistet. Ziel der Partnerschaft beider Unternehmen ist es, dass Drohnen verschiedener Hersteller künftig über ein einheitliches Betriebssystem gesteuert werden können. Dies soll den Schulungsaufwand der Anwender reduzieren. **H.M.**

KRISE

„Man hat uns ein Märchen aufgetischt“

Sanktionen, Energiepreise, grüne Versprechen: In der mitteldeutschen Wirtschaft rumort es

VON HERMANN MÜLLER

Als Anfang 2023 in der PCK-Raffinerie Schwedt der Hahn zur Druschba-Pipeline zuge dreht wurde und kein Rohöl mehr aus Sibirien kam, war vonseiten der Politik noch viel von einer „grünen Transformation“, einer „Wasserstoffdrehscheibe“ und großzügiger finanzieller Hilfe des Bundes die Rede. Die Politik stand im Wort, nachdem Olaf Scholz im Mai 2022 einen freiwilligen Verzicht Deutschlands auf russisches Pipeline-Öl erklärt hatte. Seit die Bundesregierung ein Öl-Embargo gegen Moskau durchgesetzt hat, leidet jedoch die Wirtschaftlichkeit der Raffinerie. Die Auslastung der Anlage ist auf etwa 80 Prozent gesunken. In dieser ohnehin nicht rosigen Lage gerät nun auch noch die in Aussicht gestellte „grüne“ Transformation ins Stocken.

Wie der Sender rbb berichtet, wird eine grüne Wasserstoffanlage, die noch in diesem Jahr in Betrieb gehen sollte, vorerst nicht kommen. Im Gespräch mit dem rbb sagte der Raffinerie-Chef Ralf Schairer: „Im Moment ist das regulatorische Umfeld so, dass es keine Wirtschaftlichkeit für unseren großen Elektrolyseur gibt – da sind wir nicht allein.“ Im Klartext: Der Traum, mit Strom aus Solaranlagen und Windrädern „klimaneutralen“ Wasserstoff zu erzeugen, rechnet sich nicht. Bisher war für die Raffinerie in Schwedt vorgesehen, dass sie aus der Produktion fossiler Kraftstoffe aussteigt und bis 2045 zu einer großen „Wasserstoffdrehscheibe“ wird. Dabei wurde allein bis 2030 mit Kosten von etwa 15 Milliarden Euro gerechnet.

Zugesagte Fördergelder bleiben aus Erschwert wird die Lage noch durch die weiterhin ungeklärte Frage, wer künftig eigentlich Eigentümer der Raffinerie sein wird. Rosneft Deutschland, der russische Mehrheitseigner, wurde während der Amtszeit von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) unter Treuhandverwaltung des Bundes gestellt. Diese wurde erst kürzlich bis zum 10. September verlängert. Rosneft will zwar seine Anteile verkaufen, allerdings kommen die Verhandlungen nicht voran. Obendrein hat die EU-Kommission Fördergelder des Bundes für den Bau einer Pipeline zum Rostow-



Industrie unter Druck: Total-Raffinerie Mitteldeutschland im Chemiepark Leuna

Bild: action press

cker Hafen blockiert. Offenbar sind bislang noch überhaupt keine Fördermittel geflossen, die der Bund bei Sanktionsbeginn in Aussicht gestellt hatte: „Angekommen ist bisher nicht ein Euro. Man kann da wohl sagen, dass man uns ein Märchen aufgetischt hat, denn mittlerweile glaubt hier keiner mehr daran, dass diese Gelder überhaupt jemals fließen werden“, so Danny Ruthenburg, Vorsitzender des PCK-Gesamtbetriebsrates, gegenüber dem rbb.

Die unrealistischen grünen Transformationspläne, die Sanktionspolitik der Bundesregierung und nicht eingelöste Ankündigungen haben mittlerweile in der Region eine explosive Stimmung heranzureifen lassen. Die Schwedter Bürgermeisterin Annekathrin Hoppe (SPD) und weitere Lokalpolitiker haben sich kürzlich ganz offen dafür ausgesprochen, das Embargo auf russisches Öl zu beenden.

Wie der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Hans-Joachim Höp-

pner (CDU), erklärte, können die Schwedter „nach wie vor nicht nachvollziehen, dass freiwillig ein Rohöl-Embargo ausgesprochen wurde“. Mitglieder von Aufsichtsrat und Betriebsrat der PCK-Raffinerie fordern inzwischen auch in einem Brief an die Landesregierungen von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt eine Aufhebung der Embargos auf russisches Öl und Gas. Verständnis für die Forderung zeigt Ministerpräsident Dietmar Woidke. Er würde nach einem Ende des Ukraine-Krieges die Rückkehr zu Öl aus Russland für die Raffinerie PCK Schwedt grundsätzlich begrüßen, so der SPD-Politiker. Woidke schränkt jedoch ein: Die Entscheidung liege beim Bund.

CDU-Politiker spüren Druck der AfD

Auch in der mitteldeutschen Chemieindustrie wird der Ruf nach russischem Gas lauter. Angestoßen hatte die Debatte im Februar Christof Günther, Chef des Che-

mieparks Leuna. Durch den Verzicht auf russisches Gas muss der Chemiepark pro Jahr 150 Millionen Euro mehr für Gas zahlen. Die Rückkehr zu preiswerteren russischen Energieträgern ist aus Sicht der Chemieparkbetreiber die einzige Möglichkeit, die Branche in Deutschland wettbewerbsfähig zu halten. Unterstützung erhält Günther dabei von Sven Schulze (CDU), dem Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt. Zusätzlich steht die Ost-CDU seit der Bundestagswahl unter Druck: In allen fünf östlichen Flächenländern der Republik hat die AfD als stärkste Kraft abgeschnitten und überall mehr als 30 Prozent geholt.

Seitdem liegen bei vielen CDU-Politikern in den neuen Bundesländern die Nerven blank. Ob es zu einer offenen Konfrontation mit der Bundes-CDU kommt, hängt aus Sicht von Beobachtern vor allem vom Ergebnis der Koalitionsgespräche von Friedrich Merz mit der SPD beim Thema Migration ab.

FINANZEN

Kritik am Griff nach dem Pensionsfonds

Brandenburgs Finanzminister überlegt, Beamtenvorsorge zum Stopfen von Haushaltsloch zu nutzen

Der brandenburgische Finanzminister Robert Crumbach (BSW) kann sich anscheinend nicht auf die Loyalität seiner Mitarbeiter verlassen. Anders ist nicht erklärlich, dass ein skandalöses, internes Papier in die Medien gelangen konnte. Demnach will der Minister etwa die Hälfte des seit 2008 angesammelten Versorgungsfonds, der eigentlich die Altersversorgung von Beamten des Landes sichern soll, zum Stopfen von Haushaltslücken nutzen.

Für den Doppelhaushalt 2025/26 möchte Crumbach im kommenden Jahr rund 414,4 Millionen Euro dem Versorgungsfonds „entnehmen“. Die Haushaltslücke rührt aus geringeren Steuereinnahmen, dem Paket zur Bewältigung der Ukraine-Kriegsfolgen sowie aus zusätzlichen Asylkosten. Crumbach: „Derzeit finden Chefgespräche über die Haus-

haltsanmeldungen der Ressorts statt.“ Offenbar lassen sich die Wünsche der einzelnen Ministerien nicht im Haushalt unterbringen. Im Landesbudget klafft ein Milliardenloch. Um auf den Fonds zurückgreifen zu können, müsste aber erst ein entsprechendes Gesetz geändert werden. Ob es dafür eine Mehrheit gibt, ist fraglich. Nachdem die Pläne des Finanzministers öffentlich wurden, versucht er abzuwehren: „Es gibt für solche Lösungen immer Vor- und Nachteile. Wir werden das ganz in Ruhe sehr gründlich prüfen und entscheiden. Entschieden ist da noch nichts.“

Widerstand von AfD, CDU und DGB

Die Opposition macht bereits mobil. Der finanzpolitische Sprecher der AfD-Fraktion in Brandenburg, Andreas Galau, lässt kein gutes Haar an dem Plan: „Die Folgen

dieser Politik werden in wenigen Jahren spürbar sein, wenn neue Haushaltslöcher entstehen und die Finanzierung der Pensionen ins Wanken gerät. Wir fordern die Landesregierung auf, diese verantwortliche Maßnahme sofort zurückzunehmen und sich ihrer Verantwortung gegenüber den ehemaligen Beamtinnen und Beamten bewusst zu werden. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit staatlicher Altersversorgung steht auf dem Spiel – und mit ihm die Glaubwürdigkeit der gesamten Landespolitik. Die Menschen in Brandenburg haben eine Regierung verdient, die langfristig denkt und nicht mit ihrer Zukunft zockt!“

Auch der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Steeven Bretz, kritisiert, Crumbach setze die Altersversorgung von Polizisten, Lehrern und Feuerwehrleuten aufs Spiel. Es sei nicht klar,

wofür die letzten Reserven gebraucht würden. Das sei unverantwortlich. Der Präsident des Landesrechnungshofs Brandenburg, Harald Kümmel, stimmt in die Kritik ein: „Seine Erträge (des Fonds) sollen zur Deckung eines Teils der zukünftigen Pensionslasten dienen. Diese sinnvolle Vorsorge sollte erhalten und der Fonds nur für den vorgesehenen Zweck verwendet werden.“

Sogar der DGB protestiert: „Zusagen des Landes gegenüber seinen Beamten – verankert in Gesetzen und beamtenrechtlichen Grundsätzen – müssen zuverlässig eingehalten werden. Schließlich haben die Beamtinnen und Beamten vor wenigen Jahren durch persönlichen Verzicht auf Besoldung und Versorgung für das finanzielle Fundament des Pensionsfonds gesorgt“, erklärte die märkische DGB-Vorsitzende Katja Karger. Frank Bückner

KOLUMNE

Der Frauentag

VON VERA LENGSFELD

Für alle, die sich noch für Geschichte interessieren: Der Internationale Frauentag entstand vor dem Ersten Weltkrieg als Initiative sozialistischer Organisationen im Kampf um Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen. Nicht einmal in der DDR war er ein Feiertag, aber gefeiert wurde trotzdem. Die Männer, auch die Chefs, mussten Kaffee kochen, Kuchen brachten die Frauen mit und für die zu erledigenden Aufgaben wurde ein Notdienst eingerichtet. Gewöhnlich dauerten die Feiern sehr lange. Frauen bekamen Geschenke, besondere Forderungen wurden nicht gestellt, denn für Gleichberechtigung und Wahlrecht musste man längst nicht mehr kämpfen.

In der alten BRD fiel der Frauentag eher unter den Tisch. Man feierte hier den Muttertag. Es brauchte fast zweieinhalb Jahrzehnte, bis eine Linke-Regierung den 8. März zum Feiertag machte, andere Länder zogen nach. Gefeiert wird heute kaum noch, sondern gekämpft. Zwar sollte man meinen, im Westen wären Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen eine Selbstverständlichkeit. Doch diese Auffassung ist „rechts“, wurde ich belehrt.

Die neue Frauenkampf-Propaganda tut so, als herrschten heute Zustände wie vor dem Ersten Weltkrieg. Zwar dürfen Frauen wählen, aber im neuen Bundestag haben sie keine Sperrminorität mehr, was unseren besorgten Bundespräsidenten zu dem Ausspruch verleitete, Deutschland habe ein Demokratietheorieproblem.

Der 8. März wäre auch eine gute Gelegenheit, unseren zahlreichen Neubürgern zu zeigen, welchen Stellenwert Frauen in unserer Gesellschaft besitzen, vor allem klarzumachen, dass sie kein sexuelles Freiwild sind. Das Gegenteil ist der Fall. Die Massenzuwanderung aus frauenfeindlichen Gegenden und ihre realen Folgen sind kein Thema. Stattdessen wird behauptet, Rechtsextremismus und AfD wären die Ursache für die Defizite, die es in der Frauenfrage nach wie vor geben soll. Also: Kampf gegen rechts!

MELDUNG

Rathaus feiert Ramadan

Berlin – Das Bezirksamt Berlin-Mitte, geführt von Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (Grüne), hat am Rathaus Berlin-Tiergarten per Leuchtschrift den Slogan „Gesegneter Ramadan“ („Ramadan Kareem“) anbringen lassen. Anlass ist der Beginn des muslimischen Fastenmonats. Zur Begründung heißt es: „Der Fastenmonat Ramadan ist willkommener Anlass für uns im Bezirksamt Mitte, Farbe zu bekennen für ein friedliches und aufgeklärtes Miteinander der Religionen und gegen antimuslimische Vorurteile. Wir sind solidarisch, wir stehen zusammen, wir begegnen Hass und Gewalt, ganz gleich, gegen welchen Glauben sich Angriffe richten!“ Der beleuchtete Schriftzug soll den gesamten März hindurch hängen bleiben, Kosten: 1600 Euro. Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) soll beim Fastenbrechen im Rathaus das Grußwort halten. In vier deutschen Städten wird es diesen März Ramadan-Beleuchtung geben: neben Berlin sind es Frankfurt am Main, München und Köln. F.B.

● MELDUNGEN

Klimaforscher verschweigen

Wilmington – Ein interdisziplinäres Forscherteam um die Politologin Jessica Weinkle vom Department of Public and International Affairs an der University of North Carolina in Wilmington hat jetzt eine Studie über die Veröffentlichungen von Klimaforschern vorgelegt, in der es schlüssig nachweist, dass Wissenschaftler, die über den angeblich vom Menschen gemachten Klimawandel schreiben, ihre finanziell bedingten Interessenkonflikte systematisch verschweigen. So hat in 82 Aufsätzen in Fachzeitschriften über den Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und tropischen Hurricans kein einziger der insgesamt 331 Autoren Angaben zu möglichen Kollisionen von Interessen gemacht. Das ist vollkommen unplausibel, weil es im Gegensatz zu allen übrigen Bereichen der Wissenschaft steht, wo die Publizierenden regelmäßig in bis zu einem Drittel aller Fälle Interessenkonflikte aufgrund von Fördermaßnahmen anzeigen. W.K.

336 Tote durch Islamterror

Paris – Der liberalen Denkfabrik Fondation pour l'innovation politique (Fondapol) mit Sitz in Paris zufolge, gab es in Frankreich seit 1979 insgesamt 86 islamistische Terroranschläge, durch die 336 Menschen starben. Die meisten der Vorfälle ereigneten sich zwischen März 2012 und Februar 2025. Fondapol zählte hier 60 Attentate in 33 verschiedenen Städten beziehungsweise 23 Departments, wobei die Zahl der Toten bei 304 lag. Dazu kamen 973 Verletzte. Aus diesen Daten lassen sich zwei Trends ablesen: Zum einen hat die islamistische Bedrohung in den letzten 13 Jahren extrem zugenommen. Zum anderen konzentrieren sich die Attentäter nicht mehr nur auf die Großstädte und Ballungszentren in Frankreich. Vielmehr besteht seit der Anschlagserie des Algeriers Mohamed Merah in Midi-Pyrénées im März 2012 mit sieben Toten eine flächendeckende Bedrohungslage in unserem Nachbarland. W.K.

Amazon streicht Klima-Geld

Los Angeles – Die von dem Amazon-Gründer Jeffrey Bezos ins Leben gerufene Stiftung Earth Fund stellt ihre Förderung der Science Based Targets initiative (SBTi) ein. Damit geht der Vereinigung zur Unterstützung von Unternehmen bei der Festlegung und Erreichung von Klimazielen eine ganz zentrale Finanzierungsquelle verloren. Konkret muss die SBTi nun auf die gigantische Summe von zehn Milliarden US-Dollar verzichten. Die Hintergründe von Bezos' Entscheidung sind bislang unklar. Möglicherweise reagierte er damit auf die veränderte politische Landschaft in den USA seit der Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump. Aber vielleicht spielt auch die gesunkene Glaubwürdigkeit der SBTi und die daraus resultierende Kritik von Mitarbeitern des Earth Fund eine Rolle. Der SBTi wird neuerdings vorgeworfen, Unternehmen ein falsches umweltfreundliches Image zu verschaffen und damit als Wirtschaftslobbyist zu agieren. W.K.



Die polnische Armee wirbt kräftig an und ist jetzt schon die drittgrößte unter den NATO-Staaten Bild: imago/ZUMA Press Wire

AUFRÜSTUNG

Die Republik Polen macht sich kriegstüchtig

Die Bedrohung seitens Russlands wird extrem ernst genommen – Deshalb wurde der Wehretat auf 4,7 Prozent des BIP erhöht und kluge Kampagnen initiiert

VON BODO BOST

Seit Russland vor nunmehr drei Jahren das größte Nachbarland der Republik Polen, nämlich die Ukraine, überfallen hat, ist die Frage nach der Sicherheit Polens von größter Bedeutung. Die polnische Regierung, die als erste fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das sind mehrere hundert Milliarden Euro – für die Verteidigung ausgibt, macht ihre Bevölkerung mittlerweile kriegstüchtig – und zwar nicht verbal sondern real.

Die Bombenangriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur haben in den letzten Wochen trotz der viel diskutierten Friedensbemühungen von US-Präsident Donald Trump wieder zugenommen, und einige Explosionen waren sogar in den polnischen Nachbardörfern der Grenze

zu hören. Nach einem der erneut vielen russischen Angriffe starteten kurz danach die polnische Luftwaffe und ihre NATO-Verbündeten am 11. Februar im Morgengrauen zu einer Mission zur Überwachung der Grenzen des Landes.

Polen wäre erstes Opfer Russlands

Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine nimmt die Republik Polen, die an die russische Exklave Königsberg, ihren weißrussischen Nachbarn und die Ukraine grenzt, die russische Bedrohung extrem ernst. Erst recht, seit die „Bild“-Zeitung im Januar 2024 ein als geheim eingestuftes Memo der Bundeswehr enthüllte, das einen russischen Angriff auf die NATO an der Ostfront in den kommenden Jahren vorsieht. Die ersten Ziele wären die baltischen Staaten sowie Polen. Ein Szenario, das von mehreren polni-

sehen Experten und Politikern geteilt wird, die auf einen Angriff in den nächsten vier bis fünf Jahren setzen.

Das Ziel ist nicht, die Polen zu verängstigen, sondern die Bevölkerung auf einen Angriff Russlands mental vorzubereiten. „Wir wurden schon immer angegriffen und überfallen. Wir verstehen, was die Ukraine derzeit durchmacht, also wollen wir bereit sein, unser Land zu schützen“, erklärt Malgorzata Bonikowska, Expertin für Sicherheit in Europa. „Die Geschichte hat uns gelehrt, dass wir uns zuerst auf uns selbst verlassen müssen, bevor wir uns auf andere verlassen können.“

Seit drei Jahren gewöhnt sich die Bevölkerung nun schon an den Gedanken eines möglichen russischen Angriffs. Drei Monate vor den Präsidentschaftswahlen „gibt es keine Opposition über die Sicherheitspolitik des Landes“, so die Expertin

der Universität Warschau weiter. Der Streitpunkt zwischen den Anhängern der Bürgerlichen Koalition und der konservativen PiS-Partei betrifft jedoch die Haltung des derzeitigen Amtsinhabers im Weißen Haus. „Es war unter Trump, dass die US-Truppen in Polen erhöht wurden“, gibt Bonikowska zu bedenken.

155 Milliarden Euro Investition

Mit der Einweihung einer Raketenabwehrbasis an der Ostsee, dem Aufbau eines östlichen Schildes entlang der 700 Kilometer langen Grenze und dem Kauf von 96 Kampfhubschraubern im Sommer 2024 will der polnische Premierminister Donald Tusk Polen zum weltweit führenden Land im Bereich der Verteidigung machen – insbesondere in Hinsicht auf einen potentiellen Aggressor wie Russland. „Tusk möchte zeigen, dass wir uns bereits im Krieg mit Russland befinden“, so Bonikowska weiter. Damit meint er vorwiegend den hybriden Krieg auf den Meeren mit der russischen Schattenflotte und den digitalen Krieg in den sozialen Medien. In einer Rede am 10. Februar kündigte Tusk einen Investitionsplan in Rekordhöhe von satten 155 Milliarden Euro bis 2025 an, um die Sicherheit zu erhöhen und das Wirtschaftswachstum des Landes anzukurbeln. Das Land gibt derzeit 4,7 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Verteidigung aus, und damit mehr als jedes andere NATO-Land, mehr sogar als die USA.

Drittstärkste Armee der NATO

Aufgrund dieser Investitionen muss die polnische Armee, die mit 216.000 Soldaten stärker ist als die Bundeswehr, noch weitere Soldaten rekrutieren. Dabei hat Polen noch nicht einmal die Hälfte der Einwohner von Deutschland. Zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 waren überall im Land Werbespots mit der Aufschrift „Trainieren Sie mit der Armee“ zu sehen. Mehr als 10.000 junge Menschen hatten damals an Schulungen teilgenommen.

Seit einigen Monaten sind diese Plakate auf den Straßen seltener zu sehen, doch die Regierung hat andere Wege gefunden, um jüngere Menschen anzusprechen. Neben „Ferien mit der Armee“, die Polen jungen Menschen im Alter von 18 bis 35 Jahren anbietet, sind seit September 2024 Schießkurse und Workshops zur Vorbereitung auf Notfallsituationen in allen Schulen Pflicht. Die 2018 von der PiS eingeführte „Sicherheitserziehung“ wurde 2022 auf die Jüngsten im Alter von neun Jahren ausgeweitet, damit bis 2027 die Zahl von 300.000 Soldaten erreicht wird. Polen ist bereits heute schon die drittstärkste Militärmacht der NATO – hinter den USA und der Türkei.

DÄNEMARK

„Kauft Europäisch“ – scharfe Initiative gegen Trump

Im Norden Europas formiert sich erster Boykott-artiger Unmut über die US-Außen- und Zollpolitik

Die dänische Salling-Gruppe betreibt nicht nur zahlreiche teils auch in Deutschland vertretene Supermärkte, sie ist auch der größte Einzelhändler des skandinavischen Landes. Rund zwölf Millionen Kunden kaufen wöchentlich dort ein.

Die Kette kennzeichnet nun ausdrücklich europäische Produkte – wenn auch vorerst nur in Dänemark. Zunehmende Spannungen mit den USA um Grönland fallen mit der Kampagne zusammen. Die Kunden würden gezielt nach EU-Produkten verlangen, und man wolle diesem Kundenwunsch nun in den Netto-, Føtex- und Bilka-Supermärkten Dänemarks durch Sternkennzeichnung nachkommen, ließ die Konzernmutter verlauten.

Die Bürger des Königreiches zeigen seit Trumps Amtsantritt deutlich weniger Interesse an den USA. Das gilt auch für

Reisen dorthin – um ein Drittel brach die Nachfrage ein. „Die Unruhe und Unsicherheit, die durch Trumps Äußerungen in den letzten Wochen entstanden sind, haben dazu beigetragen, dass die Menschen derzeit zögern, in die USA zu reisen“, zitierte vergangene Woche die dänische Zeitschrift „Politiken“ den Reisebürofachmann Søren Sattrup. Auch US-Produkte fassen weniger Kunden an. Auf den Preisschildern in den großen Supermärkten soll ein kleiner Stern jetzt die Verbraucher über die europäische Herkunft des Einkaufs aufklären. Die Salling-Gruppe will damit ausdrücklich nicht Politik machen: „Unsere Aufgabe ist es, das zu liefern, was unsere Kunden wollen“, ließ der Konzern verlauten. Viele Kunden hätten um Hilfe bei der Suche nach Europas Waren im Sortiment gebeten, begründet

„Unsere Aufgabe ist es, das zu liefern, was unsere Kunden wollen“

Anders Hagh
CEO der Salling Gruppe

der Einzelhändler den Schritt. Es ist das erste Anzeichen für den Boykott von US-Waren in Europa. Reaktionen gab es bisher nur in Kanada, als Trump bekräftigt hatte, das seit dem vergangenen Jahrhundert souveräne Land kurzerhand zu einem US-Bundesstaat machen zu wollen.

Eine europaweite Verbraucherkampagne ging kurz darauf noch einen Schritt weiter. „BuyFromEU“ nennt sich die Initiative, die über die Internet-Plattform Reddit, ironischerweise eine US-Plattform, nach eigenen Angaben 135.000 Unterstützer gesammelt haben will. Täglich kämen Tausende hinzu. Die Vorschläge zum europaweiten Ersatz für typische US-Waren wie Ketchup sind zwar nicht immer ernst gemeint, regen aber offensichtlich viele Menschen zur Beteiligung an. Das von 30 Freiwilligen befeuerte Projekt finanziert sich durch Spenden. Wenn durch den Stimmungsumschwung erst europäische Konkurrenten großer US-Weltmarktführer aufsteigen, könnte der US-Wirtschaft ein großer Schaden drohen. Kanada hat es schon beeindruckend vorgemacht. SV

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Kaum ist Donald Trumps erste Rede im US-Kongress zur Lage der Nation mit dem Tenor „Amerika ist zurück“ verklungen, folgt wilder Aktionismus ganz im Stil von „Project 2025“. Bestehende Zölle gegen China verdoppelte Trump von zehn auf 20 Prozent. Seine neuesten Pläne zur Förderung des US-Schiffbaus richten sich noch härter gegen das Reich der Mitte. Den Schiffbau dahin „zurückbringen, wohin er gehört“ ist das Ziel der US-Regierung, also in die USA. Schon seit einer Weile sucht man den technischen Anschluss durch ein Schiffbaubündnis mit Chinas letztem echten Konkurrenten auf dem Weltmarkt – mit Südkorea. Trotz technologischer Hochentwicklung wurde das Land dennoch gerade von China als Schiffbaunation überholt.

Seit 2013 hat China sein globales Netz als die „Neue Seidenstraße“ klammheimlich ausgebaut. Infrastrukturprojekte von Afrika bis in den Vorhof der USA sichern gigantische Bauaufträge und führen dem „globalen Süden“ einen Partner an die Hand, der investiert, ohne moralische oder demokratische Bedingungen. Bis nach Südamerika reicht Chinas langer Arm. Sogar im traditionell für den US-Handel neuralgischen Panama-Kanal investierte Peking in die Infrastruktur, vor allem in Häfen. Sie dienen als Kontroll- und Umschlagplätze an dieser Lebensader des Welthandels. Jetzt hat eine große chinesische Holding aus Hongkong auf Druck der USA ihre Hafenteilungen am Kanal verkauft.

USA baut fünffach teurere Schiffe

Doch das Tempo in Washington offenbart, wie die neue US-Regierung den längst verlorenen wirtschaftlichen Wettbewerb mit China doch noch gewinnen will. Das Vordringen chinesischer Waren in die USA ist schon lange außer Balance. 2024 betrug der gesamte US-Warenhandel mit China rund 582,5 Milliarden US-Dollar, nur 143,6 Milliarden US-Dollar waren US-Exporte in das Reich der Mitte. Waren für rund 439 Milliarden kamen aber von dort in die USA. Ein gigantischer Abzug von Kapital und damit langfristiger Wohlstand und Arbeitsplätze, der das Kernversprechen des amerikanischen Traums angreift. Besonders weil der Trend schon Jahre anhält. Bereinigt man das Bruttoinlandsprodukt der Staaten nach der Kaufkraft, so schnellte die Volksrepublik bereits 2016 an den USA vorbei.

China reagierte auf Trumps Zollpolitik bisher mit Gegenzöllen in Höhe von zehn bis 15 Prozent auf einige landwirtschaftliche US-Produkte. Kritik fiel noch verhalten aus, denn die Zeit spielt Peking in



Es ist zu befürchten, dass Trumps ideenlose Zollpolitik erst die US-Bürger selbst und dann die EU-Kunden schmerzlich treffen wird

AMERICA FIRST

Trumps China-Zoll-Politik – wird es ein böses Eigentor?

Alles blickt gebannt auf das rasante US-Veränderungstempo, und wie der Präsident mit täglichen Aktionen und Ankündigungen in der Welt Unruhe stiftet

die Karten. Washington untergrabe das „multilaterale System des Welthandels“, so China. Wie in vielen Branchen aber entscheidet der Preis. Da Neubaupreise für Schiffe in den USA rund fünffach höher sind als in China, steht den USA ein erheblicher finanzieller Einsatz bevor, um die Wettbewerbsfähigkeit auch nur annähernd zu erreichen. Alle Schiffe mit China-Bezug sollen nun zahlen, wenn sie US-Häfen anlaufen. Die maritime Vorherrschaft Chinas soll so gestoppt werden.

US-Zölle schaden den US-Firmen

Der Blick in die für Trumps Pläne so entscheidende Nische offenbart das Dilemma seiner Zoll- und Außenhandelspolitik. Längst lassen nicht nur US-Handels гигантен in China billig Waren für den heimischen Markt fertigen, auch chinesische

Anbieter drängen direkt vor – Temu, Alibaba und andere Internet-Portale unterbieten noch einmal klar die Preise der in China einkaufenden US-Handelsriesen. Doch Trumps Zollpläne als Antwort darauf schaden US-Firmen sogar, weshalb er US-Autobauer von seinen neusten Zöllen gegen Mexiko und Kanada ausnahm. Für die global vernetzten Lieferketten sind die Pläne Gift. Für Medizinprodukte aus China müssen Amerikaner ab sofort teuer bezahlen mit 25 bis 50 Prozent (Kanülen) Aufschlag. Autozölle ab April gegen China in Höhe von 25 Prozent stehen noch an. So schnell wie die neuen Vorgaben kommen, lässt sich die Wirkung kaum berechnen. Und China hat sich auf die angekündigte Zölle vorbereitet, verlagert Standorte in Nachbarländer. Es hat noch keinen Handelskrieg nötig. Die Frage, wann das

Maß voll ist, bleibt indes offen. Sicher ist, dass Chinas Waren jetzt umso stärker den Weg nach Europa suchen werden.

Die Zeche zahlen die Kunden

Für die deutsche Schlüsselindustrie, die Autobranche, der ein ganz großer Angriff der neuen chinesischen E-Autos noch bevorsteht, sind das schlechte Zeichen. Im Januar machte die britische, proeuropäische Denkfabrik Centre for European Reform darauf aufmerksam, Deutschland habe am meisten zu verlieren. Der „China-Schock“ steht der hiesigen Wirtschaft noch bevor. Der Druck aus den USA wird nach Europa weitergereicht, was die Exporteure vor die Wahl stellen könnte: China oder die USA. Trumps Zollpolitik könnte so ungewollt ein übler Schuss ins eigene Wirtschafts-Knie werden.

ZU HOHE KOSTEN

Deutsche Touristik-Branche in Schwierigkeiten

Schlechte Stimmung im Hotel- und Gaststättengewerbe trotz Übernachtungsrekordzahlen

Zwar melden die deutschen Hoteliers einen Übernachtungsrekord für das abgelaufene Jahr. Dennoch hat sich für viele Betriebe der deutschen Tourismuswirtschaft die finanzielle Situation in den vergangenen Monaten stark verschlechtert. Das zeigt eine Sonderauswertung der Konjunkturumfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer zu Jahresbeginn, an der sich 2500 Unternehmen der Branche beteiligt haben.

So verkündete das Statistische Bundesamt mit 496,1 Millionen Gästeübernachtungen in Deutschland für 2024 einen Übernachtungsrekord. „Die Meldungen aus den Unternehmen ergeben ein eindeutiges Bild: Viele Hotels und Gaststätten haben weniger ein Nachfrageproblem, sondern eher ein Kostenproblem. Viele Betriebe kämpfen trotz guter Aus-

lastung um ihr Überleben“, sagte DIHK-Tourismusexperte Dirk Binding.

Vor allem die Lage im Gastgewerbe hat sich spürbar eingetrübt. Nur 21 Prozent der Betriebe schätzen ihre Lage als gut ein. 29 Prozent kommen zu einer schlechten Bewertung. Besonders betroffen sind die Beherbergungsbetriebe, die eigentlich von den Rekord-Übernachtungszahlen profitieren müssten. Hier fällt der Saldo bei der Bewertung der aktuellen Geschäftslage von plus sechs im Herbst 2024 aktuell auf minus neun Punkte zu Jahresbeginn.

Campingplätze schätzen die Lage derzeit etwas besser ein. Im Vergleich zum Herbst 2024 ist der Wert allerdings auch deutlich schlechter. Hauptgründe für die negativen Einschätzungen sind im Gastgewerbe vor allem die hohen Kosten für

Strom, Personal und Lebensmittel. Fast vier von fünf Betrieben nennen steigende Kosten für Energie- und Rohstoffe als Geschäftsrisiko, fast drei Viertel der Befragten sehen die Arbeitskosten als Problem an. Wegen der schlechten Rahmenbedingungen planen 23 Prozent der gastgewerblichen Unternehmen, Personal abzubauen. Im Gegenzug wollen nur sechs Prozent mehr Beschäftigte anstellen.

Im Reisegewerbe ist die Lust der Deutschen auf Urlaub etwas abgeklungen. Das liegt teilweise auch an Preisentwicklungen in beliebten Destinationen wie der Türkei. Während 38 Prozent der Reisevermittler von gut laufenden Geschäften berichten, melden elf Prozent eine Verschlechterung der Geschäftslage. Die Unternehmen blicken insgesamt weniger besorgt in die Zukunft, doch die Inlands-

nachfrage wird auch hier von 55 Prozent der Betriebe als Risiko eingestuft, was unter dem Strich bedeutet, dass Urlaub in Deutschland ziemlich teuer geworden ist.

Auf den ersten Blick eher positiv sind die Zahlen bei der Freizeitwirtschaft. Hierzu zählen Vergnügungsparks, Saunalandschaften oder Thermalbäder. 26 Prozent berichten von einem guten Geschäft und nur 19 Prozent von einer schlechten Lage. Doch auch hier werden die Sorgen aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen größer. Die Margen der Betriebe stehen durch die hohen Kosten weiterhin stark unter Druck. Die Unternehmen erwägen, die Preissteigerungen an ihre Kunden weiterzugeben, um rentabel wirtschaften zu können. Das wiederum dürfte dazu führen, dass die Konsumlaune noch geringer wird. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Die Umwelthilfe klagt mal wieder

Potsdam – Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat eine Klage angekündigt, falls die Raffinerie PCK Schwedt eine Ausnahmegenehmigung für Schwefeldioxidemissionen erhält. Die Raffinerie hat beim brandenburgischen Landesamt für Umwelt erneut eine Ausnahmegenehmigung beantragt, um den erlaubten Emissionswert für Schwefeldioxid überschreiten zu können. Seit die Bundesregierung einen freiwilligen Verzicht auf russisches Pipeline-Öl erklärt hat, muss die Raffinerie auf verschiedenste Öl-Sorten aus aller Welt zurückgreifen. Nach Angaben der Raffinerie schwankt der Schwefel- und Stickstoffgehalt der Lieferungen allerdings. Jürgen Resch, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, wirft der Raffinerie vor, sie hätte längst in den Bau einer Entschwefelungsanlagen investieren müssen. Laut dem Sender rbb geht aus einem Genehmigungsentwurf allerdings hervor, dass PCK 42 Millionen Euro für technische Anlagen ausgeben will, um Grenzwerte einzuhalten. *H.M.*

BayWa am Rand der Pleite

München – Der Ex-Chef des Motoren-Herstellers Deutz, Frank Hiller, soll den angeschlagenen Agrar- und Baustoffhändler BayWa aus der Krise führen. „Ich werde alles daransetzen, das Unternehmen wieder zur gewohnten Stabilität zu führen.“ Der Agrarkonzern will bis Ende 2027 rund 1300 von 8000 Stellen streichen. Zuletzt wurde bekannt, dass der Konzern vor dem Amtsgericht in München ein Restrukturierungsverfahren eingeleitet hat, um Gläubiger zu zwingen, dem Sanierungskonzept zuzustimmen. Zudem kam heraus, dass die Ausgliederung einer Unternehmenstochter zu negativem Eigenkapital führen wird, wonach sich die Sanierung verzögern wird. Das einstige Vorzeigunternehmen hatte sich bei einer Expansion im Ausland durch billige Kredite übernommen und stand lange vor der Pleite. Banken und Bayern sprangen mit 500 Millionen Euro Hilfe ein. *P.E.*

US-Ausnahmen bleiben woke

Los Angeles – Ungeachtet der allgemeinen Trendwende in der US-amerikanischen Wirtschaft, in der sich immer mehr Konzerne von ihren Richtlinien zur Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion (englisch kurz DEI) verabschieden, wollen manche Großunternehmen weiter woke bleiben. Das gilt beispielsweise für die Warenhauskette Costco Wholesale, welche weltweit fast 900 Kaufhäuser besitzt, in denen 300.000 Mitarbeiter tätig sind. Ebenso wehrt sich der Technologie-Gigant Apple gegen Forderungen seiner Aktionäre, künftig auf Diversity-Richtlinien zu verzichten. Und auch die zweitgrößte Fluggesellschaft der Welt Delta Air Lines hält an ihren bisherigen DEI-Programmen fest. Das gilt gleichermaßen für den US-Bankriesen JPMorgan Chase & Co. Dieser bekräftigte jetzt sein Ziel, angeblich unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen wie Schwarze, Hispanics und Vertreter der LGBTQ-Gemeinschaft zu unterstützen. *W.K.*

ZWISCHENRUF

Die Bundeswehr als finanzielle Sickergrube

HERMANN MÜLLER

Union und SPD haben für ihre Verschuldungspläne heftige Kritik geerntet. Besonders harsch fiel die Reaktion von Reiner Holzengel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, aus: „Die Schleusen sind auf – und jeder kann jetzt machen, was er will.“ Mit Blick auf die geplante Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben warnt der Steuerzahlerbund: „Die Strukturen, die jetzt geschaffen werden sollen, haben eine Blankoscheck-Identität, weil wir keine Deckungskomponente mehr haben.“

Die Gefahr ist tatsächlich groß, dass die Verschwendung von Steuergeldern in den nächsten Jahren neue Dimensionen erreichen wird. Ob die Bundeswehr mit den Milliarden einsatzfähiger wird, ist dabei keineswegs sicher.

Nach weitverbreiteter Darstellung hat sich Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges mit einer „Friedensdividende“ bequem eingerichtet. Diese von Politikern und Medien gesponnene Erzählung bedarf einiger Ergänzungen. Schaut man sich die Haushaltsplanungen des Bundes über die Jahre an, dann waren die Mittel für die Verteidigung nach den Sozialausgaben meist der zweitgrößte Haushaltsposten. Geflossen sind diese Mittel nach dem Willen der Politik auch in Auslandseinsätze der Bundeswehr. Allein der Afghanistan-Einsatz hat die Truppe bis 2020 rund zwölf Milliarden Euro gekostet.

Lähmende Bürokratie

Richtig ist: Deutschland hat nach der Wiedervereinigung tatsächlich weniger für Rüstung ausgegeben. Forscher schätzen die Summe auf etwa 400 Milliarden Euro. Geflossen sind diese Gelder primär in den Aufbau Ost. Momentan nicht sonderlich beliebt ist der Hinweis, dass Verteidigungsausgaben volkswirtschaftlich nicht zu den Investitionen gezählt werden, sondern wie Sozialausgaben als Konsumption angesehen werden. Damit ist ein effizienter Einsatz der aufgenommene Schulden verpflichtend, nicht aber ein Denken nach dem Prinzip „Koste es, was es wolle.“

Unterbleibt eine Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, werden mit dem Schuldenprogramm

Bürokratie, Verschwendung und Misswirtschaft neue Dimensionen annehmen. Bei großen Beschaffungsprojekten der Bundeswehr sind jahrelange Überschreitungen der Lieferfristen und Kostenexplosionen in Milliardenhöhe eher die Regel als die Ausnahme. Selbst wenn alles glatt läuft, können beim Beschaffungsamt in Koblenz mit seinen 11.000 Beschäftigten schon mal fünf bis sechs Jahre vergehen, bis ein Projekt überhaupt erst richtig in Gang kommt.

Viel Geld, keine Effektivität

Das Beschaffungsamt als Einkäufer der Bundeswehr muss auch eine Lösung für eine Entwicklung in der Rüstungsindustrie finden, die auch in den USA zu beobachten war. Auf die Verschlingung der Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges hat die Industrie reagiert, indem sie immer ausgefeiltere und damit auch immer teurere Waffen entwickelt hat. Im Alltag der Truppe, vor allem aber im Ukrainekrieg, zeigt sich allerdings, dass diese Hochtechnologie-Waffensysteme nicht nur teuer, sondern häufig fehleranfällig und wartungsintensiv sind. Für die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr ist daher auch Gerät gefragt, das sich als robust erweist und im Verteidigungsfall in hoher Stückzahl nachproduziert werden kann.

Bevor Hunderte Milliarden Euro über die Bundeswehr und die Rüstungshersteller ausgeschüttet werden, sollte auch eine andere Frage geklärt werden: Warum schafft es Israel mit einem Verteidigungsetat von 34 Milliarden US-Dollar Streitkräfte zu unterhalten, die hochmodern ausgerüstet und extrem leistungsfähig sind?

Deutschland hat nach Berechnungen des International Institute for Strategic Studies im Jahr 2024 immerhin nach den USA, China und Russland weltweit die vierthöchsten Rüstungsausgaben gehabt. Gemäß der Londoner Denkfabrik hat unser Land 2024 knapp 80 Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben – regulären Haushalt, Ausgaben über das Bundeswehr-Sondervermögen und Militärhilfe für die Ukraine inklusive. Gleichzeitig hat die Bundeswehr aber größte Mühe, eine einsatzfähige Brigade zur dauerhaften Stationierung in Litauen aufzustellen.



Bereits vor seiner Vereidigung schwer in Erklärungs- und Handlungsnot: Friedrich Merz Bild: picture alliance / dts-Agentur

LEITARTIKEL

Schon gescheitert?

RENÉ NEHRING

Noch ist nicht sicher, wie das Ganze ausgeht. Noch ist nicht sicher, ob das schwarzrote Manöver, mit dem alten, vom Bundespräsidenten im Dezember aufgelösten (!) – also nicht einfach nur vertagten – Bundestag, der künftigen Regierung einen historischen Verschuldungsrahmen einzuräumen, vom Bundesverfassungsgericht akzeptiert wird. Noch ist auch nicht sicher, ob und unter welchen Umständen die für dieses Manöver gebrauchten Grünen ihre Zustimmung geben werden (im ersten Anlauf haben sie den Plänen von Union und SPD jedenfalls eine Absage erteilt). Und somit ist auch nicht sicher, ob das schwarz-rote Bündnis überhaupt zustande kommt und Friedrich Merz tatsächlich zum nächsten Bundeskanzler gewählt wird – oder ob er noch vor der Ziellinie über seine Nachwahl-Winkelzüge stolpert.

Sicher ist jedoch: Selten in der jüngeren deutschen Geschichte war der Gegensatz zwischen dem, was ein Kanzlerkandidat in den Tagen vor einer Bundestagswahl verkündete, und dem, was er in den

Tagen nach der Wahl tat, so groß wie bei Friedrich Merz im Jahre 2025. Weshalb denn auch die Kommentatoren von links über die politische Mitte bis rechts unisono von „Wortbruch“ sprechen.

Und wie sollte man es denn auch anders nennen, wenn ein Bewerber um das Kanzleramt bei jedem Wahlkampfauftritt davon redet, dass der Staat von Jahr zu

Trump für die Europäer eine Herausforderung ist. Weshalb denn auch seriöse Kritiker wie die „Wirtschaftsweise“ Veronika Grimm Union und SPD unterstellen, mit der behaupteten Notlage lediglich einen Gestaltungsspielraum schaffen zu wollen, mit dem dringend erforderliche Strukturformen umgangen werden können – was wiederum zulasten unseres Landes und seiner Volkswirtschaft gehe.

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, bescheinigte nach den schwarz-roten Sondierungen seinem CDU-Parteifreund Merz, ein „großer Kanzler werden“ zu können. Doch wie soll eine Kanzlerschaft „groß“ werden, wenn der Hauptprotagonist schon vor seinem Amtseid mit solch einer schweren Bürde wie dem Vorwurf des Wahlbetrugs durch die Welt laufen muss?

Wie das Ganze ausgeht, ist – siehe oben – nicht sicher. Doch lassen zwei Redewendungen erahnen, wohin die Reise für Merz und die Deutschen gehen dürfte. Die erste, aus der Heiligen Schrift, lautet: „Unrecht Gut gedeiht nicht gut.“ Und der etwas derbere Volksmund meint: „Was besch...ssen anfängt, geht besch...ssen weiter und endet besch...ssen.“

„Unrecht Gut gedeiht nicht gut.“

Sprüche 10,2

Jahr Rekorderlöse verbuche und deshalb endlich mit dem zur Verfügung stehenden Geld auskommen müsse – und dann noch vor der Regierungsbildung eine historische Neuverschuldung verkündet? Zwar beruft sich Merz auf eine neue Lage in der Weltpolitik, doch bleibt er schuldig, worin diese neue Lage besteht. Dass in der Ukraine Krieg herrscht, ist ebenso wenig neu wie der Umstand, dass US-Präsident

PORTRÄT

Viel Machtfülle in einer Person

Der SPD täte eine Verjüngung dringend Not. Die Granden der Partei – Scholz, Pistorius, Esken, Mützenich – haben die 60 längst überschritten. Im Vergleich dazu ist der Mann, der zukünftig die Rolle des obersten Genossen spielen und die Partei aus dem Stimmungstief ziehen soll, ein Jungspund. **Lars Klingbeil** wurde am Tag der Bundestagswahl 47 Jahre alt. Der zusammen mit Saskia Esken amtierende Parteivorsitzende erhielt am Wahlabend ein besonderes Geburtstagsgeschenk: Als Nachfolger von Rolf Mützenich wurde er zusätzlich zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion erkoren.

Die SPD wird faktisch damit zu einer Klingbeil-Partei. So ist absehbar, dass er im Fall einer Koalition mit der CDU sowohl Vizeminister als auch eventuell Außenminister in einer Regierung Merz wird. Damit ist Klingbeil der einzige Wahlgewinner seiner Partei, die am Wahlabend ein historisches Debakel erlebt hat.

Abschlagen hinter CDU und AfD rangiert die einstige Volkspartei mit lächerlichen 16 Prozent nur noch auf Rang drei. Aber ausgerechnet dem Mann, der dieses Ergebnis als Co-Parteichef mit zu verantworten hat, traut man es zu, die SPD wieder aus dem Sumpf zu ziehen.

Klingbeil gibt als Freizeit-Gitarrist nach außen gern den junggebliebenen Rocker. Doch dem Wesen nach ist er ein alter Parteisoldat. Schon während seines Poli-

tologiestudiums in Hannover engagierte sich der aus Soltau in der Lüneburger Heide stammende Klingbeil im Wahlkreisbüro von Gerhard Schröder. In seiner Jugend, so sein Bekenntnis, sei er noch in der Antifa aktiv gewesen, ehe bei ihm ein Wandel von links nach rechts eingesetzt habe. Inzwischen ist er Mitglied des konservativen Seeheimer Kreises der SPD.

Seine Wandlungsfähigkeit zeigt sich auch in der Rüstungspolitik. Der Sohn eines Bundeswehrsoldaten verweigerte den Wehrdienst, engagierte sich aber für höhere Verteidigungsausgaben. Schließlich sorgt in seinem Wahlkreis eine Rüstungsfirma für Arbeitsplätze. Ein Interessenkonflikt sorgte wohl dafür, dass er die Offenlegung einer CDU/GSU-Liste zur staatlichen Finanzierung von NGOs verhindern wollte: Seine Frau ist Geschäftsführerin einer solchen Denkfabrik, die außer den 15 gut bezahlten Mitarbeitern eigentlich niemand braucht. **H. Tews**



Frontmann der SPD: Lars Klingbeil

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Pilsener Revers mit tödlicher Wirkung

Fatale Treueschwüre auf Wallenstein – Das Deutsche Historische Museum Berlin erwirbt Dokumente aus dem Dreißigjährigen Krieg

VON SILVIA FRIEDRICH

Vor welchen bedeutenden Dokumenten man zukünftig steht, werden Betrachter im Deutschen Historischen Museum (DHM) in Berlin sicher erst erkennen, wenn sie sich näher mit dem Dreißigjährigen Krieg und dem Leben des Feldherrn Albrecht von Wallenstein (1583–1634) befassen. Nach Restaurierung der Objekte schaut man auf mehrere knapp 400 Jahre alte Schriftstücke, von denen der Inhalt des ersten zu seiner Zeit den sicheren Tod bedeutete. Das Berliner Haus erwarb im Oktober 2024 Urkunden mit Originalhandschriften aus der Zeit des machtpolitischen Glaubenskrieges, die sogenannten Pilsener Reverse.

Wallenstein entstammte niederem protestantisch-böhmischen Adel und trat früh, was sehr ungewöhnlich war damals, zum Katholizismus über. Durch Heirat mit der vermögenden Witwe Lukretia von Witschkow wurde er 1609 zum Grundbesitzer in Mähren. Als es 1618 zum „Prager Fenstersturz“ kam, somit dem Auslöser für den 30 Jahre währenden Glaubenskrieg, stellte sich Wallenstein sofort auf die Seite der katholischen Habsburger. Im weiteren Verlauf des Krieges machte er dem oft in Finanznöten steckenden Kaiser Ferdinand II. 1623/24 das Angebot, eine ganze Armee aufzustellen, die er auf eigene Kosten finanzieren würde. Er verlangte in allen Gebieten, in denen seine Armee stand, eine hohe Kriegsteuer, mit der er seine Männer bezahlte.

Unter dem Motto „Der Krieg ernährt den Krieg“ blieb den Menschen in den jeweiligen Territorien kaum etwas zum Leben übrig. Der Ruhm des Generalissimus bröckelte, als er sich mit dem Kaiser überwarf und später zu eigenmächtig in puncto Friedensverhandlungen wurde. Wallenstein drohte mit Rücktritt, was den Kaiser nicht schreckte, da er seinen Sohn als Oberbefehlshaber einsetzen wollte, Wallensteins Generäle und Obristen jedoch in Schrecken versetzte. Diese waren von seiner Armeefinanzierung abhängig.



Für die Nachwelt in Berlin gesichert: Urkunde des Feldmarschalls Christian von Ilow mit Ergebnheitsadresse und Treueschwur an Albrecht von Wallenstein samt Unterschriften von 47 kaiserlichen Regimentsinhabern und Offizieren vom 12. Januar 1634

Zu viel hatten sie investiert und sehr viel erwarteten sie als Kriegsbeute.

So kam es zum ersten wichtigen Dokument, in dem sie dem Feldherrn schworen, ihm treu zu bleiben und sich auf keine Weise von ihm trennen zu lassen. Vermutlich hat Friedrich Schiller diese Dokumente niemals zu Gesicht bekommen, dennoch spielte das erste Pilsener Revers (auch: Pilsener Schluss genannt) vom 12. Januar 1634 in seiner Wallenstein gewidmeten Dramen-Trilogie eine bedeutende Rolle. Der Begriff Revers bezeichnet eine schriftliche Erklärung, sich zu etwas zu verpflichten. Der Dichter nannte diese somit in seiner Trilogie „Verschreibung“. Und genau das war das erste Pilsener Revers auch: eine Urkunde, vermutlich auf-

gesetzt von Feldmarschall Christian Freiherr von Ilow (1585–1634), weil sein Siegel dieses erste Revers zierte, mit Treueschwur und Ergebnheitsadresse (Loyalitätsbindung) an Wallenstein, unterzeichnet in Pilsen am Abend des 12. Januar 1634 von 47 kaiserlichen Regimentsinhabern und Offizieren.

Keplers zutreffende Vorhersage

Damit Wallensteins Truppen vom ersten Pilsener Schluss in Kenntnis gesetzt werden konnten, wurde es fünfmal angefertigt. Dieses Schriftstück ging als Auslöser für die Ermordung Wallensteins in die Geschichte ein. Der Kaiser verhängte die Reichsacht über seinen General, womit jeder ihn straflos töten konnte.

Das zweite, nun kaisertreue Revers am 20. Februar 1634 aufgesetzt mit 32 Unterschriften, nützte niemandem mehr etwas. Wallenstein floh daraufhin nach Eger, wo sein Leben ein gewaltsames Ende fand. Auch viele der Unterzeichner verloren ihr Leben durch Hinrichtung wegen Hochverrats. Der Kaiser ließ nach den Urkunden fahnden, jedoch fand man sie nicht. Möglicherweise sind sie vernichtet worden. Einer der Unterzeichner war Feldherr Hans Ulrich von Schaffgotsch, der später wegen seiner Unterstützung Wallensteins in Regensburg hingerichtet wurde. Er brachte das fünfte Exemplar des ersten Revers zu den schlesischen Truppen und schaffte es schließlich die beiden Pilsener Reverse im Adelsitz sei-

ner Familie im niederschlesischen Warmbrunn [Cieplice Śląskie-Zdrój] zu verstecken, wo diese, zusammen mit dem Protokoll, der sogenannten Vota, zum zweiten Pilsener Revers ab Mitte des 19. Jahrhunderts in der Schaffgotschen Majoratsbibliothek aufbewahrt wurden.

Wie Millionen andere Menschen musste auch die Grafenfamilie vor der Roten Armee 1945 Richtung Westen fliehen. Eine Quelle sagt, dass sie die Dokumente in den Kriegswirren zurückließen, eine andere behauptet, sie hätten sie, zusammen mit anderen wichtigen Papieren des Hausarchivs, mitgenommen. Somit ist der zwischenzeitliche Verbleib unklar, jedoch konnte die Familie die so bedeutenden Originalhandschriften Mitte der 1980er Jahre einem West-Berliner Antiquar anbieten. Von einem Kölner Auktionshaus erwarb das DHM diese dann Ende des vergangenen Jahres.

„Wir sind unserem Museumsverein zu großem Dank verpflichtet, dass wir diese herausragenden Schriftstücke von nationaler Bedeutung gemeinsam für die Sammlung des DHM ankaufen konnten. Dies ermöglicht uns auch, die dringend notwendige Restaurierung dieser einzigartigen Urkunden durchzuführen, um sie unserem Publikum in bestmöglichem Zustand präsentieren zu können“, sagt Raphael Gross, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum. Dank der großzügigen Unterstützung des Museumsvereins konnten diese einzigartigen Originale erworben werden.

Erstmals werden die Schriftstücke als nationales Kulturgut von einer öffentlichen Institution verwahrt. Ob man damals oder heute an die Voraussagen von Astrologen glaubt, sei dahingestellt. Jedenfalls ließ sich Wallenstein von dem Astronomen, Astrologen, Physiker und Mathematiker Johannes Kepler (1571–1630) Horoskope erstellen. Kepler sagte dem Machtmenschen eine große Karriere voraus und warnte eindringlich vor dem Jahr 1634. Am 16. Februar 1634 wurde Wallenstein von kaisertreuen Offizieren in Eger ermordet.

KINO

Die ungeschminkte Wahrheit

Wie Phoenix aus der Asche – „Baywatch“-Sexikone Pamela Anderson glänzt als „The Last Showgirl“

Machen wir uns nichts vor: Viele haben in den 90ern die unsägliche Rettungsschwimmer-Serie „Baywatch“ nur wegen der braun gebrannten Luxuskörper mit den knappen roten Badeanzügen im TV verfolgt. So mancher Zuschauer träumte davon, an den Strand von Malibu zu fahren, um von Pamela Anderson gerettet zu werden. Die Blondine wurde mit ihrer Rolle zum großen Sexsymbol ihrer Zeit. Als sie 1997 aus der Serie ausstieg, tauchte sie häufiger im „Playboy“ auf als in Filmen. Ihre Karriere schien am Ende.

Doch jetzt steigt sie im Kino wie Phoenix aus der Asche auf. Den am 20. März startenden Film „The Last Showgirl“ kann man wie eine verklausulierte „Baywatch“-Fortsetzung betrachten, in der Anderson den Badeanzug mit einem Glitzerkostüm getauscht hat. Als Liefde die Filmserie bis in alle Ewigkeit, kämpft sie als alterndes Mitglied eines Tanzensembles, das seit 30 Jahren in Las Vegas in der „Razzle Dazzle“-Show auftritt, gegen den Verfall an.

Im Alter von 57 Jahren erfährt die von Anderson gespielte Shelly beiläufig bei einem Essen von dem Bühnenmanager Eddie, dass die Show abgesetzt wird. Damit beginnt für sie jener amerikanische Albtraum, den gerade tausende Staatsangestellte durch die Trumpsche Entlassungswelle erleben. Was auf Shelly zukommt, veranschaulicht ihre von Jamie

Lee Curtis gespielte beste Freundin Annette, die schon vor Jahren aus der Casino-Show aussortiert wurde und die nun im grotesken Kostüm einer Cocktailkellnerin die Casinogäste bedient. Wie sie im Casino zum Bonnie-Tyler-Lied „Total Eclipse of the Heart“ tanzt, während die Gäste achtlos an ihr vorbeigehen, wirkt wie ein amerikanischer Totentanz.

Shelly wehrt sich gegen den Untergang, will Ordnung in ihr Privatleben bringen, indem sie die Versöhnung zu der von ihr wegen der Karriere entfremdeten Tochter sucht und sich für eine neue Show bewirbt. Bei der Bewerbung mogelt sie mit dem Alter, erst 37, dann 42, zuletzt 57 Jahre. Es ist das aktuell wahre Alter von Anderson, die in dem Film in jeder Hinsicht ganz ungeschminkt daherkommt. Regisseurin Gia Coppola, wieder so ein junger Spross aus dem Familienclan des „Paten“-Regisseurs Francis Ford Coppola, verzichtet auf Hochglanzaufnahmen.

Den Mut, auf Make-up zu verzichten, bringen nicht viele Hollywoodgrößen auf. Anderson zeigt mit Stolz alle ihre Falten und Deformationen des Alters, die sie nur einmal durchbricht, als sie sich für ein Rendezvous zurechtmacht. Da schimmert die „Baywatch“-Ikone mit ihrer kindlichen Stimme auf, die sich davon abgesehen famos, attraktiv und altersgerecht zur ungeschminkten Wahrheit bekennt. H. Tews



Verbreitet auf der Bühne viel Glamour: Pamela Anderson als Show-Tänzerin Shelly

● MELDUNG

Wo und was sind Quanten?

Göttingen – Die Sonderausstellung „Was zum Quant?“ im Forum Wissen der Universität Göttingen beleuchtet vom 27. März bis 5. Oktober die Entwicklung der Quantenphysik ab 1900. Technologien auf Basis der Quantenphysik sind quasi allgegenwärtig: Sie stecken in Lasern, Solarzellen, in jeder Supermarkt-Kasse. Damit ist die Quantenmechanik die kommerziell erfolgreichste physikalische Theorie aller Zeiten. Ihr Geburtsort ist Göttingen. Erstmals wurde hier vor 100 Jahren eine mathematische Beschreibung für die Quanten-Phänomene gefunden, die das Weltbild der Physik, wie man sie bis dahin kannte, auf den Kopf gestellt hat. Aus diesem Anlass erklärten die UN das Jahr 2025 zum Internationalen Jahr der Quantenwissenschaft und -technologie. Ergänzt wird die Ausstellung durch ein umfangreiches Rahmenprogramm. Internet: www.forum-wissen.de Schn.

KOMMUNIKATION

Museum an historischem Standort

Wenige Monate nach der Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich wurde der Norddeutsche Postbezirk in „Reichspost“ umbenannt. Noch im selben Jahr wurde in der neuen Reichshauptstadt in der Leipziger Straße 15 mit dem Bau eines repräsentativen Generalpostamts begonnen. Architekt war Carl Schwatlo, der auch für viele andere Bauten der Reichspost verantwortlich war.

Ein Jahr nach der Reichsgründung und dem Baubeginn wurde das Reichspostmuseum gegründet. Nach der Fertigstellung des Generalpostamts im Jahre 1874 wurde dort auch das Museum untergebracht. Bis 1878 waren die Sammlungen so weit gewachsen, dass die bis dahin nur für Postbeschäftigte zugängliche „Plan- und Modellkammer“ offiziell als Reichspostmuseum für die Öffentlichkeit zugänglich wurde. Nachdem das 1880 in Reichspostamt umbenannte Amt von 1893 bis 1897 einen Erweiterungsbau nach Plänen des Architekten Ernst Hake erhalten hatte, wurde 1898 auch das Postmuseum dort untergebracht.

Im Zweiten Weltkrieg wurde der Bau durch alliierte Luftangriffe und den Häuserkampf während der Schlacht um Berlin schwer beschädigt. Schließlich blieben nur noch die Umfassungsmauern. Die Bestände waren zu großen Teilen entweder in dem Gebäude untergegangen oder in den Westen ausgelagert worden, wo sie für die SBZ und ab 1949 für die DDR nicht zugänglich waren.

Im Systemwettbewerb wollte die DDR der Bundesrepublik die Fortführung der Museumstradition jedoch nicht allein überlassen. Im westlichen Frankfurt am Main wurde 1958 ein neues Bundespostmuseum eröffnet. Im selben Jahr wurde im Ostteil Berlins das Reichspostamt zunächst behelfsmäßig so weit instand gesetzt, dass es als Herberge für eine Briefmarkenausstellung taugte. 1960 wurde eine Dauerausstellung zur Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens mit Geräten, Modellen und Ausrüstungsgegenständen eröffnet. Mit Blick auf die 750-Jahr-Feier Berlins im Jahr 1987 beschloss das Politbüro des ZK der SED 1981, das Gebäude vollständig wiederzuerrichten und als Postmuseum der DDR neu zu eröffnen. Die Bauarbeiten nach Plänen des Architekten Klaus Niebergall wurden statt bis 1987 allerdings erst 1990 abgeschlossen.

Nach dem Ende der DDR und dem damit verbundenen gleichzeitigen Ende der Pläne eines Postmuseums der DDR wurde über ein neues Nutzungskonzept nachgedacht. Die Entscheidung fiel für ein weiteres Postmuseum auf dem Boden der Bundesrepublik bei weitgehender Berücksichtigung des Denkmalschutzes. 1997 fand das Richtfest statt. Zwei Jahre später waren die 60 Millionen D-Mark teuren Bauarbeiten abgeschlossen.

Vor einem Vierteljahrhundert, am 17. März 2000, eröffnete der damalige Bundespräsident Johannes Rau das Museum für Kommunikation Berlin. Es ist neben dem ehemaligen Bundespostmuseum in Frankfurt am Main und dem ehemaligen königlich-bayerischen Postmuseum in Nürnberg das dritte Museum für Kommunikation der 1995 im Zuge der deutschen Postreform gegründeten bundesunmittelbaren Museumsstiftung Post und Telekommunikation (MSPT) mit Sitz in Bonn.

Manuel Ruoff



BILD: PICTURE ALLIANCE/SPHOTOSCHERL

Deutsche Reichsbank: Zentrale der Notenbank in dem extra hierfür von 1869 bis 1876 von Friedrich Hitzig erbauten repräsentativen Gebäude Jägerstraße 34-36 in Berlin

WÄHRUNGSPOLITIK

Ein Staat, ein Markt, eine Mark

Dem Reichsbankgesetz vom 14. März 1875 folgte die Gründung der Reichsbank und die Beendigung des Währungschaos im neu gegründeten Deutschen Reich

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Von Lissabon bis Zypern, von Athen bis an die finnisch-karrelische Grenze – der Euro ist die europäische Währung. Neben der Freizügigkeit sollte die Einheitswährung das Zusammenwachsen der Staaten in der Europäischen Union aus einem Währungschaos heraus begünstigen und eigentlich auch für Stabilität sorgen. Nicht alle Hoffnungen haben sich erfüllt.

Das war allerdings bei der Begründung der Deutschen Reichsbank nicht anders. Die Gründung des deutschen Kaiserreichs am 18. Januar 1871 hatte ein einheitliches Geldwesen erforderlich gemacht. Denn entscheidendes Hemmnis für einen großen Binnenmarkt war die bis dahin praktizierte Kleinstaaterei mit verschiedenen Geldverfassungen. Das Reich setzte sich nämlich nicht nur aus 25 verbündeten Staaten zusammen, sondern auch aus sieben Währungsgebieten mit 119 verschiedenen Sorten Gold-, Silber- und Scheidemünzen. Im Zahlungsverkehr zugelassen waren zudem noch alte Münzen aus dem vorangegangenen Jahrhundert sowie ausländische Münzen mit eigenen Rechensystemen. Zudem ließen sich die Länder in finanziellen Notlagen immer wieder zur Entwertung hinreißen oder das Metall selbst nutzte sich im Umlauf ab, sodass der faktische Metallwert der Münzen oft vom Nennwert abwich. Im Zahlungsverkehr mussten daher häufig umständliche Verhandlungen über Auf- und Abschläge geführt werden. Kurz-

um: Es gab einen kaum durchschaubaren Dschungel an Zahlungsmitteln und Wechselkursen.

Über die Verfassung der Reichsbank ist seit ihrer Gründung leidenschaftlich gestritten worden. Sie war zwar Staatsorgan, aber in der Form eines Aktienvereins mit ausschließlich privatem Kapital ausgestattet. Die 120 Millionen Mark Einlagekapital gehörten rund 7600 Anteilseignern, darunter 1462 Ausländern. Die neue Reichsbank unterstand dem Reichskanzler unter beratender Mitwirkung eines Ausschusses von Anteilseignern. Diesen blieben allerdings die klassischen Rechtspositionen von Aktionären nach dem Handelsgesetzbuch verwehrt. Die Reichsbank sei ein „Institut des Reiches, zu dessen öffentlich-rechtlichen Zwecken sie dient und betrieben wird“, musste dann später aus gegebenen Gründen auch das Reichsgericht per Urteil feststellen. Das Vermögen der Reichsbank war dennoch in privater Hand und nicht in der des Fiskus.

Keine reine Staatsbank

Über die Einführung der Reichsbank selbst herrschte zwar weitgehende Einigkeit, allerdings wurde auch noch lange nach dem Reichsbankgesetz vom 14. März 1875 die Forderung erhoben, die Reichsbank zu einer reinen Staatsbank umzubauen. Das wurde allerdings ebenso lange mit der Argumentation abgelehnt, eine Staatsbank könne durch einen unglücklichen Kriegsverlauf gefährdet werden.

Letztlich setzte sich die allgemeine Anerkennung der Autorität des Bank-

präsidiums durch; es wirkte unabhängig von Parteipolitik. Mit Folgen: Fragen der Geldverfassung und Währungspolitik spielten im Reichstag schnell keine Rolle mehr. Öffentliche Kritik an der Reichsbank wurde nicht geübt beziehungsweise blieb unterhalb der Wahrnehmungsgrenze.

Das Reichsbankgesetz legte den 32 deutschen Privatnotenbanken Kontingente auf und führte zu Beschränkungen bei den Geschäftsfeldern. Daher gaben viele Banken schnell das Notengeschäft auf.

Die französischen Reparationszahlungen unterstützten den Umstieg von diversen Silberwährungen zur Mark. Die Mark war ab 1876 offizielle Währung im Kaiserreich.

Erster Reichsbankpräsident war der 1814 in Marienwerder geborene Hermann von Dechend, ein in der preußischen Finanzverwaltung tätiger Jurist. Dechend hatte in Berlin und Bonn Jura und Kameralwissenschaften studiert. Nach Stationen an diversen Gerichten wechselte er in die preußische Verwaltung. 1844/45 absolvierte er noch eine technisch-gewerbliche Ausbildung. Im Revolutionsjahr 1848 stieg er in die Bankwirtschaft ein. Schon bald wurde ihm die Leitung der Preußischen Darlehenskasse übertragen. Ab 1851 war er Mitglied im Hauptbankdirektorium der Preußischen Bank. Dechend stieg bis 1864 zum Präsidenten der Preußischen Bank auf, die er zu einer führenden europäischen Zentralbank aufbaute, bis der Reichskanzler ihm 1876 das Präsidentenamt der neuen Reichsbank über-

trug, das er bis 1890 ausübte und mit Autorität und Verlässlichkeit versah.

Auflösung der Notenbank 1945

Die Reichsbank nahm zum 1. Januar 1876 die Geschäfte auf und wurde zur Zentralnotenbank des Reichs. Von 1876 bis 1884 gedruckte Reichsbanknoten trugen Dechends Unterschrift. Auf ihn ist es zurückzuführen, dass die Reichsbank sich nicht zu einer Privatnotenbank entwickelt hat und dass sie ihre Unabhängigkeit sogar gegen den starken Reichskanzler Otto von Bismarck behauptet hat. Im Streit zwischen reiner Goldwährung oder Bimetallismus setzte er sich für eine vermittelnde Lösung ein: Goldwährung verbunden mit umfangreicher Versorgung mit Silberkurantgeld. Dem Druck, Silber verstärkt abzustoßen, widersetzte er sich, da er einen Preisfall für Silber und eine unzureichende Geldzirkulation fürchtete, zumal Gold knapp war.

Dechend, zu dem Zeitpunkt bereits preußischer Staatsrat, starb 76-jährig 1890 in Berlin und wurde auf dem Friedhof I der Jerusalems- und neuen Kirche vor dem Halleschen Tor beigesetzt.

Bis zu ihrer Auflösung 1945 zeichnete die Reichsbank für die nationale Geldpolitik des Deutschen Reichs verantwortlich, wobei bis 1935 noch das Notenprivileg auf Landesnotenbanken delegiert war. Doch schon 1906 nahmen nur noch vier Landesnotenbanken dieses Recht wahr.

Die Reichsbank existierte rund sieben Jahrzehnte und hatte mit zwei Weltkriegen sowie einer der größten Hyperinflationen der Geldgeschichte zu kämpfen, in deren Folge auch die sogenannte Papiermark gedruckt wurden.

Mit der Gründung der Reichsbank vor 150 Jahren war die Geldreform abgeschlossen – und das uneinheitliche Geldwesen in Deutschland – abgesehen vom Nachkriegs-Notgeld nach 1945 und dem sozialistischen Billiggeld der DDR – passé. Die zuletzt rund 20.000 Anteilseigner der aufgelösten Reichsbank wurden durch das Gesetz über die Liquidation der Deutschen Reichsbank und der Deutschen Golddiskontobank von 1961 entschädigt.

ZWEITER WELTKRIEG

Bombenterror zwischen Dresden und Potsdam

Im März 1945 wurden noch einmal etliche deutsche Klein- und Mittelstädte Opfer anglo-amerikanischer Flächenbombardements

VON BJÖRN SCHUMACHER

Mit den strategischen Luftangriffen auf Dresden Mitte Februar 1945 hatte der Luftterror einen neuen Höhepunkt erreicht. Deutsche Abfangjäger operierten fast nur noch an der Front und litten unter Treibstoffmangel. Ungeklärt konnte der Bombenhammer daher auch in Pforzheim zuschlagen, das plötzlich auf einem „Zielsystem Mitteldeutschland“ der Combined Bomber Offensive (CBO) der Royal Air Force (RAF) und der United States Army Air Forces (USAAF) aufgetaucht war.

Kriegswichtige Industrie gab es dort kaum, stattdessen einen verwinkelten Stadtkern mit Fachwerkarchitektur – ideal für den ausgeklügelten Mix aus Spreng- und Brandbomben, mit dem die RAF deutsche Zivilisten seit der Area Bombing Directive von 1942 quälte. Die Pforzheimer Zeitzeugin und Historikerin Ursula Moessner-Heckner resümierte: „Pforzheim starb am 23. Februar 1945. Es starb grundlos. Es wurde zerstört, weil es noch nicht zerstört war. [...] Irrsinn des totalen Krieges.“ Sachbuchautor Jörg Friedrich griff zu einer gewaltigen Metapher: „Pforzheim zerkochte zu Lava, als hätten die Zyklopenfäuste anderer Erdzeitalter zugeschlagen.“ Jeder Vierte der 80.000 Einwohner starb beim Untergang der nordbadischen Schmuckmetropole – eine nirgendwo sonst erreichte Quote.

Pforzheim am 23. Februar

Häufig traf es im März 1945 Klein- und Mittelstädte. Deutsche Zivilisten, deren Durchhaltungsmoral die Briten – angeblich – immer noch brechen wollten, hörten ständig heulende Sirenen, hockten mitunter tagelang in modrigen Kellerräumen und Luftschutzbunkern.

Am 1. März 1945, sechs Tage nach dem Horror von Pforzheim, warf eine US-Bomberstaffel ihre todbringende Fracht im 30 Kilometer entfernten Bruchsal ab. Der Verkehrsbahnhof und wenige Kasernen lieferten den Vorwand für einen Flächenangriff, dem mehr als 1000 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, zum Opfer fielen. Schwerste Schäden erlitt das prunkvolle fürstbischöfliche Schloss mit seiner Barockumgebung. Die USAAF-Strategie präziser Luftschläge gegen militärische Ziele versank in den Niederungen einer zügellosen Zerstörungswut.

Chemnitz am 5./6. März

Am 5./6. März 1945 traf die volle Wucht der CBO die sächsische Industriestadt Chemnitz. Bereits ein Tagesangriff der USAAF, der seine militärischen Ziele verfehlte, zerstörte Teile der Innenstadt. Ihm folgten zwei nächtliche Vernichtungsschläge („Double Strike“) des britischen Bomberkommandos, an dem sich auch Maschinen der Royal Canadian Air Force (RCAF) beteiligten. 683 viermotorige Lancaster- und Halifax-Bomber warfen Spreng-, Brand- und Minenbomben mit einem Gesamtgewicht von 2800 Tonnen ab. Allein schon in dieser Nacht starben zwischen 2100 (offiziell) und 3700 Menschen (DDR-Militärhistoriker Olaf Groehler).

Die meisten Chemnitzer Bombentoten ruhen in einem Massengrab des Städtischen Friedhofs neben einem DDR-typischen Mahnmahltext: „Zum Gedenken an 4000 Opfer des anglo-amerikanischen Bombenterrors auf Chemnitz am 5. März 1945“. Optischer Höhepunkt ist aber die Frauenfigur mit totem Kind vor einer Sandsteinwand. Eingraviert sind Verse des jüdischen Schriftstellers und Autors



Ein zerstörtes Würzburg: Nach dem Luftangriff vom 16. März 1945 lag die Barockstadt in Trümmern Bild: imago/Heritage Images

der SED-Hymne „Lied der Partei“ Louis Fürnberg. Er hatte Verwandte im Holocaust verloren, aber auch Pogrome in seiner böhmisch-tschechoslowakischen Heimat erlebt, wo der Antisemitismus der späten Stalin-Ära brutal wütete.

Fürnberg widmet den Chemnitzer Bombenopfern Zeilen mit absichtsvoller Mehrdeutigkeit: „Es werden sich die Wunden schließen, die furchtbar der Barbar der Menschheit schlug, und leuchtend wird das Frührot sich ergießen über ein Erden-Neuland unterm Pflug.“

Dessau am 7. März

Am 7. März 1945 beendete die RAF mit 1862 Tonnen Bombenlast die Existenz des alten Dessau. Flächenbrände erzeugten einen Feuersturm und zerstörten das Schloss der Fürsten von Anhalt-Dessau mit seiner noblen Umgebung sowie 80 Prozent der Innenstadt. Trotz etlicher Rekonstruktionen ging vieles unwiederbringlich verloren. „Es war einer der schlimmsten Brandangriffe des Krieges“ (Olaf Groehler). Die offizielle Opferzahl von 668 dürfte zu niedrig angesetzt sein.

Swinemünde am 14. März

Der von der „Festung Swinemünde“ geschützte Ostseehafen war ein Stützpunkt der deutschen Kriegsmarine, deren Kampfgruppe 2 mit den Panzerkreuzern „Admiral Scheer“ und „Lützow“ sowie mehreren Zerstörern und Torpedos gerade erst nach Swinemünde verlegt worden war. Der Hafen- und angrenzende Bahnhofsbereich war daher am 14. März 1945 ein legitimes militärisches Ziel für drei Bomberdivisionen der USAAF, angefordert von der nur knapp 30 Kilometer entfernten Roten Armee. Die Planung lief auf eine taktische Operation in Frontnähe und nicht auf einen strategischen Terrorangriff nach der „Morale Bombing“-Doktrin hinaus.

Zehntausende Flüchtlinge aus ganz Pommern sowie Ost- und Westpreußen hielten sich an diesem frühlinghaften Tag in Swinemünde auf. Mag auch die früher verbreitete Opferzahl von 23.000 spekulativ erscheinen, die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge recherchierten 4500 bis 6000 Bombentoten sind furchtbar genug. Alles deutet auf ein

schweres Kriegsverbrechen hin; denn Kollateralschäden müssen sich innerhalb einer noch vertretbaren Relation zum Angriffszweck bewegen. In kaum zu überbietender Klarheit hatte das Anfang 1944 George Bell, regierungskritischer Bischof von Chichester, im britischen Oberhaus postuliert:

„Ich bin mir völlig darüber im Klaren, dass bei Angriffen auf Zentren der Kriegsindustrie und des Transportwesens die Tötung von Zivilisten, soweit sie sich als Resultat einer in gutem Glauben durchgeführten Militäraktion ergibt, unvermeidlich ist. Aber hier muss eine Verhältnismäßigkeit zwischen den eingesetzten Mitteln und dem erreichten Zweck bestehen. Eine ganze Stadt auszulöschen, nur weil sich in einigen Gegenden militärische und industrielle Einrichtungen befinden, negiert die Verhältnismäßigkeit. [...] Die Alliierten repräsentieren etwas Größeres als Macht. Das Schlüsselwort auf unserem Banner heißt ‚Recht‘.“

Würzburg am 16. März

Dresden lag erst einen Monat in Schutt und Asche, da erwischte es am Abend des 16. März 1945 mit dem mainfränkischen Würzburg das nächste Barockjuwel. In nur zwanzig Minuten wurde die einzigartige Stadtlandschaft um das fürstbischöfliche Residenzschloss, ein Meisterwerk Balthasar Neumanns, vernichtet. Die berühmte Bomber Group Five, maßgebend an den Feuerstürmen von Dresden und Pforzheim beteiligt, schlug auch diesmal perfekt zu. 225 viermotorige Lancaster-Bomber ließen zirka 1000 Tonnen Spreng- und Brandbomben auf Würzburg „herabregnen“, die einen grauenvollen Großbrand erzeugten und 5000 Menschen töteten.

Rund 3000 Opfer ruhen in einem Massengrab vor dem Hauptfriedhof. Bildhauerisch verarbeitet wurde der Terrorangriff in einer Bodenplatte mit den überlebensgroßen Figuren eines Mannes, einer Frau und zweier Kinder in Totenstarre. Der komplette Irrsinn dieses Terrors offenbarte sich zwei Wochen später. Die gespenstische Würzburger Ruinenkulisse bot den Verteidigern zahlreiche Versteckmöglichkeiten und erschwerte die Einnahme der Stadt durch US-Truppen.



BILD: YOUSUF MARSH

„Der Zeitpunkt ist gekommen, die Frage der Bombardierung Deutschlands nur um der Erhöhung des Terrors Willen, wenn auch unter anderen Vorwänden, zu überdenken. [...] Ich denke, dass eine Konzentration auf militärische Ziele wie Öl und rückwärtige Verbindungen hinter der direkten Kriegszone nötig ist, im Gegensatz zu bloßen Terrorakten und mutwilliger Zerstörung, so beeindruckend diese auch sein mögen“

Winston Churchill
Ende März 1945

Am 19. März 1945 schickte Oberbefehlshaber Arthur Harris seine Bomber Group Five mit nahezu gleicher Tonnage erneut zum Main, diesmal nach Hanau. Alles verlief nach Plan. Sprengbomben, Brände und Feuersturm pulverisierten 87 Prozent der Innenstadt: höchster Zerstörungsgrad eines hessischen Stadtzentrums im Zweiten Weltkrieg. 2000 Menschen wurden von herabstürzendem Mauerwerk erschlagen, verbrannt oder erstickten qualvoll. Wie die hessischen Großstädte Darmstadt und Kassel präsentiert sich Hanau jetzt in schlichtem, konturenarmem Gewand. Auf die Erhaltung und Wiederherstellung mittelalterlicher Architektur wurde zum Entsetzen des Hanauer Geschichtsvereins verzichtet.

Hildesheim am 22. März

Am 22. März 1945 wollte die RAF die feindliche Moral in der alten Bischofsstadt Hildesheim brechen. Die niedersächsische Fachwerkidylle, auch „Nürnberg des Nordens“ genannt, galt als ideales Brandobjekt. Mindestens 824 „wehrlose Opfer der Willkür“ (Gedenkstein Nordfriedhof Hildesheim) überlebten das Inferno nicht. Beschädigt oder komplett zerstört wurden 90 Prozent der historischen Altstadt, aber Bürgersinn und eiserner Wiederaufbauwille lassen heute die romanischen Kirchen und etliche Fachwerkensembles wieder in altem Glanz erstrahlen.

Paderborn am 29. März

Ein weiterer Bischofssitz, das westfälische Paderborn, ging mit 350 Toten gleiches glimpflich aus einem Area Bombing der RAF vom 29. März 1945 hervor. Der spätromanische Dom mit seinem wuchtigen Westturm und das im Stil der Weserrenaissance errichtete Rathaus prägen ein geschundenes, aber im Großen und Ganzen noch harmonisches Ortsbild.

Sehr späte Einsicht

Anders als im deutschen sogenannten Altreich planten die Alliierten keine strategischen Vernichtungsbombardements österreichischer Städte, da die sogenannte Ostmark als Opfer NS-deutscher Expansion betrachtet wurde. Die etwa 17.000 Bombentoten von Graz, Linz, Wien, Wiener Neustadt usw. lassen sich als Kollateralschäden von US-Luftschlägen gegen Verkehrswege sowie die Rüstungen-, Flugzeug- und ölverarbeitende Industrie erfassen. Sprengbombeneinschläge im historischen Zentrum Wiens am 12. März 1945 ändern daran nichts; sie beruhten auf Fehlurteilen. Ziel dieses Angriffs war die sechs Kilometer entfernte, nicht getroffene Raffinerie Floridsdorf.

Der britische Premier Winston Churchill schien zu dieser Zeit vom Konzept des totalen Luftkriegs abzurücken. Am 28. März 1945 mahnte er Stabschef Charles Portal und die Oberbefehlshaber der RAF: „Der Zeitpunkt ist gekommen, die Frage der Bombardierung Deutschlands nur um der Erhöhung des Terrors Willen, wenn auch unter anderen Vorwänden, zu überdenken. [...] Die Zerstörung Dresdens bleibt ein ernster Kritikpunkt gegen die Durchführung der Bombardierungen. [...] Ich denke, dass eine Konzentration auf militärische Ziele wie Öl und rückwärtige Verbindungen hinter der direkten Kriegszone nötig ist, im Gegensatz zu bloßen Terrorakten und mutwilliger Zerstörung, so beeindruckend diese auch sein mögen.“

Zwar drückte sich Churchill in einer Neufassung seiner Direktive gewundener aus, zudem gab es im April 1945 noch einen britischen Großangriff auf Potsdam, gemessen an vorherigen Zerstörungen hatten Zivilisten im Westen des Reichs das Schlimmste aber hinter sich.

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Unter dem vielsagenden Titel „Vom Batteriewahn bis zum Zusammenbruch“ beschreibt die schwedische Wirtschaftszeitung „Dagens industri“ in einem Artikel vom 24. November vergangenen Jahres die erstaunliche Laufbahn des schwedischen Batterieherstellers Northvolt, der in Texas/USA Antrag auf ein sogenanntes Chapter-11-Insolvenzverfahren gestellt hatte. Damit will sich das Unternehmen geschützt vor den Forderungen seiner Gläubiger umstrukturieren. Zu diesem Zeitpunkt war der einstige Hoffnungsträger für die angeblich alternativlose „grüne“ Transformation des Mobilitätssektors mit umgerechnet 5,8 Milliarden Euro verschuldet, während an liquiden Mitteln nur noch knapp 28 Millionen Euro verblieben.

Nach seiner Gründung 2016 hatte das Start-up 15 Milliarden Dollar, umgerechnet 14,5 Milliarden Euro, in Form von Eigenkapital, Krediten und staatlicher Förderung eingesammelt. Im vergangenen Oktober verkaufte Northvolt zuletzt auch noch seinen Anteil am norwegischen Batterierecycler Hydrovolt im Wert von rund 6,8 Millionen Dollar. Im Rahmen des Insolvenzverfahrens besteht nach eigener Auskunft die Aussicht, 245 Millionen US-Dollar an neuen Investitionsmitteln einzuwerben. Damit könne das operative Geschäft „bis auf Weiteres“ im Stammwerk „Northvolt Ett“ im nordschwedischen Skellefteå weiterlaufen, wo Batteriezellen für Elektrofahrzeuge produziert werden. Anfang Januar entschieden sich die Anteilseigner des Unternehmens gegen eine Liquidierung und für die Fortsetzung des Sanierungsverfahrens.

600 Millionen Steuergeld verbrannt?

Das Bauvorhaben für die Batteriefabrik im schleswig-holsteinischen Heide mit der Bezeichnung „Northvolt Drei“ bleibt nach Aussage des Deutschland-Chefs Christofer Haux „ein strategischer Grundpfeiler“ von Northvolt. Der Standort genieße höchste Priorität. Nach ursprünglichem Plan soll die „Giga-Factory“ 3000 neue Arbeitsplätze in die strukturschwache Region Dithmarschen bringen und ab 2026 Batterien für knapp eine Million E-Autos im Jahr liefern beziehungsweise eine Akku-Kapazität bis zu 60 Gigawattstunden.

Dafür stellten der Bund und das Land Schleswig-Holstein 2020 mehr als 1,3 Milliarden Euro an staatlicher Förderung in Aussicht. 600 Millionen Euro in Form einer Wandelanleihe mit einer Bürgschaft von Bund und Land erhielt die deutsche Tochtergesellschaft von Northvolt bereits von der staatlichen Förderbank KfW. Aussicht auf eine Rückzahlung der Steuermittel besteht nur für den Fall der erfolgreichen Sanierung. Trotz der heiklen Lage geht der Bau der Fabrik in Heide weiter. Auch die Politik hält an dem Vorhaben fest.

Mit dem Versprechen, man werde die „günstigsten“ E-Auto-Batterien der Welt bauen und Europa damit unabhängig von Herstellern aus China und Südkorea machen, gewann das bewunderte Start-Up seine Kunden und Investoren. „Niemand hat gesagt, dass es leicht werden würde“, kommentierte jetzt der Northvolt-Mitbegründer und Leiter der Investmentgruppe Vargas, Harald Mix, das Insolvenzverfahren. Man sei aber überzeugt, dass die Restrukturierung gelingen werde.

Intransparenter Mutterkonzern

Größter Anteilseigner des schwer angeschlagenen Unternehmens ist Volkswagen. Weitere Großinvestoren sind die US-Investmentgesellschaft BlackRock und die US-amerikanische Großbank Goldman Sachs. Als zweitgrößter Investor schrieb Goldman Sachs seine Beteiligung indes bereits ab. BMW als Miteigentümer und Kunde hat schon im August seinen Auftrag für E-Autobatterien im Wert von



Auftakt 2024: Habeck (l.), Scholz (M.) und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (r.) beim Northvolt-Baubeginn

Bild: picture alliance/dpa/Marcus Brandt

GRÜNE ENERGIEWENDE

Das Desaster um Northvolt offenbart die Sackgasse ideologischer Politik

Sie galt als Vorzeigeprojekt der „Transformation“: Nun verfällt die versprochene Giga-Batteriefabrik in Heide zum Milliardengrab, in dem auch gewaltige Mengen an Steuergeld versenkt wurden

zwei Milliarden Euro storniert. Als Grund gab der Autobauer Qualitätsprobleme und einen zweijährigen Verzug im Zeitplan an.

Der Betrieb im Stammwerk Northvolt Ett in Skellefteå startete Ende 2021. In der „Giga-Factory“ sollten bis 2024 Lithium-Ionen-Batterien für 300.000 Elektroautos produziert werden, unter anderem für Fahrzeuge der Marken Volvo und BMW. Nach Angabe des Kölner Portals Sifted.eu „für angehende Gründer*innen“ wurde im Mai 2022 die erste Batterie an einen namentlich nicht genannten Kunden aus der Autoindustrie geliefert. Im Nachhinein ist man geneigt, dies als ein frühes Signal für ein intransparentes Gebaren der Firmenleitung zu bewerten. Von Anfang an hinkte die Zellherstellung in Schweden den erklärten Produktionszielen hinterher.

Habeck: Habe es zu spät erfahren

Die Politik ließ sich von all den beunruhigenden Meldungen nicht bremsen. Ende März 2024 gaben Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck dennoch in Heide den Startschuss für den verzögerten Bau der 4,5 Milliarden Euro teuren Batteriefabrik. Wenig später drangen Schlag auf Schlag hanebüchene Details über die substantielle Krise bei Northvolt ans Licht. Im Juli meldete Northvolt für 2023 den Verlust von einer Milliarde US-Dollar. Der Plan zum Bau einer Fabrik für Kathodenaktivmaterial im schwedischen Borlänge wurde aufgegeben, das Forschungszentrum R&D in Kalifornien verkauft, der Bau einer Batteriezellenfabrik in Toronto/Kanada abgesagt. Allein in Schweden wurden 1600 Mitarbeiter entlassen, davon 1000 in Skellefteå. Ferner „überprüfte“ die Unternehmensleitung die Rahmenbedingungen für die Fabrik in Heide.

Auf Wahlkampftour in seinem Bundeswahlkreis Flensburg-Schleswig erwähnte Habeck am 9. Februar in Kappeln das gefährdete Projekt nicht. Zuvor hatte er auf Nachfrage erklärt, von den technischen und finanziellen Problemen bei Northvolt „erst weit nach Vertragsabschluss“ im Januar 2024 erfahren zu haben. Gegenüber dem NDR äußerte er die Hoffnung, dass weitere Investoren in das im Bau befindliche Werk in Heide einsteigen würden: „Ob das dann wirklich dazu führt, dass am Ende alles steht, das kann ich heute nicht sagen. Da ist eine Dynamik drin, und hoffentlich passiert es auch.“ Mittlerweile stellt sich umso dringlicher die Frage, seit wann die Bundesregierung über das sich abzeichnende Scheitern des hoch verschuldeten Vertragspartners von Bund und Land im Bilde war.

Laut Berichten von „Battery-news.de“ und „InsideEVs.de“ vom 10. September war das Werk mit der Bezeichnung „Northvolt Ett Upstream 1“ in Schweden, wo das Kathodenaktivmaterial, die sogenannten „Slurries“, hergestellt werden sollte, zu dem Zeitpunkt bereits stillgelegt. Die Kathode beeinflusst als zentrale Komponente der Lithium-Ionen-Batteriezelle maßgeblich deren Kosten, Energiedichte, also die Speicherfähigkeit und Sicherheit.

Schweden-TV deckte Fiasco auf

Northvolt räumte indes ein, dass es bei „Upstream 1“ Schwierigkeiten bei der Produktion der „Slurries“ gegeben habe, weshalb die Produktion „vorübergehend“ gestoppt worden sei. Die Pläne für die Zellproduktion im Stammwerk in Skellefteå blieben davon aber unberührt. Ein schwedisches Team vom öffentlich-rechtlichen Fernsehsender SVT hatte zuvor bei

seinen Recherchen aufgedeckt, dass die Herstellung von Kathodenmaterial im Werk Upstream 1 misslungen war.

„Große Mengen an Schrott“

Laut Mitteilung eines Eingeweihten, der anonym bleiben wollte, wurden die Hallen „gesäubert“. Es seien „große Mengen an Schrott“ produziert worden. Zahllose Müllsäcke wurden demnach abtransportiert. Ursache der Misserfolge sei eine Kombination von fehlerhaften Maschinen, unerfahrenem Personal und unrealistischen Zielen. Das bei Northvolt Ett verwendete Kathodenmaterial wurde demnach aus Fernost angeliefert, zumeist aus China. Am 5. Januar aktualisierte Northvolt seine Homepage dementsprechend. Vermutlich erfolgte die Schließung der Fabrik bereits im vergangenen Sommer.

Durch Recherchen der Nachrichtenagentur Reuters wurde im vergangenen Oktober überdies bekannt, dass bei Northvolt Ett Schwierigkeiten mit der Batteriezellenherstellung aufgetreten sind. Beispielsweise wurden in der Woche ab dem 21. Oktober nur 22.000 Zellen ausgeliefert, während Northvolt gegenüber Reuters am 24. September als Zielmarke die Herstellung von 100.000 Batteriezellen pro Woche angegeben hatte. Für das im Bau befindliche Werk in Heide hatte Northvolt seinerzeit die Zusage der Politiker auf kommunaler, Landes- und Bundesebene mit dem Versprechen erhalten, nach dem Hochlauf der Produktion ab 2026 jährlich bis zu eine Million Batteriezellen herzustellen.

Im Oktober berichtete Tagesschau.de, dass Northvolt aufgrund der „operativen und finanziellen Situation“ eine „neue Priorisierung“ habe vornehmen müssen. Die Produktion von Upstream 1 „pausie-

re“. Durch den Import des Kathodenmaterials aus Fernost steige zwar der „CO₂-Abdruck“ jeder Batterie um zehn Kilogramm pro Kilowattstunde. Bei einem Lkw mit einer 500 Kilowatt-Batterie seien das fünf Tonnen zusätzliches CO₂ pro Fahrzeug. Interessant ist auch der Kommentar eines Spediteurs, der das nicht schlimm fand: „Die Zellen werden ja wenigstens in Schweden hergestellt, mit sauberem schwedischem Strom.“ Das sei doch sehr positiv.

Versagen auf ganzer Linie

In der Rückschau wird ein Versagen des intransparent wirtschaftenden Unternehmens auf ganzer Linie sichtbar. Während die Verantwortlichen in der Politik spätestens seit September im Bilde waren, wurden die Bürger und Wähler erst nach der Bundestagswahl, am 28. Februar, durch Berichte auf tagesschau.de und im Hörfunk auf NDRInfo über die hanebüchene Erkenntnisse der schwedischen Reporter informiert. Die Überschrift des tagesschau-Artikels „Wie grün sind die Northvolt-Batterien wirklich?“ führt jedoch in die Irre.

Denn abgesehen davon, dass kein selbst produziertes Kathodenmaterial in die Batterien für E-Fahrzeuge verbaut wurde, konnten die schwedischen Reporter trotz intensiver Nachforschung auch keinen einzigen mit einer Batterie von Northvolt fahrenden Lkw ausfindig machen. Dies, obwohl der schwedische Lkw-Hersteller Scania nach eigenen Angaben diese Batterien in 800 Lkw verbaut hat. Im Januar hat Northvolt seine Abteilung für Lkw-Batterien an seinen Kunden und Geldgeber Scania verkauft. In der Abteilung sind rund 300 Menschen beschäftigt. Die Standorte sind Stockholm und Danzig.

WARTENBURG

Kunst und Kultur in der Synagoge

Umfangreiche Restaurierungsarbeiten retteten das jüdische Gotteshaus als Teil des kulturellen Erbes der Region

VON DAWID KAZANSKI

Nach mehr als einem Jahr intensiver Renovierungsarbeiten erstrahlt die ehemalige Synagoge in Wartenburg wieder in altem Glanz und wurde in das moderne „Kreiskulturatelier Synagoge“ umgewandelt. Obwohl die feierliche Eröffnung bereits im Dezember 2024 stattfand, wird die Außenfassade des Gebäudes noch immer renoviert, sodass das Gebäude von außen mit einem Gerüst verkleidet ist. Das beeinträchtigt jedoch nicht die Funktion der Synagoge als Kulturzentrum, das Stadtbewohnern und Touristen einen Raum bietet, in dem Kultur und Kunst erlebt werden können.

Seit der Eröffnung des Gebäudes fanden in den Räumen der sanierten Synagoge verschiedene Veranstaltungen statt, darunter ein Chanukka-Konzert und ein Vortrag von Ruth Leiserowitz über die Geschichte der Juden in Wartenburg. Die Veranstaltung machte die Teilnehmer mit dem reichen jüdischen Erbe der Region bekannt.

Gemäldeausstellung, Konzert und Vortrag

Ende Februar wurden außerdem die Finissage einer Ausstellung von Marta Markuszewska mit dem Titel „Die Geister von Ermland und Masuren“ und ein Konzert der Rahmentrommelgruppe Miriam und Aron Blum organisiert. Die Gemäldeausstellung präsentierte zeitgenössische Darstellungen von Figuren, die im Glauben der Slawen, die früher in Ostpreußen lebten, immer gegenwärtig waren, und somit führte die Künstlerin die Besucher in alte Glaubensvorstellungen ein und ließ Kreaturen wie Kikimora, Klobuk, Wodnik und Smetek wieder aufleben.

Es muss hervorgehoben werden, dass die Wartenburger Synagoge das einzige



Finissage der Ausstellung „Die Geister von Ermland und Masuren“: Die Rahmentrommelgruppe von Miriam und Aron Blum gibt ein Konzert in der Synagoge *Bild: D.K.*

erhaltene jüdische Gotteshaus in der Region ist. Ihre Geschichte reicht bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Durch den Verkauf des Gebäudes an Privatpersonen im Jahr 1937 entging es der Zerstörung während der Reichskristallnacht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg diente es verschiedenen Zwecken, unter anderem als Zweigstelle des Museums von Ermland und Masuren und als Zentrum der Weberei von Ermland und Masuren. Seit 2021 ist die Synagoge im Besitz des Landkreises Allenstein, der eine umfassende

Revitalisierung vornahm. Die erste Phase der Arbeiten, die im Oktober 2023 begann, umfasste eine umfangreiche Erneuerung des Daches, die Verstärkung der Fundamente und den Einbau moderner Heizungs- und Lüftungsanlagen. In der Haupthalle wurden eine abgehängte Decke und eine Fußbodenheizung mit Wärmepumpe installiert, die ganzjährig für Komfort sorgen. Außerdem wurden neue Sanitär- und Elektroanschlüsse gelegt.

Bei den Sanierungsarbeiten wurde eine ungewöhnliche Entdeckung gemacht:

Man stieß auf einen versteckten Raum, der wahrscheinlich als Mikwe – ein jüdisches Ritualbad – diente. Wie von vielen Kulturwissenschaftlern betont wurde, ist die Entdeckung dieses Ortes eine wertvolle Bereicherung des Wissens über die Geschichte der jüdischen Gemeinde in der Region. Die Entdeckung unterstreicht die Bedeutung der Synagoge nicht nur als Ort des Gebets, sondern auch als Zentrum des soziokulturellen Lebens.

Darüber hinaus wurden bei der Renovierung Original-Polychrome entdeckt,

welche die Innenräume der Synagoge schmückten. Diese einzigartigen Gemälde, die florale und geometrische Motive darstellen, wurden sorgfältigen Restaurierungsmaßnahmen unterzogen. Die zweite Phase der Renovierungsarbeiten, die Ende 2024 abgeschlossen wurde, konzentrierte sich auf die Restaurierung der Fassade, die Erneuerung der Holzarbeiten an den Fenstern und Türen sowie auf die Konservierung der erwähnten Mikwe. Außerdem wurde das Nebengebäude wiederaufgebaut und der Bereich um die Synagoge herum landschaftlich gestaltet, um einen Raum für Veranstaltungen im Freien zu schaffen.

Unterstützung des Landkreises

Die Gesamtkosten der Arbeiten belief sich umgerechnet auf mehr als 800.000 Euro, wovon ein großer Teil aus Mitteln des Regierungsprogramms für den Wiederaufbau von Denkmälern und einem Zuschuss im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Denkmal“ der Brücke/Most-Stiftung stammte. Die restlichen Mittel wurden aus dem Haushalt des Landkreises Allenstein bereitgestellt.

Dank der durchgeführten Arbeiten wurde das Synagogengebäude aus dem 19. Jahrhundert zu einem modernen Kulturzentrum, in dem Ausstellungen, Konzerte und Kunstwerkstätten veranstaltet werden. Der Landkreis Allenstein setzte sich zum Ziel, in dem geschichtsträchtigen Ort das kulturelle Erbe der Region zu fördern und die lokale Gemeinschaft durch verschiedene kulturelle Initiativen zu integrieren. Die Neueröffnung des „Kreiskulturateliers Synagoge“ in Wartenburg ist ein wichtiger Schritt zur Bewahrung des multikulturellen Erbes der Region und zur Stärkung des kulturellen Angebots für die Einwohner der umliegenden Städte und Gemeinden sowie für Besucher aus dem In- und Ausland.

NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Buch „Medizin Ostpreußens“ veröffentlicht

Der russische Lungenfacharzt Iwan Skobej plant, Biographien verdienstvoller ostpreußischer Ärzte zu veröffentlichen

Iwan Skobej wurde 1983 in Königsberg als Sohn eines Offiziers geboren. Er ist Arzt und Mitglied des Klubs der Lokalhistoriker des Königsberger Gebiets. Er ist Absolvent des medizinischen Instituts der Baltischen Föderalen Immanuel-Kant-Universität (BFU). Neben seinem Beruf als Arzt beschäftigt er sich seit mehr als zwölf Jahren auch mit der Geschichte Königsbergs und Ostpreußens. Er ist Autor der Bücher „Medizinisches Königsberg“ und „Medizin Ostpreußens“, erschienen 2021 und 2024.

In seinen Büchern recherchiert er die Geschichte verlorener alter Gebäude und die Geschichten von Menschen, die einst die moderne Medizin schufen. Sein erstes Buch „Medizinisches Königsberg“ hatte 272 Seiten. Drei Jahre später hat er ein neues, fast 500-seitiges Buch veröffentlicht: die „Medizin Ostpreußens“.

Alles begann mit einer Liebe zur Straßenbahn, sagte Skobej der Zeitung „Neues Königsberg“: „Meinen ersten Artikel schrieb ich über die Königsberger Straßenbahn, sie gefiel mir sehr gut.“ Als Sanitätsarzt war er viel in der Region

unterwegs und bewunderte immer wieder den einzigartigen Stil alter Gebäude. So verliebte er sich in die Architektur des Königsberger Jugendstils und des Bauhauses. Mit der Zeit überwog das berufliche das rein lokalgeschichtliche Interesse. So begann er die Medizingeschichte



Arzt, Heimatforscher und Schriftsteller: Iwan Skobej schreibt die Geschichte der Medizin in Ostpreußen auf

der Region zu studieren und aufzuschreiben.

Seine erste persönliche Entdeckung waren zwei Büstenmedaillons an der Fassade des Gebäudes der chirurgischen Klinik, des ehemaligen „Hafenkrankenhauses“ oder „Wodnikow-Krankenhauses“ in der Drummstraße [Bolnichnaja ul.]. Er fragte sich, wem sie gewidmet waren. „Wie groß war mein Erstaunen, als ich erfuhr, dass der in Königsberg geborene Johann Friedrich Dieffenbach (1792–1847), der berühmte Chirurg und Begründer der plastischen Chirurgie in Ostpreußen, dort arbeitete. Er führte bereits Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten plastischen Operationen durch“, so Skobej. An der Albertina-Fakultätsklinik behandelte Dieffenbach erfolgreich Nasen nach heimtückischer Syphilis, aber auch Lippen, Wangen, Augenlider und Ohrläppchen.

Der legendäre russische Chirurg Nikolaj Pirogow, Pionier der Feldmedizin, praktizierte bei dem Königsberger Meister in Berlin. Er war einer der ersten deutschen Anwender der

Äthernarkose am Menschen, nachdem er, gemäß einer Auflage durch den preußischen König, diese zunächst an einem Bären erprobt hatte.

Das „goldene Zeitalter“ der Medizin

Skobejs neuestes Buch entstand in den Fluren der Königsberger Krankenhäuser, von denen einige noch in schönen Vorkriegsgebäuden untergebracht sind. Medizinische Gebäude in Preußen wurden wie staatliche Verwaltungsgebäude errichtet – aus rotem Klinker mit schönen Leisten und Ornamenten. Sie fielen äußerlich auf und hatten eine durchdachte und logische Anordnung. Sie waren so gebaut, dass das Tageslicht die Krankenstationen bei Bedarf beleuchtete oder wärmte. Es gab ein spezielles Belüftungssystem, durch das Patienten mit Infektionen von bedingt Gesunden getrennt blieben. In Russland gab es dies erst im 20. Jahrhundert.

„Das Buch ‚Medizin in Ostpreußen‘ erzählt von Ärzten und von Epidemien“, sagt der Autor, „es gibt auch ein Kapitel ‚Die russische Spur in der Medizin des Kö-

nigsberger Gebiets‘ und über die Ärzte des Deutschen Ordens. Die Zeit des 18./19. Jahrhunderts war für die Albertina und ihre medizinische Fakultät eine ‚goldene Zeit‘. In dieser Zeit wurden viele wissenschaftliche Entdeckungen gemacht und die meisten medizinischen Kliniken gebaut.“

Derzeit befindet sich Skobej, wie er es ausdrückt, in einem kreativen Urlaub. Auf einer Warteliste stehen noch 120 neue Biographien von Ärzten und Wissenschaftlern. Dazu gehört auch Oskar Minkowski, der als der „Großvater“ des Insulins gilt. Er arbeitete am Albertina-Institut für Pathologie und der Klinik für Innere Medizin. Eine seiner berühmtesten Leistungen war der experimentelle Nachweis der Entstehung von Diabetes mellitus nach vollständiger Entfernung der Bauchspeicheldrüse.

„Unsere Zeitgenossen und künftige Generationen sollten die Königsberger Ärzte und Wissenschaftler kennen, die einen großen Beitrag zur Weltgeschichte der Medizin geleistet haben“, resümiert Skobej. *Bodo Bost*

Wir gratulieren...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Stange, Hildegard, geb. Rossmannek, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 18. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Falk, Ruth, geb. Christochowitz, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Hoffmann, Hannelore, geb. Warnat, aus Lyck, am 14. März

Klause, Ega, geb. Freude, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunge, am 14. März

Schulz, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 20. März

Schulz, Margarete, geb. Freiwald, aus Lyck, am 14. März

Tödt, Irmgard, geb. Niklas, aus Gusken, Kreis Lyck, am 19. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Risch, Irmgard, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Abbot, Ella, geb. Rach, aus Klein Wilmersdorf, Kreis Mohrunge, am 20. März

Budzinski, Harry, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 15. März

Kienzle, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 18. März

Lork, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Burdinski, Elisabeth, geb. Krzossa, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 19. März

Gusko, Waltraud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 19. März

Kohn, Waltraud, geb. Kehlert, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. März

Schlüter, Ingeborg, geb. Hein, aus Treuburg, am 17. März

Schmidtke, Waltraud, geb. Kolberg, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 16. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brandt, Lieselotte, geb. Markewitz, aus Lyck, von Ludendorffstraße 2, am 19. März

Brückner, Waltraud, geb. Schönherr, aus Lötzen, am 17. März

Friedebold, Helga, geb. Mueller, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunge, am 19. März

Hoops, Margitt, geb. Schaak, aus Kraukeln, Kreis Lötzen, am 17. März

Muscheites, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 14. März

Perlowski, Klaus, aus Lyck, Steinstraße 37, am 20. März

Radtke, Erwin, aus Motitten, Kreis Mohrunge, am 18. März

Riekewald, Günter, aus Lyck, am 14. März

Salomon, Edeltraud, geb. Dommel, aus Milken, Kreis Lötzen, am 14. März

Schaberer, Hilde, geb. Hausmann, aus Gaffken, Kreis Fischhausen, am 19. März

Steinmann, Johanna, geb. Osenger, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. März

Wysotzki, Irmgard, geb. Jendal, aus Neidenburg, am 18. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baader, Irmtraud, geb. Kannenberg, aus Wilkassen, Kreis Treuburg, am 19. März

Hosenberg, Hubert, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Lührmann, Hildegard, geb. Weylo, aus Lyck, am 20. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Balzer, Irmgard, geb. Taday, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Bankmann, Stephan, aus Lyck, am 16. März

Beuse, Hedwig, geb. Senkbeil, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 19. März

Lucka, Gerhard, Pfarrer aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Nitzsche, Ingeborg, geb. Jakubzik, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. März

Osigus, Elisabeth, geb. Samorski, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 16. März

Weber, Liesbeth, geb. Braun, aus Berningen, Kreis Ebenrode, am 19. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Basilowski, Werner, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. März

Brüll, Ursula, geb. Roeckner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 14. März

Cytrich, Toni aus Grabnick, Kreis Lyck, am 18. März

Kalweit, Klaus, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 128, am 17. März

Skilwa, Helga, aus Lyck, am 18. März

Streng, Ilisabe, geb. Wächter, aus Ortelsburg, am 17. März

Ullmann, Edelgard, geb. Blaseio, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 17. März



ZUM 91. GEBURTSTAG

Gonsowski, Elfriede, geb. Bialobrizeski, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 20. März

Hölzner, Hannelore, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 17. März

Janczyk, Kurt, aus Kobbelhals, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Kutz, Gerhard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. März

Poganski, Albert, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 14. März

Tamm, Else, geb. Kelch, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 15. März

Thieme, Edith, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 18. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beinlich, Edith, geb. Marzian, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 16. März

Blaurock, Reinhold, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Bronnert, Edith, geb. Freiwald, aus Alleinen, Kreis Fischhausen, am 14. März

Dormeyer, Arthur, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 19. März

Freyenhagen, Hans-Joachim, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 18. März

Gentzsch, Ruth, geb. Litzbarski, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 14. März

Hein, Erika, geb. Kurapkat, aus Eimental, Kreis Ebenrode, am 18. März

Jablonski, Gertrud, geb. Linka, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 14. März

Kilian, Waltraud, geb. Dibowski, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. März

Klaus, Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. März

Koewius, Hedwig, geb. Schwartke, aus Lyck, am 14. März

Motzkeit, Werner, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 17. März

Prien-Will, Gertrud, geb. Osenger, aus Keipern, Kreis Lyck, am 14. März

Salmingkeit, Fritz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 14. März

Schemioneck, Edelgard, geb. Falk, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 19. März

Tolkiehn, Karin, geb. Glang, aus Wargen, Kreis Fischhausen, am 19. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Chittka, Hans-Karl, aus Ortelsburg, am 14. März

Fago, Helga, aus Lötzen, am 20. März

Gemballa, Günter, aus Rostau, Kreis Treuburg, am 19. März

Gebauer, Helga, geb. Abel, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. März

Gerwin, Kurt, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 20. März

Przygoda, Heinz, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 17. März

Saborowski, Dieter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 16. März

Solinski, Waldemar, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 16. März

Strauß, Manfred, aus Hagenau, Kreis Mohrunge, am 17. März

Strysio, Siegfried, aus Misken, Kreis Johannisburg, am 18. März

Thier, Adelheid, geb. Karas, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 18. März

Wagner, Gisela, geb. Kolossa, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 19. März

ANZEIGE

Krieg und Frieden

Eine Sonderfahrt mit dem Bus ab Berlin vom 16. bis zum 21. September 2025 durch die ostpreußische Provinz von Tilsit bis Trakehnen mit Besichtigung historischer Stätten aus napoleonischer Zeit, aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und schließlich aus der Zeit der Entstehung des Kaliningrader Gebietes.

Die Reise wird Orte und Sehenswürdigkeiten umfassen, die vom Tilsiter Frieden über die beiden Weltkriege bis in die Zeit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg reichen: Tilsit (Sowetsk), Ragnit (Neman), Insterburg (Tschernjachowsk), Gumbinnen (Gusew), Trakehnen (Jasnaja poljana), Domnau (Domnowo), Friedland (Prawdinsk) und Tapiau (Gwardejsk).

Wir bitten um rechtzeitige Anforderung des ausführlichen Programms dieser hochinteressanten Reise. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

info@romanova-reisen.de oder auf postalischem Wege:
Russland Reisen Romanova, Weinbergstraße 10, 01129 Dresden

Eine Sonderreise

mit dem Bus von Berlin nach Königsberg/Kaliningrad, Pillau/Baltiysk und fakultativ mit dem Flugzeug nach Wolgograd (Stalingrad) vom 26. September bis 3. Oktober 2025: „80 Jahre Kriegsende, Flucht und Vertreibung“

„Warum haben wir aufeinander geschossen? Die Kriege werden von Staatsmännern, von der Regierung vorbereitet, provoziert und angezettelt. Aber sterben müssen Millionen gewöhnlicher Menschen. Daran müssen wir immer denken. Das einzige, was wir dagegen machen können, ist, von dem, was war, und von dem, was ist, die Wahrheit zu erzählen“, so Lew Kopelew in seinem ergreifenden, berühmten Dialog mit Heinrich Böll Anfang der 1980er Jahre. Vor 80 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, der ca. 27 Millionen Sowjetbürger, ca. acht Millionen Deutschen und Millionen anderer das Leben gekostet hat. Zudem wurden Millionen Menschen heimatlos, darunter die Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Auf unserer Reise möchten wir den Toten beider Seiten gedenken und sie mit Kranzniederlegungen ehren. Die Reise beginnt in Königsberg, wo wir uns intensiv mit dem Fall Königsbergs beschäftigen werden. Unter anderem werden der „Lasch-Bunker“ und die Befestigungsanlagen auf dem Programm stehen. In Pillau besuchen wir den Soldatenfriedhof, auf dem auch Opfer der „Wilhelm Gustloff“ ruhen. Außerdem setzen wir auf die Frische Nehrung über, wo wir eine originale Enigma-Verschlüsselungsmaschine sowie andere Artefakte aus dem II. Weltkrieg besichtigen können.

Von Königsberg aus können interessierte Teilnehmer mit uns weiter nach Wolgograd, dem ehemaligen Stalingrad, fliegen. Dort fand bekanntlich ab Spätsommer 1942 eine der entscheidenden Schlachten des deutsch-sowjetischen Krieges statt. Nach monatelangen Kämpfen und beiderseits extrem hohen Verlusten kapitulierten die Reste der 6. deutschen Armee im Februar 1943. Wir besichtigen die wichtigsten Schauplätze, unter anderem das Panorama-Museum, den „Platz der gefallenen Kämpfer“, die Heldenallee, den Mamajew-Hügel sowie den Soldatenfriedhof. Wir gedenken den deutschen und sowjetischen Opfern und legen Blumen nieder. Die Flugreise von Königsberg nach Wolgograd ist fakultativ. Diejenigen Teilnehmer, die nicht nach Wolgograd mitreisen möchten, können die Tage im Königsberger Gebiet auf eigene Faust bleiben und fahren dann mit uns zurück nach Berlin. Aufgrund der großen Nachfrage bitten wir um rechtzeitige Anmeldung. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Infos und Anmeldung bei: info@romanova-reisen.de
oder auf postalischem Wege:
Russland Reisen Romanova, Weinbergstraße 10, 01129 Dresden



Kulturzentrum Ostpreußen

Die Ausstellung „Steinzeugen – Niemi świadkowie. Fotografien mittelalterlicher Architektur zwischen Danzig und Königsberg – Fotografie architektury średniowiecznej między Gdańskiem i Królewcem“ ist noch bis zum 30. März zu sehen.

Die Fotografien des Kunsthistorikers Christofer Herrmann dokumentieren die Spuren, die die

Ereignisse und Begebenheiten der zurückliegenden Jahrhunderte auf der materiellen Oberfläche der Baudenkmäler im Preußenland hinterlassen haben.

Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9
91792 Ellingen/Bayern
Telefon (09141) 86440
Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 13/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 13/2025 (Erstverkaufstag 28. März) bis spätestens **Dienstag, den 18. März**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Nikolaus Kopernikus – Ostpreußen – Pole – Schlesier?

Hof - Anlässlich der monatlichen Zusammenkunft der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen stellte Kulturwart Bernd Hüttner, passend zum Jahresthema „Blick über den Tellerrand“ den Universalgelehrten Nikolaus Kopernikus vor. Als Sohn schlesischer Eltern wird der 1473 in Thorn geborene Astronom auch von Polen als deren größter „Gelehrter“ reklamiert. Kopernikus studierte Theologie, Rechtswissenschaften, Medizin, Astronomie und Kirchenrecht. Seine Studienorte waren Krakau, Bologna, Padua und Ferrara, wo er im Fach Kirchenrecht promovierte. Ab 1503 arbeitete er als Arzt, wobei er es ihm wichtig war, auch ärmere Menschen zu behandeln. 1510 wurde er zum Domherrn in Frauenburg berufen, wo er bis zu seinem Tode 1543 lebte. Sein berufliches Wirken war immer weltlich geprägt. Der rührige Kirchenmann agierte politisch klug und reformierte u.a. das preußische Münzwesen. Nikolaus Kopernikus war einer der bedeutendsten Astronomen der Neuzeit, obwohl die Astronomie nur ein Hobby für ihn war. Über dreißig Jahre arbeitete er seine Theorien aus. Sein heliozentrisches Weltbild, dass sich die Erde um die Sonne dreht, löste Empörung aus, weil viele Wissenschaftler und religiöse Gelehrte der damaligen Zeit diese Erkenntnis ablehnten. Mit Fotos der Planeten, die in der Sternwarte Geilsdorf aufgenommen wurden, beendete Bernd Hüttner seinen interessanten Vortrag.

Nürnberg - Landsmannschaft Ost-Westpreußen sowie Pommern.

Gruppe Nürnberg, Bayern: Dienstag, den 25. März, 15 Uhr, Haus der Heimat in Nürnberg-Langwasser, Ende der U 1 gegenüber. Brauchtum in Ostpreußen, Brauchtum in Franken.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Bremen - Am Dienstag, 25. März, findet ab 15 Uhr im „Hotel Robben Grollander Krug“ unsere diesjährige Mitgliederversammlung im Rahmen einer geselligen Kaffeetafel statt.

Hierzu laden wir herzlich ein! Wahlen finden in diesem Jahr nicht statt.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Hamburg - Donnerstag, 27. März, 14 Uhr (Einlass ab 13,30 Uhr), Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17, Frühlingstreffen der Heimatkreisgemeinschaft Elchniederung. Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung. Für das leibliche Wohl wird mit Kaffee und Kuchen gesorgt. Ost- und Westpreußen, deren Freunde als auch Gäste sind herzlich willkommen.

PAZ wirkt!

Donnerstag, 27. März, 17 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17, Delegiertenversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Hamburg.



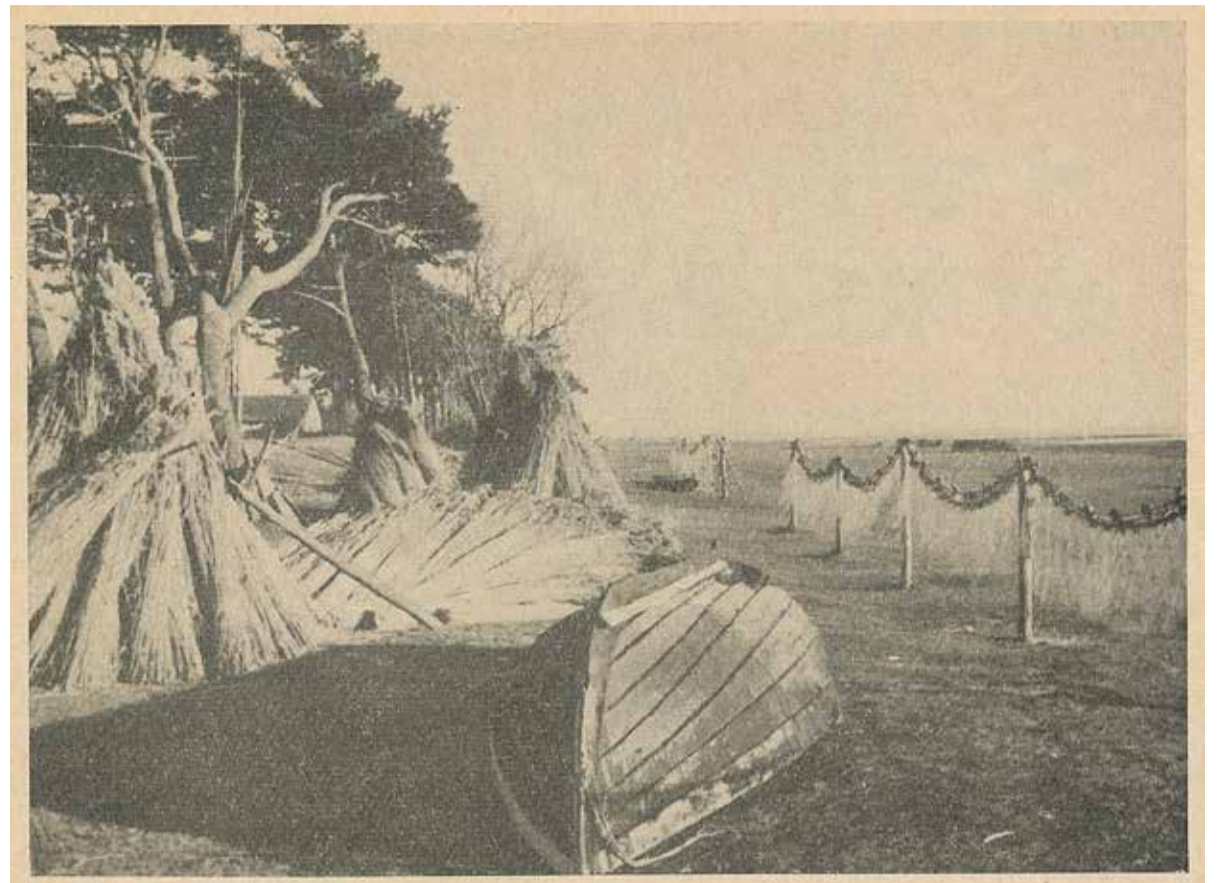
Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen

Anklam - Sonnabend, 10. Mai, 10 bis 17 Uhr, Volkshaus Anklam, Baustraße 48-49: Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit großem Wiedersehen aller Ostpreußen 2025.

Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus treffen sich im Volkshaus Anklam in der Stadtmitte. Dort werden 750 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, denn im Mittelpunkt steht das große Wiedersehen, Suchen, Finden und Gefundenwerden. Eigene Tische gibt es auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Die Themen sind Flucht und Vertreibung aus der Heimat und das Kriegsende vor 80 Jahren. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit vier Chören aus der Heimat und der Mecklenburg-Pommeraner Folkloregruppe Ribnitz-Damgarten. Das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern aus Schwerin gibt ein festliches Benefiz-Konzert. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur, ostpreußischen Bärenfang und genügend Parkplätze ist gesorgt. Hotelplätze vermittelt die Stadt-Information Anklam, Telefon (03971) 835154. Das Volkshaus



Frühling in Starrischken Milde Winde wehen durch die Kiefern am Haffufer. Es riecht nach Netzen, frischgeteerten Booten und trocknenden Rohrbündeln, die man im Winter zum Decken der Dächer erntete. Die schöne Hälfte des Jahres beginnt am Haff.
Bild: Bildarchiv Ostpreußen

ist vom Bahnhof Anklam zu Fuß gut erreichbar. *Manfred Schukat*



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Bernstein

Dresden - Dienstag, 18. März, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Wir schleifen Bernstein mit der Hand und modellieren.

Edith Wellnitz

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Hinweis

Freitag, 28. März, 18 bis 19.30 Uhr, Volkshochschule Köln, Studienhaus am Neumarkt, Cäcilienstraße 35, 50667 Köln, Kosten: 6,- Euro: **Kennen Sie Königsberg, heute Kaliningrad?** Ein Porträt zum 770. Geburtstag (1255-2025) dieser ungewöhnlichen Stadt mit Janne Neuman.

Großereignisse wie das Jubiläum 2005, die Fußballweltmeisterschaft 2018 und besonders das Kant-Jubiläum im April 2024 haben Königsberg, die Hauptstadt Ostpreußens, wieder vermehrt in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt. Und so wird viel über die Stadt gesprochen, wobei das aktuelle Erscheinungsbild hier im Westen eher vage wahr-

genommen wird. Doch hat sich die Stadt in den letzten 20 Jahren stark verändert, sowohl architektonisch als auch kulturell. Das deutsche Erbe wird gezielt eingesetzt, um die Attraktivität der Stadt zu steigern. Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reisen Russen aus dem Kernland vermehrt in die Exklave, da aufgrund der EU-Sanktionen viele Reiseziele in Europa für sie nicht mehr erreichbar sind.

Eine vorherige Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (0221) 221-25990 Montag bis Freitag von 9 bis 15 Uhr, oder per E-Mail: vhs-kundenzentrum@stadt-koeln.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Pfarrer Richard Ziegler war ab 1928 katholischer Seelsorger in Bartenstein. Er blieb im Januar 1945 bei seiner Gemeinde. Wie viele andere Zurückgebliebene wurde er von der Roten Armee deportiert. Auf dem Wege zum Ural ist er am 13. März 1945 verstorben (Foto aus jüngeren Jahren).

Bild: Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein

sind herzlich willkommen.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 27. April, 11 Uhr Einlass, 11.30 Uhr Beginn, Vereinsheim TSV Kücknitz von 1911 e.V., Taverne Kücknitzer Sportsbar, Tannenbergsstraße 4, 23569 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumlichkeiten statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen: Heidi Mader, per E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder Telefon (0421) 67329026.



Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stennweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@t-online.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Neue Kontaktdaten

Osterode – Derzeit kann die Geschäftsstelle nicht per E-Mail erreicht werden. Nutzen Sie bitte die neue E-Mail-Adresse der Geschäftsstelle in Osterode am Harz, die wie folgt lautet: kgoev@web.de. Die weiteren Kontaktmöglichkeiten, wie sie oben angegeben sind, bleiben unverändert.

Jürgen Ehmann



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis 16 Uhr, Kulturzentrum „mon ami“, Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten. Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen – kostenpflichtig.

Parkmöglichkeit: Gegenüber dem „mon ami“ befindet sich die Post, dahinter liegt das Parkhaus „An der Hauptpost“, Gerhart-Hauptmann-Straße 3, die Öffnungszeiten sind täglich von 7 bis 22 Uhr, die Ausfahrt ist jederzeit möglich; das Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220, bietet sich als mögliche Unterkunft an.

Dieter Neukamm



Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Gedenken an Pfarrer Richard Ziegler † 1945

Die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein erinnert an Pfarrer Richard Ziegler, katholischer Seelsorger in Bartenstein, aus Anlass seines 80. Todestages. Die Stadt Bartenstein verfügte ab dem Jahr 1889 auch über eine katholische Kirche, die in der Rastenburg Straße errichtet worden war. Im Jahr 1939 betrug der katholische Bevölkerungsanteil in Bartenstein 7,5 Prozent, wobei die ortsansässige Gemeinde zum damaligen Bistum Ermland gehörte. Hier wirkte Pfarrer Ziegler seit dem Jahr 1928 über einen Zeitraum von insgesamt 17 Jahren. Am Kriegsende blieb er bei seiner Gemeinde und wurde mit vielen anderen von der Roten Armee verschleppt. Auf dem Weg in die Deportation ist er am 13. März 1945 verstorben. Sein Leben und Schicksal bleiben Anlass für Erinnerung und Dankbarkeit.



Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszen, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Danzig-Masuren-Memelland

Neuntägige Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen vom 19. bis 27. Mai unter der Leitung von Dieter Wenskat.

Am 19. Mai geht es vormittags los mit dem Flugzeug nach Danzig; Flüge gehen ab Berlin, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart. In Danzig werden die Teilnehmer von der Reiseleitung ins Hotel gebracht. Am Nachmittag wird ein Stadtrundgang durch Danzigs Altstadt unternommen.

Die Besichtigungen der Marienburg und der Elblinger Altstadt stehen am zweiten Tag auf dem Programm. Am dritten Tag geht die Reise weiter über Cadinen, der ehemaligen Sommerresidenz Kaiser Wilhelms II., nach Frauenburg, samt einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal.

Eine Masurenrundfahrt mit den Zielen Heilige Linde mit ihrer besonderen Orgel, der Bunkeranlage „Mauerwald“ am vierten Tag und einem Spaziergang durch Nikolaiken, weiter per Schiff über Seen und Kanäle nach Niedersee an den Rand der Johannishurger Heide, schließen sich an. Eckertsdorf mit der Besichtigung des Philliponenklosters – als Altgläubige aus Russland vertrieben, fanden die Philliponen Anfang des 19. Jahrhunderts hier im toleranten Preußen Aufnahme –, eine Flussfahrt auf der Krutinna und eine Kutschfahrt zu einem masurischen Abend mit deftigem Essen und mitreißender Folklore beenden den fünften Tag. Am sechsten Tag geht es nach Norden, Kaunas, zum Berg Rambynas, nach Heydekzug und Memel, wo es eine Stadtführung geben wird.

Die Kurische Nehrung wird den letzten Programmpunkt vor der Rückreise einnehmen mit einem Ortsrundgang durch Nidden und der Auffahrt zur Hohen Düne. Am späten Nachmittag geht es zurück nach Memel, wo die Fähre nach Kiel gegen 21.30 Uhr ablegen wird. Vom Kieler Hauptbahnhof reisen die Teilnehmer in Eigenregie heim.

Programmänderungen sind möglich, die Mindestteilnehmerzahl beträgt 18 Personen. Weitere Informationen und Anmeldung beim Reiseleiter Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.

Hamburg – Donnerstag, 27. März, 14 Uhr (Einlass ab 13.30 Uhr), Berenberg-Gossler-Haus, Nienendorfer Kirchweg 17, Frühlingstreffen der Heimatkreisgemeinschaft Elchniederung. Gemeinsames Singen mit musikalischer Begleitung. Für das leibliche Wohl wird mit Kaffee und Kuchen gesorgt. Ost- und Westpreußen, deren Freunde als auch Gäste

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten



Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



Ostpreußisches Landesmuseum

Dienstag, 18. März, 14.30 Uhr, Eintritt 7,- Euro, inklusive Tee, Kaffee und Gebäck: **Warum hat das niemand erzählt? Vom Entdecken meiner unbekanntesten Großfamilie zwischen Riga, Königsberg, Prag und Berlin. Lesung mit der Autorin Dr. Sibylle Plogstedt.**

Welche Geheimnisse verbergen sich hinter dem Schweigen mancher Familienmitglieder? Welche Erfahrungen werden verdrängt, welche Schicksale geraten im Laufe der Zeit in Vergessenheit? Die Sozialwissenschaftlerin und Publizistin Sibylle Plogstedt begibt sich auf eine spannende Reise durch ihre Familiengeschichte, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht. Der industrielle Aufstieg ins Großbürgertum ging mit den Wirtschaftskrisen und Weltkriegen verloren. Schwer fällt der Autorin die Erkenntnis, dass ihre Mutter

Chefsekretärin hoher SS-Offiziere in Riga und Bromberg war. Demgegenüber steht das Schicksal ihres Onkels, der in Stalingrad kämpfte und dort in Kriegsgefangenschaft geriet. Er schloss sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland an und wurde vom Deutschen Reich in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Plogstedts Suche hat ein Leben lang angehalten – bis sich die Leerstellen im Bild der Familiengeschichte zu einem Ganzen fügen konnten.

Plogstedt ist 1945 in Berlin geboren, absolvierte ein Studium der Sozialwissenschaften in Berlin, war Mitglied des Sozialistischen Studentenbundes und während des Prager Frühlings in der Opposition gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts aktiv. 1969 geriet sie in Prag in politische Haft. 1976 war sie Mit-

gründerin der feministischen Zeitschrift „Courage“, von 1986 bis 1989 Redakteurin des „Vorwärts“ in Bonn, danach freie Journalistin für verschiedene Fernseh-, Hörfunk- und Internetredaktionen.

Museum Erleben ist unsere Veranstaltungsreihe, die einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken. Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, ab 14.30 Uhr, können interessante Ausstellungen, Vorträge, Filme und weiteren besondere Angebote wahrgenommen werden. Anschließend gibt es bei Tee, Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Kulturseminar in Helmstedt 25. – 27. April 2025

Thema: Ostpreußen: Land - Geschichte - Kultur

Zeit: 25. – 27. April 2025

Leitung: Dr. Sebastian Husen, Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Förderung: Durch Mittel der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“

Seminarort: Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V. Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt Tel.: 05351-5209360 Fax: 05351-5209379 E-Mail: info@pbh-hvhs.de

Kosten: Die Seminargebühr beträgt 100 Euro. Unterkunft und

Vollverpflegung sind frei. Die Unterbringung erfolgt in Zweibettzimmern mit Dusche und WC. Für Einzelzimmer mit Dusche und WC ist ein Zuschlag von EUR 15,00 pro Nacht zu entrichten. Bitte überweisen Sie die Seminargebühr nach Erhalt Ihrer Anmeldebestätigung auf unser Konto bei der Commerzbank AG IBAN: DE91 2004 0000 0634 2307 00 Stichwort: Kulturseminar 2025

Fahrtkosten: Die Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Anmeldung: An den Veranstalter: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstr. 4, 22087 Hamburg; husen@ostpreussen.de;

Tel.: 040/41 40 08-23 Fax: 040/41 40 08-19

Die Anmeldungen werden entsprechend ihrem Eingang berücksichtigt. Wir bitten um umgehende Anmeldung.

Sonstige Hinweise: Kostenfreie Absagen können nur bis 14 Tage vor dem Seminar akzeptiert werden; bei späteren Absagen werden anteilige Unkostenbeiträge erhoben.

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keinerlei Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Abreise und am Seminarort.



Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen und Veranstaltungen im April

Kabinettsausstellung bis 24. August: Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912–1976)

Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel geborenen Künstlers Walter Mamat. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt, sie zeigt in dynamischer Malweise viele Kurenkähne und die Küste der Nehrung. Folgerichtig suchte er nach seinem Abschluss als Dekorations- und Kirchenmaler die Nähe zum Umfeld der Küstenkolonie Nidden und Karl Knauf, als dessen Schüler und Assistent er sich auch später bezeichnete. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bzw. der späteren DDR tätig.

Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stilleben, Porträts,

Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Sonderausstellung 29. März bis 31. August: Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland

Die Ausstellung ist die Fortsetzung des langjährigen Austauschs zwischen Künstlern aus den zwei Partnerstädten Tartu und Lüneburg, der bereits seit 2003 besteht.

Veranstaltung, Mittwoch, 2. April, 18.30 Uhr: Die Schwarze Anna – Käthe Kollwitz und ihr Bild der Bauernkriege

Vortrag von Dr. Heine Fabritius anlässlich des 80. Todestages von Käthe Kollwitz (1867 Königsberg – 1945 Moritzburg/Dresden). Sie zählt zu den bedeutendsten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Mit ihren eindringlichen Darstellungen von Leid, Not und sozialer Ungerechtigkeit hat sie die Zeitdokumente von hohem künstlerischen und historischen Wert geschaffen. Neben den sozialen Konflikten ihrer Gegenwart befasste sich Kollwitz dabei auch mit den Bauernkriegen von 1524/25.

Fabritius ist Kunsthistorikerin und Kulturreferentin am Siebenbürgischen Museum in Gundelsheim am Neckar.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich. Eintritt 5 Euro

Veranstaltung, Sonntag, 6. April, 14 Uhr: Das Gold der Ostsee – Eine Kulturgeschichte des Bernsteins

Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“ im SCALA-Programmkino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg. Einführung: Dr. Jörn Barfod, Eintritt 10 Euro

Der Film schildert in vier großen Erinnerungsmontagen die wesentlichen Stationen im Leben von Käthe Kollwitz von 1914 bis kurz vor ihrem Tod im Jahr 1945. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs ist Käthe Kollwitz 47 Jahre alt und bereits eine bekannte und geschätzte Künstlerin. Zu ihrem Entsetzen meldet sich ihr jüngster Sohn Peter freiwillig als Soldat und fällt bereits zwei Wochen später. Sein Tod markiert wohl die tiefste Zäsur in ihrem Leben. Von nun an werden sie Mutter und Kind, Krieg und Frieden, Leben und Tod in ihrem Schaffen nicht mehr loslassen. Kollwitz lebt mit ihrem Mann, dem Armenarzt Karl Kollwitz, im Berliner Arbeiterviertel Prenzlauer Berg. Das Schicksal der Armen, denen sie

täglich begegnet, beschäftigt sie ihr Leben lang. Mit ihrer Kunst setzt sie sich für die Verbesserung der Lebensverhältnisse ein. In der nationalsozialistischen Diktatur wird sie auf den sogenannten Index gesetzt und gezwungen, „freiwillig“ aus der Preußischen Akademie der Künste auszutreten, wo sie als Leiterin der Meisterklasse für Grafik gearbeitet hat. Während des Zweiten Weltkriegs wird sie aus Berlin verwiesen. Die letzte Zeit vor ihrem Tod verbringt sie einsam und krank in Dresden.

Veranstaltung: Mittwoch, 9. April 2025, von 14 bis 17 Uhr, Kosten 8 Euro (inkl. Material) Künstlerischer Ferientag: Form und Farbe – Osterferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Joanna Margner

Die bildende Kunst hat viele Facetten und es gibt viele unterschiedliche Ausdrucksformen bei Künstlerinnen und Künstlern. In der Dauerausstellung, in der Kabinettsausstellung „Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912-1976)“ und in der Sonderausstellung „Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland“ bekommen die Kinder vielfältige Eindrücke von historischen und ganz aktuellen künstlerischen Positionen. Im Speziellen werden vor allem Fragen nach der Farbe und der Form thematisiert: Wie wird der Bildraum durch Farbe und Formen definiert? Was ist eigentlich abstraktes Malen und wie

geht das? Im praktischen Teil können die Kinder ihrer Kreativität freien Lauf lassen und in verschiedenen Maitechniken experimentieren.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de erforderlich.

Veranstaltung: Donnerstag, 10. April 2025, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! Das Element Luft in der Kunst – Kinderclub mit Joanna Margner

Die Kinder beschäftigen sich in diesem Kinderclub mit dem Element Luft. Es ist immer da, kann aber nicht gesehen werden. Wie stellen Künstlerinnen und Künstler die Luft in ihren Bildern dar? Nach einem Rundgang durch die Dauerausstellung, die Kabinettsausstellung „Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912-1976)“ und die Sonderausstellung „Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland“ bekommen die Kinder viele Inspirationen, um die eigenen Ideen der Darstellung von Luft malerisch umzusetzen.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Veranstaltung: Dienstag, 15. April 2025, 14.30 Uhr, 7 Euro (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck) Vor 80 Jahren in Ostpreußen - Die Flucht über das zugefrorene Frische Haff Vortrag mit dem Kurator Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“

Am 13. Januar 1945 begann die sowjetische Großoffensive auf Ostpreußen. Bereits zwei Wochen nach dem Vorstoß der Roten Armee am 26. Januar 1945 hatte sie von Süden kommend das Frische Haff bei Tolckemitt erreicht. Ostpreußen war eingekesselt und den Flüchtlingen der Landweg nach Westen abgeschnitten. Der Historiker Dr. Eike Eckert erläutert, wie es tausenden Ostpreußen unter dramatischen Umständen gelang, als letzten Ausweg über das zugefrorene Eis des Frischen Haffs zu flüchten, um so von der schmalen Nehrungs-Landzunge nach Danzig oder Pillau zu erreichen.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Weitere Informationen:

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, E-Mail: info@ostpreussisches-landesmuseum.de, www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid with diagonal lines and numbers 1-6.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragenen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Arzneipflanzen.

- 1 scherzhaft: Ahnung
2 Schmuckstein
3 ohne Klang (Stimme)
4 Lebewesen ohne Farbstoffbildung
5 Staat in Mittelamerika
6 Heimat des Odysseus

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen anderen Ausdruck für Weltraumfahrer (Mz.).

- 1 Untugend, 2 starkes Schiffstau, 3 griechischer Himmelsgott, 4 Mut, Zuversicht (ugs.), 5 mit den Füßen stoßen

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of arrows around a central grid.

CREUZBURG

So gut, dass er zweimal ernannt wurde

Hermann von Boyen galt als Erfinder der Allgemeinen Wehrpflicht und als einer der klügsten Köpfe preußischer Militärkultur

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kurz nach der Reichsgründung 1871 und dem dritten preußischen Sieg in den Deutschen Einigungskriegen sprach Kaiser Wilhelm I.: „Wir müssen anerkennen, daß wir nur auf den Grundlagen weiter gebaut haben, welche 1813, 1814 und 1815 gelegt worden sind“ und damit auch „das große Verdienst der Männer jener Zeit“ gewesen seien, „insbesondere Boyens, der leider oft und lange verkannt worden ist.“ Und tatsächlich musste Hermann von Boyen zweimal als preußischer Kriegsminister zurücktreten, obwohl er ungemein viel für den Ausbau der militärischen Schlagkraft des Königreiches getan hatte.

Boyen, der am 23. Juni 1771 im ostpreußischen Kreuzburg auf die Welt gekommen und 1784 in die preußische Armee eingetreten war, stieg bis 1810 zum Oberstleutnant sowie Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartments auf. In dieser Eigenschaft unterstützte er die Heeresreformer Gerhard von Scharnhorst und Neidhardt von Gneisenau. Gemeinsam mit diesen beiden appellierte er zudem auch an König Friedrich Wilhelm III., sich nicht mit Frankreich zu verbünden, was dieser aber angesichts der damaligen militärischen Schwäche Preußens am Ende doch tat.

Initiator der Wehrpflicht Preußens

Daraufhin wechselte Boyen 1812 nach Russland, um dort gegen Napoleon zu agieren. Wenige Monate später überbrachte er Friedrich Wilhelm das Bündnisangebot des Zaren, woraufhin Preußen die Seiten wechselte und seinen Befreiungskrieg begann. In diesem fungierte Boyen zuletzt im Range eines Generalmajors als Stabschef des 3. Armeekorps. Doch damit nicht genug: Nach dem Ersten Pariser Frieden wurde der nunmehrige Träger der höchsten preußischen Tapferkeitsauszeichnung „Pour le Mérite mit



Ludwig Leopold Gottlieb Hermann von Boyen war Generalfeldmarschall in der preußischen Armee und zweimal preußischer Kriegsminister – einmal von 1814 bis 1819 und dann noch einmal von 1841 bis 1847 Bild: mauritius images/Sunny Celeste/imageBROKER

„Ueber die allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienst“

Einführung des Gesetzes zur Allgemeinen Wehrpflicht vom 3. September 1814

Eichenlaub“ im Juni 1814 zum Kriegsminister von Preußen ernannt.

Die wichtigste Handlung Boyens in diesem Amt war die Erarbeitung des Gesetzes „Ueber die allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienst“ vom 3. September 1814, mit dem die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, welche dem Prinzip der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz konsequent Geltung verschaffte. Außerdem schuf Boyen auch die Grundlage für das Fortbestehen der während des Befreiungskrieges durch Scharnhorst aufgebauten Landwehr. Damit entstand ein ausgedienten Veteranen bestehendes zweites Heer neben dem stehenden, dessen Größe immer nur die finanziellen Möglichkeiten des Staates widerspiegeln konnte.

Allerdings gewann der kantig-kernige Boyen, der sich am Rande des Wiener Kongresses 1815 ein zum Glück unblutig endendes Pistolenduell mit dem preußischen Gesandten Wilhelm von Humboldt geliefert hatte, dadurch keineswegs nur

Freunde. Denn konservativen Kreisen und etlichen dünkelfhaften, vom Kastengeist beseelten Berufsoffizieren war die Landwehr als breites Volkshier ein Dorn im Auge. So wurde behauptet, eine ganze „Nation zu bewaffnen, heißt Widerstand und Aufruhr zu organisieren“. Als der König diesen Kritikern Gehör schenkte, nahm Boyen Weihnachten 1819 seinen Abschied, womit zugleich auch die preußische Reformzeit endete.

Das galt indes aber nicht für Boyens militärische Karriere. Nach 21 Jahren im Ruhestand kehrte er auf Wunsch des neuen Königs Friedrich Wilhelm IV. unter Beförderung zum General der Infanterie in den aktiven Dienst zurück. Außerdem übertrug der Monarch dem mittlerweile bereits 69 Jahre alten Ostpreußen am

28. Februar 1841 erneut den Posten des Kriegsministers. Den bekleidete Boyen bis zum November 1847, wobei auch die zweite Demission keineswegs aus gesundheitlichen Gründen erfolgte.

Auslöser war vielmehr wieder der Streit um die Landwehr gewesen, in dem nun der Thronfolger und spätere Kaiser Wilhelm I. die Schar der Widersacher angeführt hatte, weil er an der Schlagkraft der Landwehr zweifelte und ein großes, einheitliches stehendes Heer als Garant der Krone und des Reiches wollte. Ungeachtet dessen erfuhr Boyen aber immer wieder bemerkenswerte Ehrungen wie die Verleihung des Schwarzen Adlerordens, dem höchsten Orden Preußens überhaupt. Zudem wurde der Heeresreformer anlässlich seines erneuten und diesmal endgültigen Abschieds zum Generalfeldmarschall befördert und zum Gouverneur des Invalidenhauses in Berlin ernannt.

Festungsname als Ehrentitel

In der preußischen Hauptstadt, die ihm bereits 1842 die Ehrenbürgerwürde verliehen hatte, starb Boyen dann am 15. Februar 1848, also unmittelbar vor Beginn der Märzrevolution in Deutschland. Sein Freund Ernst Moritz Arndt schrieb damals, dass Preußen nun „ein Held, ein Retter, ein Befreier, Licht, Recht und Schwert“ verloren gegangen sei. Und Friedrich Wilhelm IV. gab der großen Befestigungsanlage, welche von 1847 bis 1855 im Bereich der Masurischen Seen bei Lötzen zur Abwehr russischer Einfälle errichtet worden war und noch heute existiert, den Namen „Feste Boyen“. Darüber hinaus wurde das in Tilsit stationierte 5. Ostpreußische Infanterieregiment der Nr. 41 zu Beginn der Wilhelminischen Ära nach dem überragenden Militärreformer benannt.

Dahingegen fand der faktische Vater der Allgemeinen Wehrpflicht weder in der Bundeswehr noch der Armee der DDR sonderliche Beachtung – leider.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wenn Vor- und Nachkriegszeit nicht mehr Maßstab sind

Eine Kasachstan-Polin führt als Stadtführerin zu alten deutschen Inschriften

Der Welttag des Fremdenführers wird seit 1990 am 21. Februar begangen. In Stettin [Szczecin] wurde er zwar erst am 1. März, dafür aber mit vielen kostenlosen Stadtführungen gefeiert – auch auf Deutsch. So standen der im 13. Jahrhundert angelegte Heumarkt in der historischen Altstadt, das im Krieg zerstörte und 1968 wieder aufgebaute Alte Rathaus, das Stettiner Schloss oder die 500 Meter lange Haken-terrasse auf dem Programm.

Fremdenführerin Polina Wierzchowicz wandelte in ihrer Führung jenseits der ausgetrampelten Pfade. Sie führte beispielsweise zum Pommerschen Gutsherrenpalast, „wo sich in Räumen, die sonst unzugänglich sind, Fresken mit Ansichten pommerscher Städte mit deutschen Inschriften befinden“, berichtet sie gegenüber dem Stadtportal „wSzczecin.pl“.

Das alte Stettin und wie es wieder mehr und mehr sichtbar wird, ist ihr Steckenpferd. Wierzchowicz ist Autorin des polnischsprachigen Buches „Spod Tynku, przeszłość miasta utrwalona w napisach“ (Unter dem Putz ist die Vergangenheit der Stadt in Inschriften verborgen). „Zum großen Teil sind es deutsche, seltener lateinische Inschriften“, sagt sie. Es gebe aber auch einige in russischer Sprache.

Letztere stammen aus der Nachkriegszeit, als sich Sowjetsoldaten noch in der Stadt aufhielten. Einige finde man noch an den Kasernengebäuden oder am Hospital in der Kreckower Landstraße.

Während ihrer Führungen durch die Innenstadt, die Stadtteile Torney [Turzyn], Braunsfelde [Pogodno] oder Zabelsdorf [Niebuszewo] berichtet sie zudem darüber, wie die neuen Bewohner nach Kriegsende in freiwilligen Arbeitseinsätzen alles Deutsche vernichtet hatten. „Ich bin auf einen Brief an die Stadt gestoßen, in dem sich ein Einwohner beschwerte, dass er am Hauseingang die deutsche Inschrift bereits fünfmal überstrichen hatte und man sie immer noch lesen könne. Mehr Farbe habe er nicht und würde es nun bleiben lassen.“

In Stettin gibt es bis heute keine Regelungen, was mit solchen Inschriften geschehen soll, bemängelt die aus Kasachstan stammende Stadtführerin. „Nach 1989 haben wir Polen allmählich begonnen, die Städte anders zu betrachten. Wenn heute auf solche historischen Inschriften hingewiesen wird, weiß die Stadt nicht wirklich, was damit passieren soll. Deshalb ist es so, dass diese an manchen Denkmälern erhalten bleiben, an



Fremdenführer entdecken immer häufiger die deutsche Vergangenheit unter dem zunehmend bröckelndem Putz Bild: Wagner

anderen werden sie entfernt.“ Als vor zehn Jahren das Gebäude des Nationalmuseums, das sich an der Haken-terrasse befindet, saniert wurde, kam die Frage auf, was mit dem deutschen Namen auf dem Gebäude passieren soll. „Wir haben es dem Denkmalpfleger Michał Dębowski zu verdanken, dass heute wieder deutsche Inschriften saniert werden“, freut sich

Wierzchowicz, die vor 32 Jahren aus Alma Ata (Almaty) nach Stettin kam.

Als Kasachstan-Polin war sie in ihrer alten Heimat Umbenennungen gewohnt. Aus Werny wurde 1920 Alma Ata, und seit 1993 nennt sich ihre Heimatstadt nun Almaty. Wierzchowicz siedelte 1993 im Zuge der Repatriierung nach Polen über und kam so nach Stettin. „Seit damals haben

viele Menschen Kasachstan verlassen. Praktisch sind alle Deutschen weg. Ebenso sind viele Polen gegangen, obwohl immer noch relativ viele in Kasachstan leben. Auch russischsprachige Menschen sind nach Russland gegangen, sodass man auf der Straße heute eher Kasachisch als Russisch hört. Was heute in Kasachstan auffällt, ist, dass die Schilder an den Geschäften dreisprachig sind: Kasachisch, Englisch und Russisch“, so Wierzchowicz. „Ich bin ja keine gebürtige Stettinerin und unterteile die Stadtgeschichte nicht nach der Vor- und Nachkriegszeit.“ Für sie gehört die deutsche Vergangenheit genauso zum Stettiner Erbe wie die polnische Neubesiedlung mit deren Versuchen, die Geschichte neu zu gestalten.

Sie führe die Stadtbesucher gerne zu „Kolonialwaren Otto Marquardt“ an der Fassade eines Eckhauses in der Elisabethstraße (ul. Kaszubska) zur Inschrift „Cigaretten“ über dem Schaufenster der Alten Druckerei oder zum Gebäude der 1855 von deutschen Baptisten gegründeten Kirche. „Es gibt immer mehr solcher Orte, wo die historischen Inschriften entweder saniert werden oder unter dem bröckelnden Putz zum Vorschein kommen“, freut sich die Fremdenführerin. Chris W. Wagner

SEGELSPORT

Sail Grand Prix vor pommerscher Küste

Hochleistungs-Katamarane in weltweiten Destinationen unterwegs – jetzt auch erstmalig in Deutschland

VON TORSTEN SEEGERT

Neben dem härtesten Eintagesrennen „ÖTILLÖ“ (Schwimmen und Laufen) oder dem Stettiner „Tall Ship Race“ ist mit dem erstmaligen „Germany Sail Grand Prix“ ein weiterer Höhepunkt an der pommerschen Küste in Vorbereitung. Warum geht es? Am 16. und 17. August können die deutschen Segelsport-Anhänger erstmals ein Segelsportrennen der Extraklasse in heimischen Gewässern erleben. Die schnellsten Katamarane der Welt werden vor Rügen starten.

Bereits vorigen November ist der Segel-Grand-Prix auch eine wichtige Partnerschaft mit dem ZDF eingegangen, sodass seit 2024 auch dem deutschen Fernsehpublikum die Segelrennsportserie nähergebracht wird. So macht die aktuelle Rennserie auf fünf Kontinenten und an Weltklasse-Destinationen wie Dubai, Rio de Janeiro, New York, Sydney, Genf und vor Sassnitz auf der Insel Rügen Halt.

Auch ein deutsches Team geht bei dem Rennen mit an den Start und wurde bei seinem Auftritt zum Grand-Prix-Rennen vor Neuseeland durch Kampfgeist und Ausdauer mit guten Platzierungen im Mittelfeld belohnt. Damit lag das Team zunächst auf Kurs, denn das von Steuermann Erik Heil ausgegebene Ziel war es, unter den Top 7 bei dem Wettkampf der zwölf Nationalteams zu sein. Doch dann kam Sydney.

Nach zwölf Minuspunkten rangiert das deutsche Segelteam mit Abstand auf dem letzten Platz durch Kollisionen beim Training und dem enttäuschenden Verlauf des Rennens. Wie dem auch sei, vor dem Team stehen gewaltige Herausforderungen, bis man sich ein Rennen vor heimischer Kulisse liefern kann. Mit dem



Die vom Germany SailGP Team angeführte Flotte unter der Leitung von Erik Heil beim Canada Sail Grand Prix 2024

Austragungsort vor der Insel Rügen rückt auch die pommersche Küste als Segelrevier in den Blickpunkt.

Für Sassnitz ist der Start der Etappe des Segel-Grand-Prix vor dem Molenkopf geplant und verläuft dann in Richtung Molenfuß, sodass das hautnahe Erlebnis bedingt durch einen Kursverlauf parallel zur 1450 Meter langen Außenmole wirklich gegeben ist. Der „Germany Sail Grand

Prix“ hat damit auch bereits die Nachfrage an Karten und Buchungen in den Sassnitzer Hotels beflügelt, wobei das „Rügen Hotel“ die exponierte Lage hat.

Dass es sich bei den Booten um Hochleistungs-Katamarane handelt, die sich in den Wettkämpfen ein Stechen liefern, wird einem spätestens bei der Information klar: 2022 brach der französische F50-Katamaran den bisherigen Geschwindig-

keitsrekord mit 99,94 Kilometer pro Stunde, also fast 54 Knoten.

Noch sind Karten für das Sportereignis verfügbar. Diese liegen preislich ab 76 Euro für Erwachsene und 38 Euro für Kinder. Außerdem werden auch Karten für das gesamte Wochenende und spezielle Preise für Familien angeboten.

• Tickets: www.sailgp.com/tickets

MELDUNGEN

Fahrradweg, Gedenken und „Vor 80 Jahren“

Köslin – Der Fahrradweg von Köslin nach Groß Möllen ist einer der beliebtesten in Hinterpommern. Nun müssen allerdings die alten, den Weg flankierenden Bäume gefällt und durch Neuanpflanzungen ersetzt werden. Das austreibende Wurzelwerk führte vermehrt zu Unfällen. TS

Heringsdorf – Der ehemalige Geschäftsführer der Korb GmbH, Mathias Fromholz, ist 68-jährig verstorben. Fromholz stand seit 1977 für den Strandkorb auf der Insel Usedom. 2007 entstand unter seiner Regie der XXL-Strandkorb für den G8-Gipfel in Heiligendamm. TS

Stolp – Am 7. März fand am Denkmal für die Ermordeten Zwangsarbeiter eine Gedenkveranstaltung statt. Vor 80 Jahren sollen hier 22 Zwangsarbeiter einen Tag vor dem Einmarsch der Roten Armee zu Tode gekommen sein. Ernst Hoffmann gab an, dass dies ein SS-Verbrechen gewesen sei. TS

Rügen – Die Streaming-Plattform Netflix, die im Internet Serien und Filme zum Sehen anbietet, zeigt nun einen aufwendigen Dreh zum Untergang der 1993 vor Rügen gesunkenen Fähre „Jan Heweliusz“. Beim Untergang starben 55 Menschen. Ein Drehort war Swinemünde. TS

Vor 80 Jahren: Sassnitz/Köslin 1945 Vom 6. zum 7. März wurde Sassnitz von britischen Fliegern bombardiert, zirka 800 Menschen starben. Die Rote Armee war bereits westlich von Köslin zur Ostseeküste vorgestoßen, auch Kolberg wurde erreicht, ab 4. März belagert, Dramburg wurde erobert. TS

MARINE

„Augen und Ohren auf See, in der Luft und unter Wasser“

Sicherheit und Arbeitsplätze: Kiellegung des ersten von drei Marineschiffen der Klasse F 126 auf der Peene-Werft in Wolgast

Großer Bahnhof im kleinen Städtchen Wolgast unmittelbar am Einfallstor zur Ostseeinsel Usedom, wo Ende Februar auf der dortigen Peene-Werft mehrere hundert Gäste aus Wirtschaft und Politik zusammentrafen, um einer besonderen Zeremonie beizuwohnen. Das erste von drei neuen Flottendienstschiffen wurde an diesem sonnigen Wintertag hier auf Kiel gelegt. Die zukünftig mit modernster Sensorik ausgestatteten Flottendienstboote sollen zur elektronischen Aufklärung und Informationsbeschaffung eingesetzt werden, um beispielsweise zunehmenden Beschädigungen von Infrastruktur in der Ostsee einen militärischen Riegel vorzuschieben.

Den Generalauftrag für diese Fregatten der Klasse F 126 hatte die Bremer Naval Vessel Lürssen Group (NVL) entgegennehmen können. Die Fertigstellung der Militärschiffe soll auf mehreren norddeutschen Werften realisiert werden. In der großen Halle der Wolgaster Peene-Werft werden die Großsektionen entstehen, der Weiterbau geschieht in Bremen und Hamburg. Ab 2029 könnten nach bisheriger Projektplanung die rund 130 Meter langen Schiffe die aktuellen Flottendienstboote ersetzen, die schon seit mehr als 30 Jahren auf Einsatzfahrten sind.

Bereits im Jahr 2021 hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages für die Anschaffung zwei Milliarden Euro freige-

geben. „Dieser Auftrag ist eine wirklich gute Nachricht für Vorpommern und gibt der gesamten Region Planungssicherheit für die Werft in Wolgast und sichert hier vor Ort wichtige Industriearbeitsplätze“, sagte Manuela Schwesig (SPD), Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, beim symbolischen Einschlagen der Nägel kurz vor der Kiellegung in der Wolgaster Fertigungshalle. „Die Bedrohungslage in der Ostsee verschärft sich

wöchentlich. Dazu kommt eine wachsende Beschädigung von kritischer Infrastruktur, etwa Datenkabeln.

Bedrohungslage in der Ostsee

Zur Informationsbeschaffung der Bundeswehr und der Sicherung der Seewege werden die neuen Schiffe daher dringend gebraucht, sagte der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Andreas Hoppe: „Die nach

ihrer Fertigstellung mit modernster Sensorik ausgestatteten Marineschiffe werden zukünftig der Bundeswehr als Aufklärungsplattformen zur seegestützten Informationsgewinnung dienen. Die Aufklärer erfüllen damit die neuesten militärischen Anforderungen an zukunftsfähige Marineschiffe.“

„Die Flottendienstboote, gefahren von der Deutschen Marine und in der Aufklärung betrieben durch Soldatinnen und Soldaten der Teilstreitkraft Cyber- und Informationsraum, sind ein hocheffektives, unverzichtbares strategisches Aufklärungsmittel für kriegstüchtige Streitkräfte und überall auf der Welt einsetzbar. Sie sind unser Auge und unser Ohr auf See, in der Luft und unter Wasser. Sie sind unser nationaler Stolperdraht für all jene, die unsere und die Sicherheit unserer Bündnispartner bedrohen“, betonte bei der Kiellegung Vizeadmiral Thomas Daum, Inspekteur des Cyber- und Informationsraums.

Die Schiffe seien Bestandteil der nationalen Sicherheitsvorsorge. „Sie sind hoch spezialisiert und werden die hohen Anforderungen im gesamten Aufklärungsspektrum zukunftssicher erfüllen. Dazu gehört der Einsatz bis zu einem Jahr. Das Schiff wird über Hubschrauberlandeplatz sowie die Möglichkeit Drohnen an Bord zu nehmen, verfügen. Ebenso neu ist die Fähigkeit der Versorgung in See“, ergänz-

te Vizeadmiral Jan Christian Kaack, Inspekteur der Marine.

Vor allem aber zeichnet die neuen Aufklärungsschiffe ein technischer Generationssprung bei der Sensorik, der Datenverarbeitung und Datenweitergabe aus. „Für die Deutsche Marine werden die neuen Flottendienstboote ein absolut wertvoller Gewinn an Fähigkeiten sein und der Abschreckung unserer Gegner dienen. Wir werden damit kriegstüchtig, auch wenn wir keinen Krieg wollen. Aber wir müssen auf jede Bedrohung reagieren können“, so der Vizeadmiral. Er würdigte die Peene-Werft als verlässlichen Partner, der immer wieder exzellente Qualität abliefern.

Vorderschiffe aus Wolgast

Mit einem Augenzwinkern meinte Vizeadmiral Daum: „Die neuen Boote sind unser Auge und unser Ohr auf See, in der Luft und unter Wasser.“ Unter den vielen Gästen der Kiellegung war auch der Abteilungsleiter See des Beschaffungsamtes der Bundeswehr, Flottillenadmiral Andreas Czerwinski dabei.

Die beiden direkt mit dem Bau der drei zukünftigen Marineschiffe beschäftigten Wolgaster Schiffbauer Heiko Schulz und Schweißer André Loth schoben mit kräftigen Hammerschlägen die zuvor auf einem Erinnerungsbrett fixierte Münze unter den Kiel der bereitstehenden Vorderschiff-Sektion. Christian Rödel



Die beiden direkt mit dem Bau der drei zukünftigen Marineschiffe beschäftigten Wolgaster Schiffbauer Heiko Schulz (links) und Schweißer André Loth (rechts) schoben gemeinsam mit der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig (SPD), die zuvor auf einem Erinnerungsbrett fixierte Münze unter den Kiel der bereitstehenden Sektion

Bild: Rödel

„Die Parole sollte lauten: Nie wieder Krieg!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Danke für die wohltuend vielseitige Berichterstattung der PAZ zu gestern und heute“

Bettina Burow, Kircharten



Ausgabe Nr. 9

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

FEHLURTEIL ÜBER EIN URTEIL?

ZU: EINLADUNG MIT RÜCKGRAT (NR. 9)

Wen meinen Sie mit Schurkenstaaten? Diejenigen, die Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu angeklagt haben? Den internationalen Gerichtshof in Den Haag? Oder die, die das Urteil vielleicht sogar vollstrecken wollen? Wie begründen Sie Ihr Urteil?

Aus meiner Sicht würde Rückgrat bedeuten, gerade als Deutscher in dem Bewusstsein und der festen Absicht, dass sich die Ereignisse der NS-Zeit niemals auch nur ansatzweise wiederholen dürfen, trotzdem Netanjahu daraufhin zu weisen, dass Krieg immer wieder die schlechteste Reaktion auf einen Konflikt ist! Die Parole sollte lauten: „Nie wieder Krieg!“ *Dr. med. Kai Crecelius, Rudolstadt*

EIN LUXUS FÜR FLÜCHTLINGE

ZU: MEHR UKRAINER IN DEUTSCHLAND (NR. 9)

Welche Ukrainer fliehen nach Deutschland? Sind das die normalen Bürger oder sind es die, die finanziell gut dastehen? Der „einfache“ Bürger wird sich kaum leisten können, schon nach wenigen Wochen in Deutschland Eigentum zu erwerben. Da sind große Pkw vorhanden, wofür deutsche Männer und Frauen in der Regel einen Kredit aufnehmen müssen.

Was mich aber viel mehr stört, ist das fordernde Auftreten vieler Ukrainer. Spielregeln scheinen für sie keine Gültigkeit zu haben. Äußerungen wie „Ich gehe doch nicht in ein zerstörtes Land zurück, um es wieder aufzubauen“, sind zu hören. Warum sind so viele ukrainische Männer hier? *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

VERKÜRZT UND VERZERRT

ZU: WECKRUF AUS WASHINGTON (NR. 8)

Die Passagen über die Rede des US-Vizepräsidenten J.D. Vance sind nach meiner

Beurteilung verkürzt und verzerrt. Das Hauptthema von Vance war die Meinungsfreiheit und ihre Bedrohung durch europäische Regierungen.

Der wichtigste Satz war für mich: „Was aber keine Demokratie überleben wird, ist es, Millionen von Wählern ins Gesicht zu sagen, dass ihre Sorgen und Gedanken, ihre Träume und Hilferufe unberechtigt und es nicht wert sind, ernsthaft in Erwägung gezogen zu werden.“

Ferner ist auch die Passage über das „Panel“ zum Problem afghanischer Flüchtlinge verkürzt und deshalb in der Wertung sogar verfälscht. Deutschland hat seit 2021 zirka 36.000 afghanische Staatsbürger eingeflogen – mit enormen Kosten von mehreren Hundert Millionen Euro und mit unabsehbaren Folgen für die innere Sicherheit und Integrationsfähigkeit. *Rudolf Junger, Mannheim*

ANREGUNG ZUM KAUF DER PAZ

ZU: 40 JAHRE „STILLE JAHRE IN GERTLAUKEN“ (NR. 8)

Meinen herzlichen Dank zum Beitrag über die Erinnerungen „Stille Jahre in Gertlauken“ der Lehrerin und Autorin Marianne Peynghaus. Dieses Buch war mir tatsächlich noch unbekannt. Es war zwar nur noch antiquarisch zu erwerben, aber dies dafür problemlos.

Genau aus solchen Gründen kaufe ich mir immer wieder mal die PAZ. *Uwe Prinz*

ALS DEUTSCHE UNTER POLEN

ZUM LESERBRIEF: POLENS „DANK“ (NR. 7)

Da Westpreußen ab 1. Januar 1921 zu Polen diktiert war, habe ich (geboren 4. Januar 1921) nur eine polnische Schule gehabt. Meine Geschwister, Jahrgang 1908, 1910 und 1911, nur die deutsche.

Wir lebten auf einem Bauernhof, hatten die polnische Staatsangehörigkeit bekommen und konnten kein Wort Polnisch. Wir durften auch in Polen nichts

werden, nicht mal ein simpler Briefträger. Ich kam in die Schule und habe nichts verstanden, aber sehen konnte ich, und so hatte ich keine Schwierigkeiten. In dieser Schule hieß es, Kiew ist eine russische Stadt und dass die Krim zu Russland gehört. Adalbert (Wojciech) Korfanty, der „Vater der schlesischen Autonomie in Polen“ (d. Red.), war ein großer Held.

In der Ukraine denkt heute niemand mehr daran. *Dorothea Jahnke, Blaustein*

NIEDER MIT DER MAUER

ZU: DAS ZWEIFELHAFTE SPIEL MIT DEM BEGRIFF DER DEMOKRATIE (NR. 6)

Die alten Griechen waren die Erfinder der Demokratie. Ihre Demokratie war allerdings nur eine Sklavenhalterdemokratie.

Das Wort Demokratie bedeutet laut Wikipedia „Macht oder Herrschaft des Volkes“. Geheime Wahlen und die Teilnahme aller an der politischen Willensbildung sind ihre wesentlichen Elemente. In einer Demokratie müssen die Argumente der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf den Tisch und ohne Scheu öffentlich diskutiert werden können.

Zur Demokratie gehört auch das Einhalten von Spielregeln – gewählt ist gewählt, auch wenn es für einen oder anderen Teilnehmer nachteilig sein möge. Man kann nicht die Resultate nur dann akzeptieren, wenn sie dem eigenen Vorteil dienen, so Egon Bahr.

Ich halte die „Brandmauer“ zur AfD für einen politischen Fehler. Wir können nicht die Meinung von Millionen Wählern ignorieren – man muss sich mit ihren Argumenten auseinandersetzen. Wenn die Argumente gut sind, dann sollte man diese vorbehaltlos akzeptieren. Welch ein Irrsinn, wenn bei Abstimmungen nicht die Sache entscheidet, sondern wie die AfD stimmt.

Die „Brandmauer“ verleiht kleineren Parteien überproportionalen politischen Einfluss. Andererseits besteht die Gefahr, dass bei einer gravierenden Krise die AfD noch mehr Zulauf bekommt. Sie kann ar-

gumentieren: „Das haben wir nicht verursacht, wir waren von allen politischen Entscheidungen ausgeschlossen.“

Eine Gesellschaft, die eine „Brandmauer“ errichtet, um große Teile der Bevölkerung mit deren Argumenten von der Willensbildung auszuschließen, untergräbt die Demokratie.

Dr. Karl Hahn, Bad Salzungen

EINE ERFOLGSGESCHICHTE

IM WESTEN ANGEKOMMEN (NR. 6)

Wer erinnert sich noch an die tapferen, fleißigen Sudetendeutschen, die im winzigen Ort Winkl bei Bischofswiesen/Berchtesgaden eine neue Heimstatt im dortigen Lager fanden und zu einem blühenden Gemeinwesen aufbauten, das seinen Höhepunkt mit der berühmten 1951 in Winkl von Hans Thierfelder errichteten Strumpffabrik erlebte? Sie galt damals als die europaweit modernste und weltweit erste gläserne Strumpffabrik überhaupt. Ein sehenswerter Ort, der für die Erfolgsgeschichte der Vertriebenen steht. Wir sollten ihr Schicksal, aber auch ihre Strahlkraft, niemals vergessen.

Chris Benthe, Dresden

DIE POLITIKVERDROSSENEN

ZU: STIMMEN VERDOPPELT – UND AM ENDE DOCH NICHTS GEWONNEN? (PAZ-ONLINE, 23. FEBRUAR)

Allenthalben werden uns Beispiele vorgeführt, in denen AfD-Wähler zugeben, dass sie diese Partei nur gewählt haben, um – abgesehen von einer auch möglichen Wahlverweigerung – ihre Enttäuschung über die Nichtberücksichtigung ihrer wachsenden Probleme zu bekunden. Wenn es eine Partei gäbe, die sinngemäß PPV (Partei der Politikverdrossenen) heißen könnte, würden die Wahlerfolge der AfD vermutlich bedeutungslos werden. Solche Parteigründungen auf Bundes- und Landesebene könnten auch verhindern, dass die AfD die stärkste Partei wird. *Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mühlheim*

ANZEIGE



Methylenblau:

das Geheimnis hinter der Verjüngung und Heilung jedes menschlichen Körpers!

■ Tauchen Sie ein in die faszinierende Geschichte von Methylenblau, einem Wundermittel, das bereits seit über 150 Jahren seine tiefblauen Spuren hinterlässt. Seine Reise begann im Jahr 1876, als der deutsche Chemiker Heinrich Caro Methylenblau zum ersten Mal synthetisierte. Damit schrieb er Geschichte und erhielt ein bahnbrechendes Reichspatent.

Der visionäre Dr. Paul Ehrlich bezeichnete Methylenblau sogar als »magische Kugel« – ein Hinweis auf seine sensationellen Eigenschaften. Obwohl der Stoff im Laufe der Jahrzehnte in Vergessenheit geriet – das Patent ist abgelaufen und das Mittel deshalb für die Pharmaindustrie uninteressant –, kehrt er nun in das Rampenlicht zurück, das Methylenblau auch zusteht.

Die Wiederentdeckung von Methylenblau!

Methylenblau ist ein Antioxidans mit hoher Redoxaktivität, das schnell zwischen seiner oxidierten und seiner reduzierten Form »oszillieren« kann. Als kleines Molekül mit fett- und wasserlöslichen Eigenschaften erreicht es alle Bereiche und Zellen des Körpers, wobei es sich besonders im Gehirn und im zentralen Nervensystem verteilt. Methylenblau stabilisiert über die Mitochondrien den Stoffwechsel der Körperzellen und sorgt damit für ausreichend Energie und eine nachhaltige Gesundheit.

Thomas E. Levy: Praxisbuch Methylenblau
Paperback • 96 Seiten • durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr. 990 920 • 7,99 €

Methylenblau: empfohlen vom Kopp-Autor und amerikanischen Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr.

PREUSSEN

Dem Verfall preisgegeben

Golzow in der Neumark – Hier kam der Urenkel des letzten deutschen Kaisers, Louis Ferdinand Prinz von Preußen (Junior), zur Welt

VON WOLFGANG REITH

Am 25. August 2024 jährte sich zum 80. Mal der Geburtstag von Louis Ferdinand Prinz von Preußen (Junior), der am 11. Juli 1977 während einer Wehrübung bei der Bundeswehr an den Folgen eines tragischen Unglücksfalls ums Leben kam (die PAZ berichtete). Das ist Grund genug, einmal den Geburtsort des Prinzen, Golzow, aufzusuchen.

Allerdings gab beziehungsweise gibt es in Brandenburg vier Ortschaften dieses Namens: Golzow (Mittelmark), Amt Brück, im Landkreis Potsdam-Mittelmark, Golzow (Oderbruch), Amt Golzow, im Landkreis Märkisch-Oderland, und Golzow (Chorin), Ortsteil der Gemeinde Chorin, im Landkreis Barnim. Alle drei genannten Orte befinden sich auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Brandenburg, während ein viertes Golzow jenseits der Oder in der historischen Neumark liegt und deshalb früher auch den Zusatz „Nm.“ (Neumark) führte. Seit 1945 heißt das kleine Dorf auf Polnisch Goleczew. Und weil der Geburtsort des Prinzen Louis Ferdinand in der Literatur mitunter als Golzow, Kreis Soldin, oder auch Golzow (Neumark) erscheint, war klar, um welchen Ort dieses Namens es sich handelte.

So überquert der Suchende bei Schwedt/Oder den heutigen Grenzfluss und fährt anschließend von Königsberg in der Neumark [Chojna] auf der polnischen Nationalstraße (Droga krajowa) 26 weiter nach Osten über Bad Schönfließ [Trzcianko Zdrój] Richtung Soldin [Myślibórz], bevor nach insgesamt 22 Kilometern eine Abzweigung kommt, an der es rechts nach Golzow geht, das man nach einem Kilometer erreicht.

Das Dorf mit derzeit 170 Einwohnern wird in der Literatur auch als Golzow (Schildberg) oder Golzow (Soldin) bezeichnet, denn es gehörte bis 1945 zur Landgemeinde Schildberg im Kreis Soldin. Im Neumärkischen Landbuch von 1337 wird es als „Golenitz“ oder „Goltitz“ und adliges Vorwerk von Schildberg bezeichnet. Als ältere Namensformen erscheinen auch „golste“, „gehoczste“, „Golze“ und „Goltze“. 1365 und 1372 wird das Dorf noch erwähnt, vor 1469 scheint



„Schade, dass das Herrenhaus im Verfall begriffen ist“: Bedauern von polnischer Seite über den Zustand der Preußenresidenz

es jedoch wüst gefallen zu sein, und 1499 sowie im 16. und 17. Jahrhundert und zuletzt in einem Lehnbrief von 1713 wird „Golze“ als zu Schildberg gehöriges Vorwerk, jedoch „auf einer wüsten Feldmark gleichen Namens“ liegend, genannt.

1755 lag die Feldmark immer noch wüst da, wie es in einem Kaufvertrag heißt, und erst nach 1771 dürfte wieder ein bewohntes Vorwerk entstanden sein. 1809 wurde jedenfalls die Gründung eines solchen unter der Bezeichnung „Hof Golze“ erwähnt, aus dem sich das heutige Dorf entwickelte, wobei man ab 1817 die Schreibweise in „Golzow“ abänderte.

Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte dann die Errichtung eines Herrenhauses mit Wirtschaftsgebäuden und einem Schlosspark, außerdem entstand eine Ziegelei. Laut einem Einwohnerverzeichnis von 1888 lebten hier Carl Hermann August Otto von Rieben, Sohn des königlich-preussischen Generalleutnants August Julius Heinrich Ideus von Rieben, und seine Ehefrau Anna Bertha geborene von Hugo.

Da der Vater aber in jenem Jahr 1888 starb, darf angenommen werden, dass Sohn und Schwiegertochter bald hernach in das Gutshaus nach Schildberg wechselten.

Seit 1901 befand sich das Rittergut Schildberg mit den Vorwerken Golzow und Steinfeld [Sarbinowo] als Krongut im Besitz der Hohenzollern, also des königlichen Hauses Preußen, und war unter dem „Besitz des Preussisch-Brandenburgischen Kronfideikommiß“ eingetragen.

Flucht vor der Roten Armee

Louis Ferdinand Prinz von Preußen, Enkel des letzten deutschen Kaisers und preussischen Königs und zweiter Sohn des Kronprinzen und als solcher seit dessen Tod 1951 Chef des Hauses Hohenzollern und damit Thronprätendent, lebte hier während des Zweiten Weltkrieges gelegentlich mit seiner Familie. Als Hauptsitz bewohnten sie das Herrenhaus Cadinen im Kreis Elbing in Westpreußen, doch im Zuge des Vorrückens der Roten Armee zog die Ehefrau Louis Ferdinands, gebore-

ne Großfürstin Kira Kirillowna Romanowa von Russland, mit ihren vier Kindern (zwei Söhnen und zwei Töchtern) am 4. August 1944 aus Sicherheitsgründen ganz in das Herrenhaus nach Golzow/Nm. um, wo seit 1938 das Ehepaar Durnio als Verwalter (Administrator) fungierte. Hier gebar sie dann am 25. August des Jahres ihr fünftes Kind, den Prinzen Louis Ferdinand (Junior), dessen Taufe ebenfalls dort am 23. Oktober des Jahres stattfand.

Der Vater, Prinz Louis Ferdinand (Senior), blieb derweil noch in Cadinen, bevor er am 25. Januar 1945 – eine halbe Stunde vor dem Eintreffen der sowjetischen Soldateska – über das zugefrorene Frische Haff zu seiner Familie nach Golzow/Nm. floh. Doch weil sich die Front auch hier bald näherte, übersiedelte man schon Anfang Februar weiter nach Potsdam, ehe man schließlich weiter nach Bad Kissingen flüchtete, als die Offensive auf Berlin begann. Gerhard Durnio, der Verwalter von Golzow, blieb hingegen im Herrenhaus, entweder aus Verantwort-

ungsgefühl oder weil er es nicht mehr schaffte zu fliehen – Genaueres dazu ist nicht bekannt – und wurde beim Eintreffen der sowjetischen Soldaten am 1. Februar 1945 ermordet, die anschließend seine Leiche in einen Teich warfen.

In den Memoiren des Prinzen Louis Ferdinand (Senior) ist dies nicht zu finden, vielmehr erscheint der Vorfall auf einer polnischen Internet-Seite, die sich auf Aussagen polnischer Zeitzeugen – vermutlich ehemaliger Angestellter des Gutes – stützt. Das Gut wandelte die polnische Administration später in einen staatlichen Landwirtschaftsbetrieb um, der auf Schafzucht spezialisiert war. Als Folge der politischen Umwälzungen wurde er nach 1989 aufgelöst und privatisiert.

Gleichwohl verfiel das Dorf seither leider ebenso wie das Herrenhaus, das noch am 7. Februar 1978 unter Denkmalschutz gestellt worden war, und der zugehörige historische Park „Schade“, so heißt es auf einer neueren polnischen Internet-Seite dazu, „dass das Herrenhaus im Verfall begriffen ist, denn so etwas wird nicht mehr gebaut.“ Schildberg [Golenice] mit den umliegenden Dörfern, darunter Golzow/Nm., gehörte bis 1816 zum Kreis Königsberg in der Neumark und wechselte in jenem Jahr in den Kreis Soldin.

Die Familie von Rosey, die das Rittergut Schildberg 1740 von den Nachkommen des brandenburgischen Generalfeldmarschalls Georg Freiherr von Derfflinger übernommen hatte, ließ 1759 in dem Städtchen ein neues Herrenhaus samt Wirtschaftsgebäuden und einem Park errichten. 1901 erwarb dann ja die preussische Königsfamilie das Gut mit den Vorwerken Golzow und Steinfeld, die den Besitz auch nach 1918 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges behielt.

Und auch hier wurde unmittelbar beim Einmarsch der Roten Armee am 30. Januar 1945 der im Dienst der Hohenzollern tätige Verwalter Franz Schaper auf der Treppe vor dem Eingang des Schlosses erschossen. Dieses wurde anschließend niedergebrannt, 1955 aber wieder aufgebaut und 1978 sogar unter Denkmalschutz gestellt. Es beherbergte bis 1982 eine Berufsschule und ist derzeit als Wohngebäude in Privatbesitz, wohingegen der ehemalige Schlosspark öffentlich zugänglich ist.

ARBEITSWELT

Beten für das Seelenheil des Arbeiters

Um den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt der evangelischen Kirche ist es still geworden – Das war in den 1980er Jahren anders

Was waren das noch für Zeiten, als sich die evangelische Kirche um die Sorgen und Nöte des werktätigen Mannes direkt am Fließband, Hochofen oder unter Tage kümmerte. Um für das Seelenheil des Arbeiters zu beten, gründete das Evangelische Arbeiterwerk 1952 die Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, aus der 1976 der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) hervorgegangen ist.

Im Ruhrgebiet schlug ihm im Jahr 1987 die große Stunde. Damals beschloss der noch eigenständige Krupp-Konzern unter der Leitung von Gerhard Cromme, sein Werk in Rheinhausen, dem linksrheinischen Teil der Ruhrgebietsstadt Duisburg, dichtzumachen. Doch die Kruppianer nahmen das nicht widerstandslos hin. Es begann ein erbitterter monatelanger Arbeitskampf. Über 6000 Stahlarbeiter und ihre Familien gingen auf die Straße und demonstrieren für den Erhalt ihrer Ar-

beitsplätze. Das Bild mit demonstrierenden Kruppianern auf der „Brücke der Solidarität“, jene Verbindung zwischen Rheinhausen und Duisburgs rechtsrheinischem Stadtteil Hochfeld, bleibt legendär und zumindest vor Ort in Erinnerung.

Der „Kampf um Rheinhausen“ ist auch die Zeit, als im rechtsrheinischen Teil Duisburgs auf evangelisch-landeskirchlicher kreissynodaler Ebene die Bedeutung der Sozialethik wiederentdeckt wird. Der Mensch als Arbeitnehmer: Was bewegt ihn? Was treibt ihn um? Den Begriff der „Work-Life-Balance“ gab es damals noch nicht. Die Bedeutung der Gewerkschaften, die örtliche Arbeitslosigkeit, der Start der Jugendlichen ins Berufsleben sowie die soziale Anerkennung und materielle Absicherung der Arbeitnehmer wurden zu wichtigen Gesprächsthemen.

Der KDA erhielt ein eigenes Büro im evangelischen Kirchenkreis Duisburg, der

traditionell alle eigenständigen Gemeinden und Werke rechts des Rheins umfasst. Hans-Peter Lauer wurde zum ersten „Industriefarrer“ vor Ort. Er organisierte Barabarafeiern im Hüttenwerk Krupp-Mannesmann, war Ansprechpartner für

die Gemeinden und leitete den kreiskirchlichen Ausschuss „Kirche in der Arbeitswelt“, der die Kreissynode in Fragen der Arbeitswelt beraten sollte.

Zu Beginn der 2000er Jahre kam dann der Umbruch. Lauer wurde in der Kir-

chengemeinde Marxloh gebraucht und wurde Gemeindepfarrer in der Kreuzkirche. Volker Widera war sein Nachfolger als Industriefarrer, setzte aber keine eigenen Duftmarken. Sein Hauptaugenmerk galt zunehmend der Betreuung der Loveparade-Opfer ab dem Jahr 2010.

Was Kirchengemeinden, Kirchenkreis sowie Landeskirche anbelangt, ist es sehr still um den KDA geworden. Selbst im Internet hinterlässt er kaum noch Spuren. Schaut man sich die tagesaktuellen Streitigkeiten bei ThyssenKrupp und die Transformation zu „blauem Stahl“ an, so scheint es, als habe zumindest die evangelische Kirche nichts mehr zu den Verwerfungen im Arbeits- und Wirtschaftsleben zu sagen. Wenn der Kirche LGBTQ-Themen wichtiger sind als die Sorgen der Allgemeinheit, ist es kein Wunder, dass sich die Arbeiterschaft von ihr zunehmend im Stich gelassen fühlt. *Andreas Rüdiger*



Stunde der Seelsorger: Kruppianer heizen sich 1987 auf der „Brücke der Solidarität“ auf

● FÜR SIE GELESEN

Die schönsten Plätze Europas

Das junge Team des Buchungsportals camping.info hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Campingführer von Campern für Camper zu erstellen, der sich von allen anderen Titeln unterscheidet, von denen es auf dem Markt genügend gibt. Bei der Auswahl der Campingplätze hat das Team einfach die Kundenwünsche auf seinem Buchungsportal ausgewertet, um herauszufinden, worauf es den meisten ankommt. Aus 23.000 Camping- und mehr als 18.000 Stellplätzen in Europa haben sie die 1001 besten ausgewählt und stellen sie übersichtlich und zum Teil sehr ausführlich vor. Warum ausgerechnet diese Zahl? Weil die Redaktion sich von den Märchen aus „Tausendundeiner Nacht“ haben inspirieren lassen, da viele der beschriebenen Plätze einfach märchenhaft sind.

Zu jedem Land gibt es vorweg allgemeine Informationen sowie Wissenswertes über Regeln und Bestimmungen. *Manuela Rosenthal-Kappi*



camping.info: „Top 1001. Die beliebtesten Campingplätze in Europa 2025“, camping.info, Berlin 2025, broschiert, 1024 Seiten, 19,90 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE

Per Bahn durch Europa

Über atemberaubend hohe Brücken, durch Städte und weites Land – „Einfach mal raus“ zeigt die schönsten Strecken



BILD: IMAGOVESTEND 86

Bahnreisen gelten als nachhaltig und umweltfreundlich. Daneben bieten sie die Möglichkeit, den Weg als Ziel zu betrachten und schon während der Fahrt zu entspannen. Das Autorenteam von Marco Polo hat 22 Touren auf insgesamt 55.000 Kilometern Länge zusammen-

gestellt. Alle Routen – ob eine Reise zu den Lofoten, entlang der italienischen Westküste bis nach Sizilien, oder durch den Eurotunnel nach Edinburgh – sind reich bebildert sowie mit Reiseplänen, Aktivitäten, Einkehr- und Übernachtungstipps versehen. *MRK*



Marco Polo: „Einfach mal raus. Unvergessliche Zugreisen in Europa“, MairDuMont Verlag, Ostfildern 2024, flexibler Einband, 256 Seiten, 24,95 Euro

GESELLSCHAFT

Gedanken eines Islamkritikers zur gegenwärtigen Lage

Hamed Abdel-Samad stammt aus einer dörflichen Lebensgemeinschaft in Ägypten – Um der engstirnigen Gemeinschaft zu entfliehen, kam er nach Deutschland, doch auch hier sieht er besorgniserregende Entwicklungen

VON KARLHEINZ LAU

Hamed Abdel-Samad ist 1972 als Sohn einer bäuerlichen Familie in einem Dorf nahe Kairo geboren. Seit mehr als 25 Jahren lebt er in Deutschland. Bekannt wurde der Politologe und Publizist durch seine islamkritischen Schriften. Das ist offensichtlich die Begründung dafür, dass 2013 eine Fatwa gegen ihn verhängt wurde, vergleichbar mit der gegen Salman Rushdie 1989. Dessen Umgang war für ihn ein Gradmesser für den Zustand der Freiheit im Westen. Fatwa wird interpretiert als ein Dekret muslimischer Würdenträger mit dem Ziel, antiislamische Aktivitäten zu unterbinden.

In 16 Kapiteln analysiert Abdel-Samad seine Entwicklung eines aus einer ägyptischen Dorfgemeinschaft im islamischen Kulturkreis Stammenden zu seinem heutigen Leben im Umfeld einer wertorientierten Gesellschaft deutschen Zuschnitts. Das ist ein totaler Bruch mit der ersten Phase seines Lebens und damit seiner Heimat. „Eine Dorfgemeinschaft wird von fünf Prinzipien bestimmt: Zusammenhalt, Uniformität, Solidarität, Religiosität und eine klare Hierarchie.“ Im Klartext: Der Mann ist allmächtig in seiner Familie und in seinem Clan, und wer ausbricht, ist ein Rebell. Ein Witz zeigt den nach unserer Ansicht absurden Brauch: „Warum muss eine Frau barfuß in Kuhmist treten, damit sich ein Mann wichtig fühlt?“ Dies beweist, in welcher Weise dem Einzelnen Zügel angelegt wer-

den, und von einem freien Willen für die Menschen nicht gesprochen werden kann.

Abdel-Samad beschreibt diese Phase seines Lebens sehr deutlich am Beispiel seiner Mutter, die, ursprünglich eine Rebellin, erst spät ihre Selbstständigkeit durch Uniformierung verlor. Diese Erkenntnis erschütterte ihn zutiefst, und er begann, am Gottesbild des Islam zu zweifeln. Im Ergebnis sah er in dieser Unmündigkeit des Einzelnen das Herrschaftsinstrument jedes Diktators in Nahost, im Namen Gottes oder der Vaterlandsliebe über die Menschen zu herrschen.

Der Schritt in die Gegenwart Deutschlands und darüber hinaus in die westliche Welt war für ihn logische Konsequenz. In der neuen Umgebung hoffte er, die wahre Freiheit als Individuum, als mündiger Bürger und wachsender Konsument zu finden. Er traf indes auf Strukturen, die ihn an seine Heimat Ägypten erinnerten und die er als überzeugter Anhänger der Freiheit nicht akzeptieren konnte: „Dass eine offene Gesellschaft offen bleibt für jeden Einzelnen, unabhängig von seiner Herkunft, und dass sie kritisch bleibt gegenüber jeder Gruppe, die nicht im Interesse der Gesellschaft als Ganzes arbeitet, sondern nur für mehr Macht der eigenen politischen, ethnischen oder religiösen Gruppe, ohne Rücksicht auf den Einzelnen und die Gemeinschaft.“

Es ist hervorzuheben, dass er, orientiert an diesen Grundsätzen, die zahlreichen Gruppen, Gruppierungen, Vereinigungen, Bewegungen, Rechte, Linke oder Protestbewegungen, die gegenwärtig das

Bild der deutschen Gesellschaft bestimmen, beschreibt. „Wir sind Zeugen einer Renaissance alter Ideologien, die in den Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts ... aufblühten: Kommunismus, Faschismus, Islamismus. Diese Ideologien haben sich seither weiterentwickelt, aber ihren totalitären Kern nicht verloren.“ Er befürchtet den allmählichen Verlust des westlichen Wertesystems in Deutschland, in Europa und weltweit. Der Autor spricht von einem Kampf um die Deutungshoheit der westlichen Grundwerte Freiheit und Demokratie, weil diese je nach Bedarf in Anspruch genommen werden, für Andersdenkende aber nicht gelten.

Dies ist eine eher pessimistische Sicht, die man in dieser Form nicht teilen muss, aber man sollte sie zur Kenntnis nehmen. Eindeutig werden positive Elemente gerade bei der Schilderung der deutschen Szene vermisst, die zahlreichen Zeichen gefestigter Demokratie angesichts der Anschläge radikaler Kräfte in Kirchen oder auf Märkten. Diese Haltung wird von demokratischen Parteien übernommen, sie macht Hoffnung auf die Stabilität unserer politischen Ordnung.



Hamed Abdel-Samad: „Der Preis der Freiheit – Eine Warnung an den Westen“, dtv, München 2024, Hardcover, 284 Seiten, 24 Euro

WERKSCHAU

Das Werk des Malers David Hockney

Ein „Bilderbuch“ mit über 500 Illustrationen des Züricher Midas Verlags bietet einen kompletten Überblick über die Arbeit des Künstlers

VON DETLEF BERG

David Hockney gilt als der bedeutendste Maler der Gegenwart. 1937 im englischen Bradford geboren, zieht es den Künstler nach seinem Studium am Royal College of Art in London nach Kalifornien. Dort genießt er das Leben eines Bohemiens – morgens malen, später an den Strand und abends in die schummrigen Bars. Hockney ist schnell erfolgreich und wird vor allem durch seine „Swimming Pool-Pictures“-Gemälde berühmt. Doch auch seine einfühlsamen Porträts, seine Stillleben und Landschaftsbilder sowie seine Fotocollagen und Bühnenbilder finden ein begeistertes Publikum.

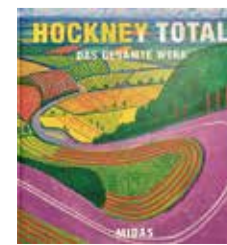
Sein Künstlerleben reflektiert Hockney so: „Die meisten Maler bleiben ihrem Stil treu, den sie einmal gefunden haben, oder? Für mich aber ist ständige Veränderung wichtig.“ Seit sieben Jahrzehnten verwirklicht er diese Philosophie und arbeitet auch mit iPad-Zeichnungen, Multiscreen-Filmen und digitalen Arbeiten.

Der in Zürich beheimatete Midas Verlag hat jetzt einen opulenten Bildband herausgebracht, der mit über 500 Illustrationen einen kompletten Überblick über die Werke Hockneys zeigt. Der Band versteht sich als Bilderbuch, der anhand der Werke und einiger erklärender Worte eindrucksvoll Hockneys lebenslange Experimente mit Darstellungsweisen nachzeichnet. Es ist kein umfassender Bericht, keine vollständige Biographie, sehr wohl aber ein Buch, dem es gelingt, interessier-

ten Lesern Hockneys vielschichtige Kunst näherzubringen.

Im ersten Kapitel „Probleme der Darstellung“ geht es vor allem darum, wie die dreidimensionale Welt durch ein unbewegtes Bild auf einer flachen Oberfläche dargestellt werden kann. „Leben als Standbild“ ist der Titel des zweiten Abschnitts, das die Auseinandersetzung des Künstlers mit seiner eigenen intimen Welt reflektiert. Wie wohl kein anderer heute lebender Künstler hat Hockney sein Leben und das seiner engen Freunde und seiner Familie in sein Werk einfließen lassen. Im dritten Kapitel mit dem Titel „Porträts“ werden Freunde, Familie und Künstler selbst zum Gegenstand seiner Betrachtung. „Raum und Licht“, ist eine Reise in alle vier Himmelsrichtungen und durch das heimatliche Yorkshire. Im abschließenden Kapitel „Endlose Inspiration“ wird untersucht, wie Hockney die Wiederkehr eines Themas oder einer Idee in Serien thematisch zusammenhängender Werke zu einem Schlüsselthema seiner Arbeit gemacht hat.

Das von Hockney persönlich konzipierte und kuratierte Buch ist eine wunderbare Begegnung mit dem Künstler und seinen Werken.



David Hockney „Hockney Total. Das gesamte Werk“, Midas, Zürich 2024, gebunden, 496 Seiten, 49 Euro

INDUSTRIEHISTORIE

Eisernes Masuren

Mit Sumpferz ging es vor über 2000 Jahren los, bis 1878 die letzte masurische Eisenhütte aufgegeben wurde

VON IRMGARD IRRO

Fast vergessen ist – würde man nicht in der Literatur über Ostpreußen einen Nachweis darüber finden –, dass es in früheren Jahrhunderten in Masuren eine bedeutende Eisenindustrie gab. Raseneisenerz ist früher in diesem grenznahen Landstrich in Ostpreußen in größerem Maßstabe gewonnen und ebenso verwendet worden.

In Masuren ziehen sich am Südrand des Baltischen Höhenrückens ausgedehnte niedrig gelegene Sandebenen dahin, in denen flache, seichte Moore und sumpfige Strecken eingesenkt sind. Speziell am Rande dieser Sumpfniederungen waren größere Raseneisenerzlager vorhanden, die von alters her der einheimischen Bevölkerung bekannt und von ihr zum Teil oder ganz im Laufe der Zeiten abgebaut worden sind. Sogar schon in vorgeschichtlicher Zeit mag es deshalb im südlichen Teil Ostpreußens einfachste Anlagen gegeben haben, in denen sogenanntes Sumpferz verarbeitet worden ist.

Etwa um Christi Geburt entfaltet sich in Westmasuren vor eben über 2000 Jahren eine reiche und vielgestaltige Eisenkultur, die wahrscheinlich bald auch die heimischen Eisenlager auszunutzen und die im eigenen Boden lagernden Metallschätze – wie später der Deutschritterorden – selbst zu verhütten verstand.

Jahrhundertelange Produktion

Während der fast 200-jährigen Siedlungsarbeit des Deutschritterordens bedeutete die Kultivierung der Wildnis zweifellos eine beträchtliche Vermehrung der Staatseinkünfte. An zahlreichen Flüssen und Bächen drehten sich nicht nur Wasserräder von Mühlen. Es halten auch die Schläge von Eisenhämmern, welche gerade das in dieser Gegend so häufige Raseneisenerz verarbeiteten. Solche ordenszeitliche Eisenhämmer standen, wie nachfolgend nochmals erwähnt, in Komuszin, Symen (Schönau), Willenberg, Kutzburg, Malga, Rhein und ebenso in Hammerrudau.

Im Mittelalter waren im südlichen Masuren mehrere primitive Eisenschmelzöfen, kleine Eisenhütten und Eisenhämmer vorhanden, in denen das Raseneisenerz der Umgegend verhüttet wurde. Urkundlich, in den Rechnungsbelegen des Deutschen Ordens, lässt sich zum Ende des Mittelalters, und zwar aus dem Jahre 1409, nur das Eisenwerk bei Willenberg, das damals noch

Wildenberg hieß, nachweisen. Diese Eisenhütten produzierten mehrere Jahrhunderte lang. Um 1570 gab es das Eisenwerk bei Willenberg nahe der Stadt, und ein weiteres bei Kutzburg (Kottenberg), nördlich von Willenberg gelegen, wo noch bis ins 19. Jahrhundert ein Berg mit schweren Eisenschlacken die Stätte der alten Eisenhütte nachwies. Ferner standen Eisenhämmer bei Malga, Schönau, Komuszin, Babienten, Waldpusch und bei Rosenkrug, das nordwestlich von Löbau gelegen ist. Allmählich verschwanden die alten Eisenhütten, von denen als letzte Kutzburg und Malga noch bis Anfang 19. Jahrhunderts existierten.

Einfacher Arbeitsverlauf mit kluger Technik

In diesen kleinen masurischen Eisenhütten bediente man sich eines sehr einfachen



Die Sumpfgelände von Masuren waren reich an Sumpferz und Raseneisenerz

Foto: mauritius images/Mikolaj Gospodarek

chen Schmelzverfahrens für die Eisenerze, wie nachfolgend beschrieben:

Anstatt wie in den Hochöfen noch Anfang 20. Jahrhunderts Roheisen herzustellen, das dann erst durch weitere Behandlung in anderen Schmelzöfen zu Schmiedeeisen und Stahl umgestaltet wird, gewann man damals durch einfaches Ausschmelzen der Erze mit Holzkohle in kleinen Feldöfen unmittelbar ein schmiedbares Eisen. Natürlich konnte das nur in einem Kleinbetrieb und auf sehr unwirtschaftliche Art geschehen, denn es war nur möglich, ein Drittel des Gehalts der Erze auf diese Weise auszuschmelzen. Zwei Drittel hingegen blieben in den Schlacken ungenutzt zurück. Überall, wo man die ungemein schweren Eisenschlacken, die bis 66 Prozent Eisengehalt besaßen – die besten Raseneisenerze wiesen selbst durchschnittlich nur 33 Prozent Eisengehalt auf – in der Nähe solcher alten Eisenhütten fand, konnte man sicher sein, dass das Metall auf diese uralte, einfache Art in kaum mannshohen Schachtöfen erschmolzen worden ist.

Diese überaus primitiven Eisenschmelzöfen waren aus Feldsteinen erbaut und ganz mit Lehm ausgeputzt und verstrichen. Der Ofen stand auf schwer schmelzbaren Fundamentsteinen, zwischen denen Lücken für das Schlackenabziehen und Windöffnungen für die Blasebälge sich befanden.

Der Schmelzvorgang ging etwa folgendermaßen vor sich:

Zunächst wurde Feuer in den Herd gebracht und der Ofen mit Holzkohlen teilweise angefüllt. Dann wurden die bis Walnussgröße zerschlagenen kleinen Stücke von Raseneisenerz abwechselnd mit Lagen von Holzkohle darüber aufgebaut, bis der ganze Schmelzofen gefüllt war. So

bald der Ofen dann allmählich brannte, bedienten die Hüttenleute die Blasebälge, um das Feuer kräftig anzufachen und den Schmelzprozess einzuleiten.

Durch die erzeugte Glut wurde allmählich das Eisen reduziert und es bildete sich eine zähflüssige, eisenreiche Schlacke, die man von Zeit zu Zeit durch das Schlackenloch abließ. Auf dem Boden des Ofens setzte sich der langsam wachsende Eisenklumpen ab. Wenn dieser endlich die nötige Größe und Beschaffenheit zeigte, war der Schmelzprozess beendet, der Wind von den Blasebälgen wurde dann eingestellt, Kohlen und Schlacken aus dem Ofen herausgekratzt und die auf der Sohle liegende Eisenmasse, die sogenannte „Luppe“ oder auch „Wolf“ genannt, mit Brecheisen und Zangen herausgehoben und weiterbearbeitet.

Die Raseneisenerzverarbeitung wurde mit großem Eifer fortgesetzt. Um 1616 wurden weitere Eisenhämmer errichtet in Kollegien bei Peitschendorf, in Waldpusch bei Willenberg, in Babienten, in Tautschken bei Gilgenburg, in Hammergehen bei Johannesburg, in Polommen und bei Jaschkowen und Wiartel.

Wo lag die Eisenhüttenindustrie?

Im 18. Jahrhundert sind in Masuren noch sechs Eisenhütten in Betrieb gewesen. Der bedeutendste Hochofen in neuerer Zeit befand sich in Wondollek, südlich von Johannesburg. Er wurde im Jahr 1805 erstellt. Die aus dem Eisen gegossenen Gegenstände fanden in der ganzen Provinz einen guten Absatz.

Wondollek versorgte ganz Ostpreußen mit eisernen Wirtschaftsgegenständen. Im Jahre 1811 brachte das Wondolleker Hüttenwerk sogar Stabeisen auf den Markt. Aufgrund des Friedens von Tilsit 1807 hatte es jedoch sein wichtigstes Raseneisenerz-Abbaugebiet verloren. Es musste nun das nötige Rohmaterial bis aus der Ortelsburger und Willenberger Gegend beziehen. Trotzdem ergab die Gewinnung von Eisen befriedigende Erträge. Noch in den 1860er Jahren wurden etwa 5000 Zentner Gusswaren, darunter

55.000 Stück rohe und emaillierte Kochgeschirre wie Kochherde, Gewichte, eiserne Töpfe sowie etwa 1200 Zentner Schmiedeeisen gewonnen.

Außer Köhlern und Eisengravern beschäftigte damals das Werk etwa 50 Fabrikarbeiter. Anders wurde es in den 1870er Jahren: Fabrikation und Absatz gingen allmählich zurück. Der Weltmarkt trat in einen zu erfolgreichen Wettbewerb. Die mangelhaften Verkehrsverhältnisse erschwerten außerdem zu sehr den Versand. Nach wechselnden Zeiten des Niederganges und des Wiederaufschwunges ist die letzte masurische Eisenhütte im Jahre 1878 vom Staat aufgegeben worden.

Wie entstand das Raseneisenerz?

Das Sumpferz, das auch den Namen Raseneisenstein beziehungsweise Raseneisenerz führt, ist hauptsächlich ein Produkt der Humusstoffe. Diese lösen das im Boden befindliche Eisenoxydul auf und führen es in eine innige Berührung mit dem Sauerstoff. Letzterer verwandelt die so entstandene lösliche Verbindung in das unlösliche Eisenoxydhydrat, das auf Grund seiner Schwere zu Boden sinkt und sich dort ansammelt. Es sind darum humusreiche Bodenflächen wie Wiesen und Brüche, die zudem einen nicht zu geringen Feuchtigkeitsgehalt haben, die die Bildung des Sumpferzes besonders begünstigen. Hier wird das Eisen um die Wurzeln abgeschieden und bleibt schließlich liegen. Bei der Weiterentwicklung der Pflanzendecke kommen neue Eisenmengen hinzu, bis endlich Schichten von ganz erheblicher Stärke geschaffen worden sind. Für gewöhnlich ist dem Sumpferz Phosphorsäure beigemischt, manchmal bis zu zehn Prozent und darüber. Dieser hohe Phosphorgehalt macht das Sumpferz leicht schmelzbar, beeinträchtigt aber nicht unwesentlich die Festigkeit der aus ihm hergestellten Gusswaren.

Eiserne Vorkommen in Masuren

Warum aber findet sich das Raseneisenerz ausgerechnet so häufig in Masuren und nicht in ganz Ostpreußen? Allgemein ist

die Provinz Ostpreußen arm an verwertbaren Bodenschätzen. Masuren nimmt aber eine Ausnahmestellung ein. Hauptsächlich in den südlicheren Kreisen Johannesburg, Ortelsburg und Neidenburg fanden sich große Vorräte an Raseneisenstein beziehungsweise Sumpferz.

Voraussetzung für die Entstehung des Raseneisenerzes in Masuren ist jedoch ein überwiegend sandiger Boden, wie er in den Kreisen Ortelsburg zu 63,2 Prozent, Johannesburg zu 53,3 Prozent, Sensburg zu 39,3 Prozent und Neidenburg zu 37,9 Prozent vorhanden ist. Vergleichsweise hier die Kreise Goldap zu 8,3 Prozent, Treuburg zu 16,9 Prozent, Lyck zu 18,7 Prozent, Lötzen zu 14,9 Prozent, Osterode zu 29,8 Prozent und das restliche Ostpreußen zu 23 Prozent Sand.

Abschließend ist mit heutigem Wissensstand zu sagen, dass Raseneisenstein für die Landwirtschaft generell sehr schädlich ist. Er macht den Boden undurchlässig und verhindert seine ausreichende Durchlüftung. Dennoch ist die Eisenindustrie in Masuren ein wichtiger Meilenstein im Bereich der Rohstoffverarbeitung und kann auf eine lange wie erfolgreiche Geschichte zurückblicken.



Raseneisensteinstücke

Bild: Wikimedia Tomasz Kuran



Die rötliche Färbung ist ein klares Zeichen für stark eisenhaltiges, mooriges Gewässer Foto: Wikimedia/B.Gliwa

● AUFGESCHNAPPT

Während der Demonstrationen „gegen Rechts“ vor der Bundestagswahl trat mit der Parole „Merz ist mitgemeint“ deutlich zutage, dass sich dieser Kampf längst auch gegen die Mitte richtet. Wie weit das geht, ist in einer Broschüre der DGB-Jugend Niederbayern nachzulesen, über welche die „Achse des Guten“ berichtet. Das Pamphlet ist auch auf der Webseite des bundeseigenen Programms „demokratieleben.de“ zu finden. Dort wird nicht nur „Anti-Ökologismus“ und die „Verteidigung sozialer Ungleichheit“ als „Aspekte des zeitgenössischen Rechtsextremismus“ gebrandmarkt, sondern sogar die „von Konkurrenz geprägte Gesellschaftsordnung“ an sich. Damit wird ein Kern des Liberalismus, nämlich die freie Entfaltung im Wettbewerb, ins Visier genommen und dem „Rechtsextremismus“ zugeordnet. So blieben als nicht-„rechtsextreme“ Weltanschauungen nur noch Spielarten von Sozialismus und Kommunismus übrig. Sprich: Jeder, der nicht stramm links steht, hat automatisch als Rechtsextremist zu gelten. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm sieht Deutschland mit der schwarz-roten Koalition auf einem verhängnisvollen Weg, wie sie dem „Focus“ (10. März) sagt:

„Statt ein Signal der Stärke ... auszusenden, verschafft uns die neue Bundesregierung absehbar in eine Falle. Man schafft eine Situation, die immer auswegloser wird für zukünftige Bundesregierungen. Und vor allem auch für zukünftige Generationen. Denn wirksame Reformen werden immer schwieriger umzusetzen sein und dürften auf demokratischem Wege irgendwann unmöglich werden.“

Die Jura-Professorin Frauke Rostalski warnt in einem Beitrag für den „Spiegel“ (1. März) eindringlich vor der „Brandmauer“:

„Als Juristin kann ich nur vor Brandmauern aller Art warnen. Alle müssen Gehör finden, auch die, deren Rede manchen als Zumutung erscheinen mag. Konkret heißt das: Weder die Wähler der AfD noch die Partei selbst sollten aus dem Diskurs ausgeschlossen werden.“

Alexander Kissler weist bei „Nius“ (7. März) darauf hin, welche Folgen der geplante „Schulden-Tsunami“ von Schwarz-Rot für die deutschen Normalbürger haben wird, weil dadurch der Wert deutscher Staatsanleihen bereits sinkt:

„Versicherungen, Renten- und Pensionsfonds, in deren Anlagenbestand sich hauptsächlich Staatsanleihen befinden, erleiden bei sinkenden Anleihekursen einen Wertverlust. Die Zeche zahlen müssten die Versicherungsnehmer mit geringeren Auszahlungen ... Die CDU bricht mit dem Wähler, mit der Vernunft und mit der eigenen Programmatik.“

Für Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel ist die linke Entrüstung über 551 Fragen zur Finanzierung sogenannter NGOs entlarvend. Gegenüber Welt-TV (11. März) sagte er:

„Die Empörung über diese Fragen ist für mich ein Beleg dafür, dass es mit dem Demokratieverständnis von SPD, Grünen und Linken nicht klappt ... Jeder Steuerzahler hat einen Anspruch darauf zu erfahren: Wo landet mein Geld?“

Der Virologe Jonas Schmidt-Chanait zieht im „Hamburger Abendblatt“ (8. März) fünf Jahre nach dem ersten Corona-Lockdown ein bitteres Fazit:

„Das über den Mund fahren bei abweichenden Meinungen, das Ignorieren individueller Rechte, das ‚an den Pranger stellen‘, wenn man sich jenseits der Mehrheitsmeinung bewegt, gehört eher zum Stil von Autokratien denn zu Demokratien ... In unserer Bereitschaft zur Empörung über alles und jeden sind wir inzwischen Weltmeister.“

● WORT DER WOCHE

„Die traurige Schlüsselfigur unserer Zeit ist der bürgerliche Wähler, der Wohlstand und Sicherheit will – und Variationen linksgrüner Politik bekommt.“

NOBERT BOLZ, Medienwissenschaftler, in der „Welt“ vom 11. März

DER WOCHENRÜCKBLICK

Toxische Koalition

Warum der Ampel-Anfang viel schöner war, und wieso sich die SPD jetzt so aufspielt

VON HANS HECKEL

Erinnern Sie sich noch an die hübschen Selfies von den vier Verhandlern der FDP und der Grünen am Beginn der Ampel-Koalition? Annalena Baerbock, Christian Lindner, Robert Habeck und Volker Wissing strahlen da in die Kamera wie auf einer lustigen WG-Party! Ach, war das schön. „Fortschrittskoalition“ – ja, so muss es etwas wohl aussehen, dachten wir damals voller Erwartung. Wie das dann weiterging, konnten wir ja nicht ahnen.

Aber welche Atmosphäre stellen wir uns dem gegenüber vor, wenn wir an die laufende Startphase von Schwarz-Grün denken? Party wohl kaum, eher kommen uns dabei Szenen einer Schulhofprügelei in den Sinn oder die eines außer Kontrolle geratenen Kindergeburtstags, wo gekeift, gekratzt und gebissen wird. Wer es erwachsener mag, denkt an einen Mafia-Geburtstag, auf dem man sich über dem Tisch finster zuprostet, während darunter die entscherte Waffe lauert.

Boris Pistorius zieht in der SPD-Fraktionssitzung über Thorsten Frei von der CDU und dessen CSU-Kollegen Alexander Dobrindt her („wirklich unangenehm“, „kein Gewissen“) und prahlt damit, die Schwarzen mit einem „Placebo“ zur Migration veräppelt zu haben: „Das hat null Wirkung, gar keine!“ Gepetzt hat das der „stern“.

Aufschlussreich ist das Gezeter von Saskia Esken auf derselben Versammlung. Die SPD-Co-Chefin nörgelt da, es sei eine „große, große Ungerechtigkeit der Geschichte“, dass die Union jetzt den Kanzler stelle. Und nicht mehr die SPD, soll das wohl heißen. So haben früher absolutistische Herrscher gejammert, denen der Pöbel das gottgegebene Recht zu herrschen ungerechterweise entrissen hatte. Es ist wieder einmal Frau Esken, die uns einen tiefen Einblick in das Selbstverständnis zeitgenössischer Demokratieverweigerer eröffnet. Danke!

Um „null Wirkung“ absolut sicherzustellen, feuert Noch-Innenministerin Nancy Faeser die Allzweckwaffe gegen jede Art von Zugsbegrenzung ab, nämlich die Warnung vor „nationalen Alleingängen“. Da ist er wieder, der Ruf nach einer „europäischen Lösung“. Seit Merkels „Wir schaffen das“ vor zehn Jahren hallt er durch die Debatte, um jeden Fortschritt bei der Begrenzung von Asylmissbrauch und illegaler Einreise im Keim zu ersticken. Der Erfolg ist auch diesmal gesichert.

Reihum haben unsere werten Nachbarn klar gestellt, dass sie auf deutsche Grenzkontrollentscheidungen pfeifen, niemanden zurücknehmen und also mit dem Durchwinken gen Germania fortzufahren gedenken.

„Null Wirkung“ eben. Allerdings dämert manchem erfahrenen Unionspolitiker, dass sich bei dem einen oder anderen Wähler von CDU oder CSU ein saures Gefühl im Magen breitmacht, weil es diesmal vielleicht ein bisschen zu viel faules Zeug zu essen gab. Der CDU-Innenminister von NRW, Herbert Reul, brachte es bei „Hart aber fair“ auf den Punkt: „Wir haben ein Problem mit der bundesrepublikanischen Bevölkerung.“ Weil die nämlich in Scharen zur AfD abwandere, wenn die Etablierten das Migrationsproblem weiterhin nicht gelöst bekämen.

Ein interessanter Gedankengang. Böswillige könnten ihn nämlich so lesen: Das Hauptproblem ist nicht, dass wir beim Thema Asylbegrenzung nicht von der Stelle kommen. Die eigentliche Gefahr besteht vielmehr darin, dass uns der Durchschnittsmichel diese Untätigkeit ankreiden könnte und dafür an der Wahlurne Rache nimmt.

Es sieht aus, als diene sich die Union dem linken Spektrum an als Kanonenfutter für die erste Frontlinie im Kampf gegen Rechts und bitte sie die rote Etappe flehentlich um Unterstützung: Wenn ihr uns nicht wenigstens etwas Munition lasst, dann werden sie uns überrollen. Seid nicht so hartleibig.

Forschungsobjekt für Psychologen

Dabei übersehen die Schwarzen etwas, und zwar etwas ganz Entscheidendes: SPD und Grüne haben bei der Wahl arg Prügel bezogen und kräftig verloren. Verlierer aber sind leicht reizbar und ganz und gar der Überzeugung, keine Rücksicht nehmen zu dürfen. Nur in verbissener Hartleibigkeit sehen sie die Chance, am Ende doch noch wie Sieger auszugehen und die blamable Niederlage vergessen zu machen. Pistorius' „Null Wirkung“-Triumphalismus ist Eiter aus den Wunden der vom Wähler zertrampelten Sozialdemokratie. Und er riecht auch so.

Während der NRW-Innenminister im Fernsehen SPD und Grüne um Entgegenkommen anflehte, sendete CDU-Chef Merz Berichten zufolge eine Art Weisung an seine Partei, jetzt auf allen Ebenen möglichst nett zu den Grünen zu sein, damit die ihm seine Billionen-Schulden-Orgie nicht verhaseln. Doch auch der mögliche nächste Kanzler

—
Als diene sich die Union an als Kanonenfutter für die erste Frontlinie im Kampf gegen Rechts und bitte sie die rote Etappe flehentlich um Unterstützung

wird die Lust der Verlierer am Triumphalismus damit nur noch mehr anheizen. Kein Zweifel: Sie wollen die Union leiden und winseln sehen. Und genau diese Show bietet ihnen die CDU.

Die geplante Koalition wäre ein lohnendes Forschungsobjekt für Psychologen. Unter „Toxische Beziehung“ habe ich bei Google folgendes gefunden: „Toxisch bedeutet giftig. Eine toxische Beziehung besteht aus einem dominanten, fordernden und einem eher zurückhaltendem, schwachen Part. Die Bedürfnisse des dominanten Parts stehen absolut im Fokus, während der vermeintlich Schwächere der Beziehung diese Bedürfnisse bedenkenlos erfüllen muss.“ Das trifft es ziemlich genau, finden Sie nicht? Wobei das Wort „vermeintlich“ im Zentrum steht, denn eigentlich hat ja die Union bei der Wahl gewonnen und die SPD wurde rasiert.

Womit wir noch mal beim brodelnden Magengefühl der Unionswähler wären. Denen muss nun jemand erklären, was die erwählte Partei mit ihren Stimmen anstellt, und vor allem: Wieso sie das tut. An den CDU/CSU-Parteispitzen ist man geneigt, solches Unwohlsein mit dem Hinweis auf die Unvermeidlichkeit des schwarz-roten Bündnisses wegzubalsamieren.

Aber stimmt das überhaupt? Es stimmt, solange an der „Brandmauer“ zur AfD niemand auch nur zu kratzen wagt. Ende Januar musste Friedrich Merz die blaue Karte nur einen Millimeter breit hinter seinem Einstecktuch hervorlugen lassen, und das gesamte linke Lager geriet umgehend in Panik. Wovor? Davor, dass die Union nicht mehr jede linke Zumutung ertragen muss, weil sie eine andere strategische Option im Ärmel hätte. Und wäre es auch nur das gelegentliche gemeinsame Abstimmen im Parlament, wenn's inhaltlich passt. Oder die blaue Duldung einer schwarzen Minderheitsregierung, die sich ihre Mehrheiten je nach Lage der Dinge organisiert. Minderheitsregierungen sind in anderen, stabilen Demokratien durchaus üblich, warum nicht auch in Berlin?

Immerhin hätte die Mehrheit im Volk dann auch die Mehrheit im Parlament, und die wäre derzeit keineswegs links. Doch darüber will im Adenauerhaus niemand laut nachdenken. Folglich will man den eigenen Wählern das trübe Gezappel als „alternativlos“ verkaufen. Wie zu Merkels Zeiten. Und welche Partei zog aus dieser Merkel-Doktrin noch gleich ihren Namen?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de